

R+V Allgemeine Versicherung AG

Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)

2024

R+V Allgemeine Versicherung AG

Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 533-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, HRB 2188, gegründet 1922

Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)

Stichtag: 31.12.2024

Zusammenfassung	4
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	7
A.1 Geschäftstätigkeit.....	7
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis.....	10
A.3 Anlageergebnis	13
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	15
A.5 Sonstige Angaben	16
B Governance-System	17
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	17
B.2 Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	25
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	29
B.4 Internes Kontrollsystem	33
B.5 Funktion der Internen Revision	34
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	35
B.7 Outsourcing	35
B.8 Bewertung des Governance-Systems	36
B.9 Sonstige Angaben	37
C Risikoprofil	38
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	38
C.2 Marktrisiko.....	43
C.3 Kreditrisiko	46
C.4 Liquiditätsrisiko.....	47
C.5 Operationelles Risiko.....	47
C.6 Andere wesentliche Risiken.....	48
C.7 Sonstige Angaben	50
D Bewertung für Solvabilitätszwecke.....	51
D.1 Vermögenswerte	52
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	59
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	71
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	73
D.5 Sonstige Angaben	74
E Kapitalmanagement.....	75
E.1 Eigenmittel	75

E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	78
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	80
E.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	80
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	80
E.6	Sonstige Angaben	80

Abkürzungsverzeichnis..... 81

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht stellt die Solvabilitäts- und Finanzlage der R+V Allgemeine Versicherung AG zum 31. Dezember 2024 dar. Er dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen gemäß Solvency II gegenüber der Öffentlichkeit.

Die R+V Allgemeine Versicherung AG gehört als Unternehmen der R+V der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an. Sie ist mit einem Beitragsvolumen von 5.605.967 TEuro (2023: 5.173.247 TEuro) der größte Schaden- und Unfallversicherer der R+V.

Die breit diversifizierte Produktpalette der R+V Allgemeine Versicherung AG umfasst im selbst abgeschlossenen Geschäft alle wesentlichen Zweige der Schaden- und Unfallversicherung wie Kraftfahrt, Haftpflicht, Unfall, Rechtsschutz, Kredit und Kautions sowie weitere Sachsparten. Zusätzlich zeichnet die R+V Allgemeine Versicherung AG in geringem Maße übernommenes Geschäft, wobei es sich hauptsächlich um Rückversicherungsgeschäft von Versicherungsgesellschaften aus der R+V Gruppe handelt. Die R+V Allgemeine Versicherung AG betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft.

Die Risikostrategie der R+V greift die Risiken auf, die sich aus der Geschäftsstrategie ergeben und definiert Art und Umfang der Risikoübernahme sowie Maßnahmen, um diese Risiken zu steuern. Die Risikostrategie bildet den Ausgangspunkt für die Umsetzung des Risikomanagements und ist integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Ziel des Risikomanagements der R+V ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen zu gewährleisten.

Das Asset-Liability-Management (ALM) ist ebenfalls integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient dazu, die Profitabilität und finanzielle Stabilität des Unternehmens sowie die jederzeitige Erfüllbarkeit der eingegangenen Versicherungsverpflichtungen zu gewährleisten. Ziel ist, die Liquiditäts-, Rendite- und Risikoeigenschaften der Kapitalanlagen mit dem Liquiditätsbedarf, den Finanzierungserfordernissen und dem Risikocharakter der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten abzustimmen.

Die Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft wurde mit Zustimmung der außerordentlichen Hauptversammlung der R+V Allgemeine Versicherung AG vom 06.05.2024 und der außerordentlichen Hauptversammlung der Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft vom 06.05.2024 rückwirkend zum 01.01.2024 (Verschmelzungstichtag) auf die R+V Allgemeine Versicherung AG verschmolzen. Beide Gesellschaften waren bereits vor der Verschmelzung Bestandteil der aufsichtsrechtlichen R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe.

Die Verschmelzung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 05.08.2024 rückwirkend zum 01.01.2024 wirksam. Die bisherigen Geschäftsaktivitäten der Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft werden weitgehend von der R+V Allgemeine Versicherung AG fortgeführt. Eine wesentliche Veränderung des Risikoprofils der übernehmenden Gesellschaft ergab sich durch die Verschmelzung nicht.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Kapitel A des vorliegenden Berichts erläutert die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der R+V Allgemeine Versicherung AG.

Im Berichtszeitraum erzielte die R+V Allgemeine Versicherung AG ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von -9.192 TEuro (2023: 23.038 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen betrug -168.255 TEuro (2023: -97.512 TEuro). Nach Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von -119.116 TEuro (2023: -116.001 TEuro).

Die R+V Allgemeine Versicherung AG erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 344.078 TEuro (2023: 351.152 TEuro). Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 31.976 TEuro (2023: 32.750 TEuro) ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 312.101 TEuro (2023: 318.402 TEuro). Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 51.868 TEuro (2023: -32.703 TEuro). Das

Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich für das Geschäftsjahr 2024 auf 363.969 TEuro (2023: 285.698 TEuro). Die Nettoverzinsung lag bei 2,6 % (2023: 2,2 %).

Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen, die aus der sonstigen Tätigkeit der Gesellschaft entstanden sind, betrug -40.535 TEuro (2023: -13.713 TEuro).

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern betrug 158.582 TEuro (2023: 113.790 TEuro). Die R+V Allgemeine Versicherung AG führte auf der Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages ihren Gewinn nach Steuern von 155.248 TEuro (2023: 110.523 TEuro) an die R+V Komposit Holding GmbH ab.

Governance-System

Kapitel B erläutert das solide und vorsichtige Management des Geschäfts der R+V Allgemeine Versicherung AG. Die Gesellschaft verfügt über ein angemessenes und wirksames Governance-System. Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und der Governance-Struktur. Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie auf, die eng mit der Geschäftsstrategie verzahnt ist. Die Governance-Struktur umfasst die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem integrierten Funktionen der operativen Risikosteuerung, der Risikoüberwachung und der internen Revision. Aufgaben der Risikoüberwachung werden durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen.

Risikoprofil

Das Risikoprofil der Gesellschaft wird in Kapitel C beschrieben und quantifiziert. Es wird aufgezeigt, wie Risikominderungstechniken eingesetzt werden und wie mögliche Stress-Szenarien auf das Unternehmen wirken könnten. Das Risikoprofil der R+V Allgemeine Versicherung AG ist in erster Linie durch Marktrisiken und Nichtlebensversicherungstechnische Risiken geprägt. Die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Risikotragfähigkeit auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt ist.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden. Die von der R+V Allgemeine Versicherung AG eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der Strategischen Asset Allokation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Das Management des versicherungstechnischen Risikos unterliegt der Zielsetzung des Vorhaltens eines breit diversifizierten Portfolios sowie der Weiterentwicklung bestehender und der Konzeption neuer, innovativer Produkte.

Eine gezielte Risikoselektion erfolgt mittels Zeichnungsrichtlinien auf Einzelrisikoebene. Prämien sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallenden Schäden und Kosten ausreichen. Kumul- und große Einzelrisiken werden durch Rückversicherungsverträge begrenzt.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

In Kapitel D werden die in der Solvabilitätsübersicht auszuweisenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dargestellt sowie die für diese Zwecke verwendeten Bewertungsansätze und -verfahren beschrieben. Die Solvabilitätsübersicht zeigt auf, inwieweit die Verpflichtungen, die das Versicherungsunternehmen eingegangen ist, unter gewissen Risikoannahmen durch die Vermögenswerte bedeckt sind. In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit Marktwerten oder marktkonsistent zu bewerten.

Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweistechnische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Kapitalmanagement

In Kapitel E werden die Eigenmittel der Gesellschaft und die Solvenzkapitalanforderungen sowie die daraus resultierenden Bedeckungsquoten dargestellt.

Die R+V Allgemeine Versicherung AG verfügte zum 31. Dezember 2024 über Eigenmittel in Höhe von insgesamt 6.527.467 TEuro. Die Eigenmittel setzten sich zum Stichtag im Wesentlichen aus 126.320 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 VAG in Höhe von 831.857 TEuro, dem Überschussfonds in Höhe von 164.896 TEuro sowie der Ausgleichsrücklage in Höhe von 4.843.472 TEuro zusammen.

Zum Stichtag unterteilen sich die Eigenmittel in Tier 1-Eigenmittel in Höhe von 5.966.544 TEuro und Tier 2-Eigenmittel aus nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 560.922 TEuro. Tier 3-Eigenmittel sind nicht vorhanden.

Die Eigenmittel stellen im Wesentlichen den Überschuss der Vermögenswerte der R+V Allgemeine Versicherung AG über ihre Verbindlichkeiten dar und stehen zur Verfügung, um erhöhte Verpflichtungen aufgrund des Eintritts von Risiken zu bedecken.

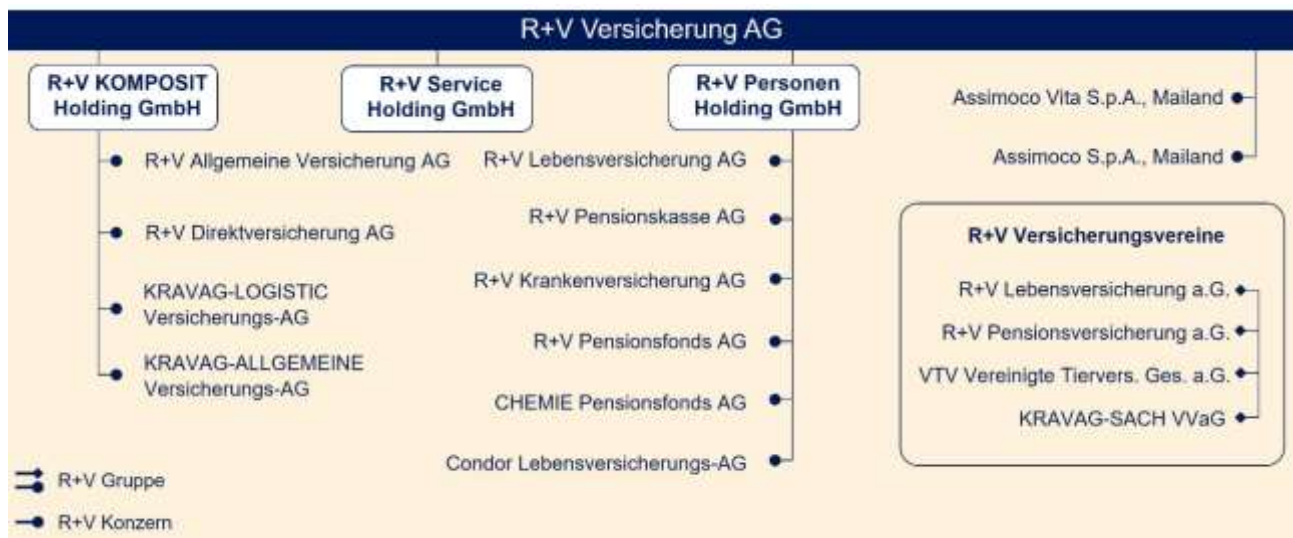
Bei der Berechnung dieses Solvenzkapitalbedarfs werden alle quantifizierbaren Risiken sowie deren Abhängigkeiten untereinander berücksichtigt. Das Sicherheitsniveau bei dieser Berechnung beträgt 99,5 %.

Die R+V Allgemeine Versicherung AG verfügte zum Stichtag über ausreichend Eigenmittel, um sowohl die Mindestkapitalanforderung (MCR) in Höhe von 1.161.534 TEuro als auch den Solvenzkapitalbedarf (SCR) in Höhe von 3.070.812 TEuro zu decken. Zum 31. Dezember 2024 ergaben sich damit Bedeckungsquoten von 534 % (MCR) beziehungsweise 213 % (SCR). Dabei hat die R+V Allgemeine Versicherung AG keine genehmigungspflichtigen Instrumente wie Übergangsmaßnahmen oder Volatilitätsanpassungen in ihren Berechnungen angesetzt.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

R+V Gruppe – Vereinfachte Darstellung



Rechtsform und Konzernzugehörigkeit

Die R+V Allgemeine Versicherung AG (RVA), gegründet 1922, eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2188, gehört als Unternehmen der R+V Gruppe der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an.

Die Anteile der RVA werden zu 94,5 % von der R+V KOMPOSIT Holding GmbH gehalten. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH wiederum ist eine 100 %ige Tochter der R+V Versicherung AG (RVV). Die R+V Versicherung AG fungiert als Obergesellschaft des R+V Konzerns.

Halter qualifizierter Beteiligungen

	Anteil am Kapital
R+V Versicherung AG, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	0,5%
R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	94,5%
R+V Lebensversicherung a.G., Wilhelmstrasse 1, 65343 Eltville	2,8%
R+V Pensionsversicherung a.G., Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	2,2%

Die R+V Versicherung AG befindet sich mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK AG), Frankfurt am Main. Weitere Anteile werden von Genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb des DZ BANK Konzerns.

Am 28. Juni 2024 hatte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ihre Genehmigung für die Verschmelzung der Condor Allgemeine Versicherungs-AG auf die R+V Allgemeine Versicherung AG im Jahr 2024 erteilt. Das Amtsgericht Hamburg hatte am 8. Juni 2024 die Verschmelzung im Handelsregister eingetragen. Nach der erfolgten Eintragung im Handelsregister Wiesbaden am 5. August 2024 wurde die Verschmelzung mit wirtschaftlicher Rückwirkung auf den 1. Januar 2024 rechtswirksam. Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen. Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Das obige Schaubild zeigt die R+V Gruppe. Diese setzt sich zusammen aus dem R+V Konzern sowie den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit.

Die RVA hält folgende Anteile an verbundenen Unternehmen: 2024

Name und Sitz der Gesellschaft

	Anteil am Kapital
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 2 Infra Debt, Munsbach	8,6%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF Acquisition Financing, Munsbach	6,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 3 Primaries, Munsbach	3,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 4 Secondaries, Munsbach	3,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 5 Co- Investments, Munsbach	3,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 6 Infra Debt II, Munsbach	12,4%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 7 Private Equity, Munsbach	11,1%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 8 Acquisition Financing Large Cap, Munsbach ¹⁾	7,0%
Unterstützungskasse der Condor Versicherungsgesellschaften GmbH, Hamburg ²⁾	66,7%

¹⁾ Neugründung/Zeichnung per 15.11.2023, erster Kapitalabruf in 2024, es liegen keine JA-Kennzahlen vor (GJ-Ende 30.09.)

²⁾ Neuaufnahme infolge Verschmelzung der Condor Allgemeine Versicherungs-AG auf die R+V Allgemeine Versicherung AG per HR-Eintrag vom 05.08.2024

Geschäftsbereiche und Regionen

Die breit diversifizierte Produktpalette der RVA umfasst im selbst abgeschlossenen Geschäft alle wesentlichen Zweige der Schaden- und Unfallversicherung wie Kraftfahrt, Haftpflicht, Unfall, Rechtsschutz, Kredit und Kautions sowie weitere Sachsparten. Zusätzlich zeichnet die RVA in geringem Maße übernommenes Geschäft, wobei es sich hauptsächlich um Rückversicherungsgeschäft von Versicherungsgesellschaften aus der R+V-Gruppe handelt. Die RVA betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft.

Die RVA ist mit einem Bruttobeitragsvolumen von 5.605.967 TEuro der größte Schaden- und Unfallversicherer der R+V-Gruppe. Auf Basis der gebuchten Bruttobeiträge per 31. Dezember 2024 ergab sich folgende Verteilung auf die wesentlichen Geschäftsbereiche:

Geschäftsbereich

	Anteile in % aktuelles Jahr	Anteile in % Vorjahr
Feuer- und andere Sachversicherungen	36,7%	34,0%
Allgemeine Haftpflichtversicherung	14,0%	14,7%
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	13,4%	13,8%
Kredit- und Kautionsversicherung	10,5%	11,0%
Sonstige Kraftfahrtversicherung	10,2%	10,5%
Berufsunfähigkeitsversicherung	5,0%	5,1%
Versicherung mit Überschussbeteiligung	3,0%	2,7%
Übrige	7,3%	8,3%
Summe	100,0%	100,0%

Aufsichtsbehörde und externer Abschlussprüfer

Das Unternehmen und die R+V Gruppe unterliegen mit ihren vielfältigen Aktivitäten im Versicherungsgeschäft und im Asset Management einer umfassenden Regulierung und Überwachung. Die Beaufsichtigung obliegt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG).

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Außerdem ist das Unternehmen als Teil des DZ BANK Finanzkonglomerats in die Beaufsichtigung des Finanzkonglomerats nach Maßgabe der aktuell geltenden gesetzlichen Vorschriften einbezogen. Der Koordinator für die Aufsicht des Finanzkonglomerats ist die Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main.

Der für das Unternehmen und die R+V Gruppe zuständige Abschlussprüfer ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Anlage 35-37, 60327 Frankfurt am Main. Sie war erstmals für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2021 verantwortlich. Auch die im SFCR enthaltene Solvabilitätsübersicht unterliegt nach § 35 Absatz 2 VAG der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Wesentliche Entwicklungen mit Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

Die R+V Allgemeine Versicherung AG hat im Kontext ihrer Wachstumsstrategie und den regulatorischen Anforderungen als eine die Solvenz zusätzlich stärkende Kapitalmaßnahme in 2023 eine Nachranganleihe in Höhe von 500 Mio. Euro emittiert, die von der DZ BANK AG gezeichnet wurde.

Zwischen der RVA und der R+V KOMPOSIT Holding GmbH besteht seit dem Jahr 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie des beteiligten Registergerichts ist für 2025 die Verschmelzung der R+V Direktversicherung AG auf die R+V Allgemeine Versicherung AG geplant.

Die im Jahr 2021 implementierte Strategie „WIR@R+V“, bestehend aus den drei Kernelementen Wachstum, Innovation und Rentabilität, kurz WIR, läuft im Geschäftsjahr 2025 aus. „WIR@R+V“ hat die Balance zwischen Wachstum und Rentabilität sichergestellt und Innovationen gefördert. Daneben lag der Fokus insbesondere auf Kundenbegeisterung und Erhaltung der Kapitalstärke. Nachhaltigkeit ist ebenfalls ein fester Strategiebestandteil. Die neue Zukunftsstrategie mit Zielhorizont 2030, die auf dem Erfolg von WIR@R+V aufbaut und auf die aktuellen Herausforderungen reagiert, wird im Geschäftsjahr 2025 implementiert werden. Sie verfolgt das Ziel, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von R+V nachhaltig zu erhalten und weiter zu steigern.

In den nachstehenden Erläuterungen zum Geschäftsverlauf sowie zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bis zum 31. Dezember 2024 sind die aktuell bekannten Erkenntnisse zur Kostenentwicklung berücksichtigt. Für die R+V Allgemeine Versicherung AG hat sich in der Versicherungstechnik keine unmittelbare materielle Betroffenheit durch den Krieg in der Ukraine ergeben.

Das Geschäftsjahr 2025 wird weiterhin von herausfordernden Rahmenbedingungen mit Blick auf Politik, Regulatorik, Zinsentwicklung, Konjunktur, Inflationsverlauf und Verbraucherverhalten geprägt sein.

Die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf des Kriegs in der Ukraine und die damit einhergehenden Folgen werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2025 im Hinblick auf Inflation, Wachstum, Einkommensentwicklung der privaten Haushalte, Beschäftigungsquote und Entwicklung der Energiepreise wesentlich beeinflussen. Das Marktumfeld für die R+V Allgemeine Versicherung AG bleibt vor diesem Hintergrund anspruchsvoll.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisches Ergebnis im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum erzielte die RVA ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von -9.192 TEuro (2023: 23.038 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen betrug -168.255 TEuro (2023: -97.512 TEuro). Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von -119.116 TEuro (2023: -116.001 TEuro).

Im Folgenden werden die wesentlichen Größen, gebuchte Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten (SRK) sowie die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, dargestellt.

Versicherungstechnische Ergebnisgrößen (brutto)

	2024			2023		
	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Berufsunfähigkeitsversicherung	278.229	103.172	91.246	265.550	86.527	85.988
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	748.631	570.884	148.674	713.009	554.032	134.881
Sonstige Kraftfahrtversicherung	573.781	582.812	112.126	540.785	613.502	103.584
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	55.772	41.066	17.425	51.836	36.166	15.292
Feuer- und andere Sachversicherungen	2.054.688	1.489.739	577.051	1.757.177	1.225.290	493.255
Allgemeine Haftpflichtversicherung	783.740	505.225	243.746	759.211	512.959	225.893
Kredit- und Kautionsversicherung	590.028	377.215	167.436	568.514	298.565	159.132
Rechtsschutzversicherung	207.263	120.066	57.434	199.763	107.494	54.866
Verschiedene finanzielle Verluste	131.670	94.363	26.580	133.937	94.069	23.663
nichtproportionale Krankheitsrückversicherung	0	0	0	348	0	8
nichtproportionale Unfallrückversicherung	0	0	0	2.363	3.798	371
nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	4.212	-2.962	1.307	3.970	-2.906	1.180
nichtproportionale Sachrückversicherung	9.820	0	595	35.773	14.328	1.887
Versicherungen mit Überschussbeteiligung	168.134	177.144	19.157	141.012	184.738	15.801
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	0	27.970	0	0	28.751	0
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	0	5.222	0	0	1.809	0
Gesamt	5.605.967	4.091.917	1.462.777	5.173.247	3.759.120	1.315.802

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 8,4 % und beliefen sich auf insgesamt 5.605.967 TEuro (2023: 5.173.247 TEuro).

Als größter Geschäftsbereich trugen die Feuer- und anderen Sachversicherungen mit 36,7 % (2023: 34,0 %), gefolgt von der Allgemeinen Haftpflichtversicherung mit 14,0 % (2023: 14,7 %), der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 13,4 % (2023: 13,8 %), der Kredit- und Kautionsversicherung mit 10,5 % (2023: 11,0 %), der Sonstigen Kraftfahrtversicherung mit 10,2 % (2023: 10,5 %) sowie der Berufsunfähigkeitsversicherung mit 5,0 % (2023: 5,1 %) zu den gebuchten Bruttobeiträgen bei.

Im Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen wurde im Berichtsjahr ein Beitragswachstum von 16,9 % auf 2.054.688 TEuro verzeichnet (2023: 1.757.177 TEuro). In der verbundenen Gebäudeversicherung konnte eine Erhöhung des gebuchten Beitrags insbesondere infolge von Beitragsanpassungen erzielt werden. Der Anstieg in der Feuerversicherung resultierte aus einem Bestandszuwachs davon überwiegend in der sonstigen Feuerversicherung.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung konnten die gebuchten Bruttobeiträge um 24.529 TEuro (3,2 %) auf 783.740 TEuro gesteigert werden (2023: 759.211 TEuro). Diese Entwicklung war vor allem durch die Sparte Betriebs-

und Berufshaftpflicht geprägt, aber auch in den Sparten Vermögensschadenhaftpflicht und Private Haftpflicht konnten die Beiträge gesteigert werden.

Bei leicht rückläufigem Vertragsbestand in der Kraftfahrtversicherung wirkten sich höhere Durchschnittsbeiträge wachstumsfördernd aus. Die gebuchten Bruttobeiträge in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung beliefen sich auf 748.631 TEuro. Dies bedeutete einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 5,0 % (2023: 713.009 TEuro). In der Sonstige Kraftfahrtversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um 6,1 % auf 573.781 TEuro (2023: 540.785 TEuro). Der Beitragsanstieg resultierte überwiegend aus der Fahrzeugvollversicherung.

Unter dem Begriff der „Kredit- und Kautionsversicherung“ werden die Versicherungszweige Kautionsversicherung, Warenkreditversicherung, Konsumentenkreditversicherung, Investitionsgüterkreditversicherung und Hypothekendarlehenskreditversicherung zusammengefasst. In der Kredit- und Kautionsversicherung verbesserten sich die gebuchten Bruttobeiträge im Geschäftsjahr 2024 um 3,8 % auf 590.028 TEuro (2023: 568.514 TEuro). Die Beitragssteigerung resultierte in der Kautionsversicherung insbesondere aus einer erhöhten Nachfrage nach Bürgschaften.

Die Geschäftsbereiche Berufsunfähigkeitsversicherung und Versicherung mit Überschussbeteiligung bilden das Segment der Unfallversicherung ab. Unter der Versicherung mit Überschussbeteiligung wird der Sparanteil der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr ausgewiesen, die sonstigen Unfallversicherungen und der Risikoanteil der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr werden unter der Berufsunfähigkeitsversicherung ausgewiesen.

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Berufsunfähigkeitsversicherung lagen mit 278.229 TEuro über dem Vorjahresniveau (2023: 265.550 TEuro). Die gebuchten Bruttobeiträge in der Versicherung mit Überschussbeteiligung lagen mit 168.134 TEuro ebenfalls über dem Wert des Vorjahres (2023: 141.012 TEuro).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 4.091.917 TEuro (2023: 3.759.120 TEuro). Die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenquote hingegen sank auf 78,1 % (2023: 80,1 %).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten steigerten sich im Geschäftsbereich Feuer und andere Sachversicherungen um 21,6 % auf 1.489.739 TEuro (2023: 1.225.290 TEuro). In der Verbundenen Hausratversicherung erhöhten sich die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwendungen aufgrund einer höheren Elementarschadenbelastung. In der Verbundenen Gebäudeversicherung ist der Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwand aufgrund des höheren Bestands, einer höheren Elementarschadenbelastung sowie weiter gestiegenen Schadendurchschnitten und aufgrund eines Großschadens gestiegen.

Insbesondere höhere Ersatzteil- und Werkstattkosten führten in der Kraftfahrtversicherung zu einem Anstieg in den Schadendurchschnitten. Bei rückläufigen Schadenhäufigkeiten sanken die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwendungen. In der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung erhöhten sich die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten Großschadenbedingt um 3,0 % auf 570.884 TEuro (2023: 554.032 TEuro). Die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwendungen sanken in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung aufgrund geringerer Schadenhäufigkeiten, trotz gestiegener Schadendurchschnitte. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten sanken somit um 5,0 % auf 582.812 TEuro (2023: 613.502 TEuro).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten sanken in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung um 1,5 % auf 505.225 TEuro (2023: 512.959 TEuro).

In dem Geschäftsbereich Kredit- und Kautionsversicherung stiegen die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten gegenüber dem Vorjahr um 26,3 % auf 377.215 TEuro (2023: 298.565 TEuro), was auf die ansteigenden Insolvenzzahlen im Markt zurückzuführen ist.

In der Unfallversicherung stiegen die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwendungen (inklusive Leistungen aus dem Rückgewährteil in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr) unterproportional zur Beitragsentwicklung um 3,3 % auf 280.316 TEuro.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich im Geschäftsjahr 2024 bei einer positiven Beitragsentwicklung um 11,2 % auf 1.462.777 TEuro (2023: 1.315.802 TEuro).

Dabei zeigte sich in allen wesentlichen Geschäftsbereichen ein gleiches Bild. Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb in dem Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen stiegen um 17,0 % auf 577.051 TEuro (2023: 493.255 TEuro). Auch in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung kam es zu einem Anstieg der Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb um 7,9 % auf 243.746 TEuro (2023: 225.893 TEuro). In der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung stiegen die Bruttoaufwendung für den Versicherungsbetrieb ebenfalls um 10,2 % auf 148.674 TEuro (2023: 134.881 TEuro). In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung kam es zu einer Steigerung um 8,2 % auf 112.126 TEuro (2023: 103.584 TEuro) verzeichnet. In der Kredit- und Kautionsversicherung wurde eine Steigerung um 5,2 % auf 167.436 TEuro (2023: 159.132 TEuro), sowie bei der Berufsunfähigkeitsversicherung und Versicherung mit Überschussbeteiligung eine Steigerung um 8,5 % auf 110.403 TEuro (2023: 101.789 TEuro).

In- und Auslandsgeschäft

Die RVA betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft, das jedoch keinen wesentlichen Anteil darstellt. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 verteilten sich die gebuchten Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb wie folgt auf die Länder:

In- und Auslandsgeschäft (brutto)

	2024			2023		
	Inland	Österreich	Italien	Inland	Österreich	Italien
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gebuchte Beiträge	5.548.738	52.593	4.636	5.120.457	48.421	4.369
Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	4.016.297	73.168	2.451	3.731.492	25.625	2.003
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.444.889	16.241	1.647	1.300.308	13.964	1.530

A.3 Anlageergebnis

Anlageergebnis im Geschäftsjahr

Das Kapitalanlageergebnis nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) setzt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Das ordentliche Ergebnis umfasst auf der Ertragsseite Zins-, Dividenden- und Mieteinnahmen und wird auf der Aufwandsseite insbesondere um die Verwaltungskosten und die planmäßigen Immobilienabschreibungen vermindert. Im außerordentlichen Ergebnis werden Gewinne und Verluste aus Abgängen von Kapitalanlagen sowie Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen sowie Zuschreibungen aufgrund von Wertaufholungen saldiert. Nachstehende Tabelle zeigt die verschiedenen Quellen des Anlageergebnisses:

Anlageergebnis im Geschäftsjahr

	2024	2023
	in TEuro	in TEuro
Ordentliche Erträge	344.078	351.152
Ordentliche Aufwendungen	31.976	32.750
Abgangsgewinne	68.973	50.334
Abgangsverluste	2.456	7.737
Zuschreibungen	2.736	6.480
Abschreibungen	17.385	81.780
Summe	363.969	285.698

Die RVA erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 344.078 TEuro. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 31.976 TEuro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 312.101 TEuro (2023: 318.402 TEuro).

Bei den Kapitalanlagen der RVA liegen Abschreibungen von 17.385 TEuro vor. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 2.736 TEuro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die RVA Abgangsgewinne von 68.973 TEuro sowie Abgangsverluste von 2.456 TEuro. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 51.868 TEuro (2023: -32.703 TEuro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2024 auf 363.969 TEuro gegenüber 285.698 TEuro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag bei 2,6 % (2023: 2,2 %).

Die stillen Lasten unter Anwendung der Bewertungsvorschrift beliefen sich nach § 341b Abs. 2 HGB bei Wertpapieren des Anlagevermögens auf 295,8 Mio. Euro (2023: 345,4 Mio. Euro). Hierbei wurde auf eine Abschreibung verzichtet, da es sich um eine vorübergehende Wertminderung handelt.

In der folgenden Tabelle ist die Aufschlüsselung der verschiedenen Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen dargestellt:

Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Abgangsgewinne	Abgangsverluste	Zuschreibungen	Abschreibungen	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Derivate	-2.318	0	0	0	0	0	-2.318
Staatsanleihen	42.815	939	167	97	0	0	41.947
Unternehmensanleihen	81.345	2.112	622	1.735	0	0	78.119
Aktien	58.964	4.542	12.317	0	811	12.972	54.578
Investmentfonds	76.283	3.547	40.023	176	1.422	1.402	112.604
Strukturierte Schuldtitel	11.284	229	0	0	0	0	11.055
Besicherte Wertpapiere	3.237	33	0	0	0	0	3.205
Einlagen	2.318	27	0	0	0	0	2.292
Darlehen und Hypotheken	38.245	7.256	0	0	0	41	30.948
Immobilien	31.904	13.293	15.844	447	502	2.970	31.540
Summe	344.078	31.976	68.973	2.456	2.736	17.385	363.969

Bei den ordentlichen Kapitalanlageerträgen in Höhe von insgesamt 344.078 TEuro bildeten die Erträge aus Unternehmensanleihen mit 81.345 TEuro die größte Einzelposition. Insgesamt haben die Anlageklassen Staats- und Unternehmensanleihen sowie Darlehen und Hypotheken mit 162.405 TEuro einen hohen Anteil und belegen damit die hohe Gewichtung der Anlagen in Zinsträgern. Darüber hinaus machen Erträge aus Investmentfonds – diese enthielten Rentenanlagen im Fondsbestand sowie die in Fonds gehaltenen Substanzwerte der Assetklassen Aktien und Immobilien - in Höhe von 76.283 TEuro sowie Aktien in Höhe von 58.964 TEuro einen hohen Anteil an den ordentlichen Erträgen aus.

Die ordentlichen Aufwendungen aus Kapitalanlagen in Höhe von 31.976 TEuro wurden von den Aufwendungen für Immobilien (13.293 TEuro) dominiert.

Abgangsgewinne und Abgangsverluste entstehen durch Handelsaktivitäten im Zuge der Portfoliosteuerung und -optimierung. Mit 40.023 TEuro im Jahr 2024 wies die Position Investmentfonds den höchsten Abgangsgewinn auf. Abgangsverluste entstanden hauptsächlich durch Veräußerungen von Unternehmensanleihen.

Die im Jahr 2024 vorgenommenen Zuschreibungen sind insbesondere auf die Wertaufholung bei Investmentfonds (1.422 TEuro) und Aktien (811 TEuro) zurückzuführen.

Von den im Jahr 2024 vorgenommenen Abschreibungen entfielen 12.972 TEuro auf Aktien, 2.970 TEUR auf Immobilien, 1.402 TEUR auf Investmentfonds und 41 TEUR auf Darlehen und Hypotheken.

Die RVA erstellt den Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB. Daher werden Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen nicht direkt im Eigenkapital erfasst.

Das Verbriefungsportfolio der RVA bestand zum Berichtsstichtag vollständig aus Collateralized Debt Obligations. Der beizulegende Zeitwert belief sich auf 62.374.378 TEuro. Die zugrundeliegenden Forderungen stammten überwiegend aus Europa. Der Rest stammte aus den Vereinigten Staaten. Zum 31. Dezember 2024 entfiel das gesamte Exposure auf die höchste Ratingklasse (AAA). In der Risikomessung wurden Verbriefungen im Spreadrisiko berücksichtigt. Die Kapitalanforderung hierfür ergab sich mithilfe eines Faktorsatzes auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens. Die Höhe des Stressfaktors wird durch das Titel-Rating und die modifizierte Duration der Anlage bestimmt.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstiges Ergebnis

Die Sonstigen Erträge beliefen sich auf 1.050.173 TEuro (2023: 1.083.031 TEuro). Einen wesentlichen Bestandteil bildeten die Erträge aus Dienstleistungen. Diesen standen Sonstige Aufwendungen von 1.090.708 TEuro (2023: 1.096.744 TEuro) gegenüber. Sie beinhalten neben Aufwendungen für Dienstleistungen unter anderem auch Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen. Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug -40.535 TEuro (2023: -13.713 TEuro).

Sonstiges Ergebnis

	2024	2023
	in TEuro	in TEuro
Sonstige nichtversicherungstechnische Erträge	1.050.173	1.083.031
Erträge aus Dienstleistungen	980.926	1.003.411
Übrige	69.246	79.620
Sonstige nichtversicherungstechnische Aufwendungen	1.090.708	1.096.744
Aufwendungen aus Dienstleistungen	957.624	981.990
Aufwendungen für das VU als Ganzes	50.589	43.015
Übrige	82.494	71.739
Sonstiges Ergebnis	-40.535	-13.713

Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern betrug 158.582 TEuro (2023: 113.790 TEuro). Die RVA führte auf der Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages ihren Gewinn nach Steuern von 155.248 TEuro (2023: 110.523 TEuro) an die R+V Komposit Holding GmbH ab.

Operating-Leasing-Verträge

Die RVA ist Leasingnehmer bei Verträgen für Büro- und Geschäftsräume, IT-Ausstattung, Softwareprodukte sowie für eine Dienstwagenflotte.

Im IT-Bereich bestanden für die IT-Hardware unterschiedliche, durchschnittliche Laufzeiten der Verträge von beispielsweise 12, 36 und 48 Monaten. Es lagen grundsätzlich keine Verlängerungs- und Kündigungsoptionen vor. Im Bereich der Anmietung von Büro- und Geschäftsräumen bestanden hingegen Verlängerungsoptionen.

Im Immobilienbereich ist die RVA bei standardisierten gewerblichen Mietverträgen grundsätzlich Leasinggeber.

Finanzierungs-Leasing-Verträge

Finanzierungs-Leasing-Verträge lagen zum Stichtag 31. Dezember 2024 nicht vor.

A.5 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum sind keine weiteren Vorgänge zu verzeichnen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der RVA von Bedeutung wären.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Vorstand

Vorstand

Dr. Klaus Endres	Vorstandsvorsitz
Jens Hasselbacher	Vertrieb
Tillmann Lukosch	Zentrale Informationssysteme, Digitale Transformation, Gesamtrisikomanagement
Julia Merkel	Personal und Konzerndienstleistungen
Marc René Michallet	Finanzen, Rechnungswesen und Steuern

Die RVA ist Teil der R+V Gruppe und daher in das gesamte Governance- und Steuerungssystem der R+V Gruppe integriert. Die Geschäftsorganisation der R+V wird von vier ineinandergreifenden Grundsätzen geprägt:

- › Einheitliche Leitung bei der R+V
- › Horizontale und vertikale Delegation
- › Steuerung nach Ressorts
- › Organisation nach dem Gedanken des Gemeinschaftsbetriebs.

Die R+V-Gesellschaften werden grundsätzlich wie ein einheitliches Unternehmen geführt. Die R+V Versicherung AG ist die leitende Konzern- bzw. Gruppenobergesellschaft. Sie koordiniert die Zusammenarbeit bei der R+V. Alle wesentlichen strategischen und operativen Entscheidungen werden – im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Zulässigkeit – durch den Vorstand der R+V Versicherung AG getroffen und durch die Tochtergesellschaften umgesetzt. Die einheitliche Leitung wird auch durch die personelle Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte der R+V-Gesellschaften sichergestellt. Die Vorstände der größeren R+V-Gesellschaften setzen sich ganz oder teilweise aus Vorstandsmitgliedern der R+V Versicherung AG zusammen. Der Vorstandsvorsitzende der R+V Versicherung AG ist zudem regelmäßig Aufsichtsratsvorsitzender ihrer größeren Tochtergesellschaften. Die einheitliche Leitung wird darüber hinaus durch bestehende Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträge gewährleistet. Die R+V Versicherung AG hat jeweils einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V KOMPOSIT Holding GmbH und der R+V Service Holding GmbH abgeschlossen. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH verfügt ihrerseits über Ergebnisabführungsverträge mit der R+V Allgemeine Versicherung AG und der R+V Direktversicherung AG. Die R+V Personen Holding GmbH hat einen Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V Lebensversicherung AG sowie mit der Condor Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die R+V Service Holding GmbH verfügt über Ergebnisabführungsverträge mit der R+V Service Center GmbH und der PASCON GmbH. Der Organisationsgrundsatz der einheitlichen Leitung ist zudem auch in die Geschäftsordnungen der Vorstände der R+V-Gesellschaften eingeflossen.

Die Verteilung der Verantwortlichkeiten erfolgt nach dem Prinzip der horizontalen und vertikalen Delegation. Auf Ebene des Vorstands der R+V Versicherung AG erfolgt eine horizontale Zuordnung von Verantwortlichkeiten durch die Zuweisung von Ressortzuständigkeiten. Die Ressortzuweisung erfolgt durch den Geschäftsverteilungsplan, den sich der Vorstand der R+V Versicherung AG auf Grundlage seiner Geschäftsordnung und mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegeben hat. Die nach Ressortzuständigkeit horizontal zugeordneten Kompetenzen werden innerhalb des Ressorts vertikal an Organisationseinheiten bzw. Mitarbeitende zugewiesen, die unmittelbar an das jeweilige Vorstandsmitglied berichten.

Die R+V stellt hierbei sicher, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten in Einklang mit der Geschäftsstrategie des Unternehmens zugewiesen, abgegrenzt und koordiniert sowie in den Beschreibungen der Aufgaben und Zuständigkeiten konkret dokumentiert werden. Im Zuge der Zuweisung wird eine Vermeidung von potentiellen Interessenkonflikten gewährleistet. Insbesondere wird dafür Sorge getragen, dass Personen, die für den Aufbau von Risikopositionen zuständig sind,

nicht auch mit der Kontrolle dieser Risikopositionen betraut werden. Die R+V trägt diesen Anforderungen sowohl im Rahmen der horizontalen als auch im Rahmen der vertikalen Delegation der Verantwortlichkeiten Rechnung. Bereits im Rahmen der horizontalen Delegation wird sichergestellt, dass die risikoinitierenden Bereiche grundsätzlich organisatorisch getrennt von den Mitarbeitenden sind, die risikokontrollierende Aufgaben wahrnehmen. Diese organisatorische Funktionstrennung wird unter dem Aspekt der Sachgerechtigkeit aber teilweise durch ressortübergreifend organisierte Aufgabenwahrnehmung mit zentralen und dezentralen Komponenten überlagert, insbesondere bei den zentral / dezentral aufgebauten Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“ und „Compliance“. Soweit risikoinitierende und risikokontrollierende Mitarbeitende innerhalb eines Bereichs tätig sind, wird der Grundsatz der Funktionstrennung durch die Schaffung sonstiger angemessener organisatorischer Rahmenbedingungen sichergestellt, die Interessenkonflikte ausschließen (bspw. Funktionstrennung auf Abteilungsebene oder Ausschluss von Vorbefassung). Wesentliche strategische Neuausrichtungen werden organisatorisch jenseits der Linienorganisation in zeitlich begrenzten Projekten oder Programmen erledigt.

Diese horizontale und vertikale Delegationskette wird (unter dem Organisationsgedanken des Gemeinschaftsbetriebes) ergänzt durch die Ausgliederung und Zentralisierung der Geschäftstätigkeit auf die mitarbeiterführenden Gesellschaften. Die Aufgaben aller Unternehmen sind R+V-intern bei einzelnen Gesellschaften zentralisiert, die diese Tätigkeiten dann als Dienstleister für die anderen R+V-Gesellschaften erbringen. Die Aufgaben werden primär bei der R+V Versicherung AG, der R+V Lebensversicherung AG und der R+V Allgemeine Versicherung AG konzentriert sowie bei verschiedenen Dienstleistungsgesellschaften, die der R+V Service Holding GmbH untergeordnet sind. Die übrigen R+V-Gesellschaften sind überwiegend mitarbeiterlos. Vertragliche Grundlage dieser Zentralisierung sind 4 übergreifende Ausgliederungsverträge, die durch zahlreiche Neben- bzw. Sub-Vertragswerke und Service Level Agreements ergänzt und konkretisiert werden. Die Organisation nach dem Gemeinschaftsbetrieb gewährleistet eine klare, transparente Organisationsstruktur und ermöglicht zum Nutzen der Versicherungsnehmer eine effiziente und kostengünstige Wahrnehmung aller Aufgaben.

Die Vorstände und Aufsichtsräte stehen in angemessener Interaktion mit den eingesetzten Ausschüssen, den Schlüsselfunktionen und den anderen Führungskräften des Unternehmens. Diese angemessene Interaktion umfasst vor allem einen Informationsfluss aus allen Bereichen des Unternehmens an den Vorstand. Die regelmäßigen und anlassbezogenen Informationen an den Vorstand werden durch entsprechende Informations- und Beratungspflichten der anderen Stellen sichergestellt. Neben den geforderten Prozessen zur Übermittlung von Informationen und Berichten aus allen Unternehmensbereichen an die Geschäftsleitung umfasst die angemessene Interaktion auch Prozesse, die sicherstellen, dass die bearbeitenden Stellen über die getroffenen Entscheidungen der Geschäftsleitung informiert werden.

Einen Teilaspekt der Aufbau- und Ablauforganisation stellt das Vorhandensein eines übergreifenden Verhaltenskodex für das gesamte Personal, einschließlich der Geschäftsleitung und der Führungskräfte, dar. Die R+V hat bereits im Jahr 2004 die Richtlinie „Verhaltensgrundsätze für den Geschäftsverkehr“ verabschiedet. Sie gilt für die gesamte Mitarbeiterschaft und sämtliche Führungskräfte unterhalb des Vorstandes und enthält bspw. Regelungen zum Umgang mit Interessenkonflikten, Insiderwissen oder zur Annahme von Zuwendungen. Die Mitglieder der Vorstände haben sich im Wege von Selbstverpflichtungserklärungen Verhaltensgrundsätze auferlegt, die den Inhalten dieser Richtlinie entsprechen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat und seine etwaigen Ausschüsse überwachen die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend, begleiten diese beratend und entscheiden über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte. Die Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats bezieht sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des internen Revisionssystems. Der Aufsichtsrat setzt sich zum Stichtag aus den folgenden Personen zusammen:

Aufsichtsrat

Dr. Norbert Rollinger Vorsitzender		Vorsitzender des Vorstands, R+V Versicherung AG
Michael Teymurian Stellv. Vorsitzender		Betriebsratsvorsitzender am Standort Frankfurt, R+V Allgemeine Versicherung AG
Ulrike Brouzi		Mitglied des Vorstands, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
Sven de Reuter		Experte Produktentwicklung und Vertriebsunterstützung, R+V Lebensversicherung AG
Heiko Frohnwieser		Mitglied des Vorstands, Oldenburger Volksbank eG
Martin Heimann		Vorsitzender des Betriebsrats und Gesamtbetriebsrats-Vertreter der FD Oldenburg, R+V Allgemeine Versicherung AG
Andreas Helber		Mitglied des Vorstands, BayWa AG
Jörg Migende	seit 01.01.2024	Hauptgeschäftsführer, Deutscher Raiffeisenverband e.V. (DRV)
Martin Mulfinger		Vorsitzender des Betriebsrats VH Betriebe Stuttgart, R+V Allgemeine Versicherung AG
Ingo Ossa		Vorsitzender des Betriebsrats VH-Betrieb Direktion Wiesbaden, R+V Allgemeine Versicherung AG
Joachim Rukwied		Präsident, Deutscher Bauernverband e.V.
Anette Sauer		Gewerkschaftssekretärin, ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Landesbezirk Baden-Württemberg
Armin Schmidt		Fachsekretär Finanzdienstleistungen, ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Wiesbaden
Eberhard Spies		Vorsitzender des Vorstands, VR Bank Heilbronn Schwäbisch Hall eG
Michael Streck		Geschäftsführer, R+V Service Center GmbH
Maik Wandtke		Sprecher des Vorstands, EDEKABANK AG

Der Aufsichtsrat wird grundsätzlich durch den Vorstand informiert.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Prüfungsausschuss, einen Personalausschuss und einen Vermittlungsausschuss gebildet.

Die Berichterstattung der Bereichsleiter der internen Revision, des Rechnungswesens, des Konzern-Risikomanagements, der Compliance-Funktion sowie die Berichterstattung des Verantwortlichen Aktuars erfolgt (als ausschließliche oder zusätzliche Berichterstattung) direkt an den Prüfungsausschuss.

Ausschüsse und Kommissionen des Vorstands

Wesentliches Element der R+V Governance-Struktur sind auch die Konzernausschüsse und -kommissionen. Der Vorstand der R+V Versicherung AG als Konzernobergesellschaft hat verschiedene Ausschüsse und Kommissionen eingesetzt. Diese sind jeweils mit mindestens einem Mitglied des Vorstands besetzt. Ausschüsse entscheiden für den Vorstand und sind daher mehrheitlich mit Vorstandsmitgliedern besetzt; die übrigen Mitglieder haben kein Stimmrecht. Kommissionen dienen vorwiegend der Koordination einer Ressortverantwortlichkeit, die auch andere Ressorts betrifft. Die Leitung der Kommission liegt daher beim jeweils federführenden Ressort. Die Ausschüsse und Kommissionen bereiten Beschlussfassungen des Vorstandes vor. Darüber hinaus berichten sie mindestens jährlich an den Vorstand und stellen somit eine wichtige Informationsquelle des Vorstands im Rahmen der angemessenen Interaktion dar. Die Berichterstattung über die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen obliegt dabei dem bzw. der jeweiligen Vorsitzenden. Die in den Ausschüssen und Kommissionen vertretenen Vorstandsmitglieder unterrichten ihrerseits die übrigen Ausschuss- bzw. Kommissionsmitglieder. Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Verfahrensabläufe der Ausschüsse und Kommissionen sind in ihren Geschäftsordnungen geregelt.

Nachfolgend sind die wesentlichen Ausschüsse und Kommissionen beschrieben:

Rückversicherungsausschuss

Der Rückversicherungsausschuss entscheidet über die Rückversicherungspolitik und den Abschluss bestimmter Rückversicherungsgeschäfte, die ihm durch die Zeichnungsrichtlinie der aktiven Rückversicherung zugewiesen sind. Er steht zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Rückversicherung und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Der Rückversicherungsausschuss bereitet ferner die Beschlussfassung des Vorstands über die Grundsätze der Rückversicherungspolitik und ihrer Änderung vor. Des Weiteren obliegt ihm die regelmäßige Überprüfung der Auswirkungen von Rückversicherungsentscheidungen und der Ableitung von Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken auf die Risikotragfähigkeit der R+V Gruppe sowie der Einzelgesellschaften. Weitere Zuständigkeiten hat der Rückversicherungsausschuss im Kontext der Empfehlung zum Einkauf von Rückversicherungsprodukten, der Auswahl der Risikominderungspartner, der Kündigung von Rückversicherungsschutz, der Überwachung der Risiken, die aus dem Risikotransfer mittels Rückversicherung entstehen und der Entgegennahme bestimmter rückversicherungsbezogener Berichterstattungen. Der Rückversicherungsausschuss tagt halbjährlich.

Investitionskommission

Die Investitionskommission tritt regelmäßig (mindestens vierteljährlich) zusammen und entscheidet über die Investitionen im Unternehmen. Sie empfiehlt dem Vorstand der R+V Versicherung AG die Zusammensetzung eines Themenportfolios. Unterjährige Änderungen des Portfolios liegen in der Entscheidungsbefugnis der Investitionskommission. Darüber hinaus bereitet die Investitionskommission auch Beschlussfassungen des Vorstands der R+V Versicherung AG über die Grundsätze der Investitionspolitik vor. Ferner obliegt ihr die Festlegung, fortlaufende Kontrolle und Anpassung des Projektportfolios und des Investitionscontrollingverfahrens sowie die Überprüfung und Kommunikation von wesentlichen Nutzen- oder Kostenänderungen an den Vorstand der R+V Versicherung AG.

Omnikanal- und Produktkommission

Die Omnikanal- und Produktkommission (OPK) tagt mindestens vierteljährlich und bereitet die Ausrichtung der Produktentwicklung bzw. der omnikanischen Produktstrategie für die Entscheidung im Vorstand der R+V Versicherung AG vor. Neue Produkte und wesentliche Änderungen an bestehenden Produkten bedürfen der Zustimmung der OPK. Ferner prüft sie, ob eine Entscheidung der Investitionskommission, des Ausschusses Kunde und Prozesse oder des Vorstands der R+V Versicherung AG erforderlich ist. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung über neue Produkte, Anpassungen bestehender Produkte, Tarife und Bedingungen, Produkteinstellungen sowie die omnikanale Angebotsgestaltung vor, soweit sie nach der Geschäftsordnung der OPK einer Beschlussfassung der Investitionskommission oder des Holding-Vorstandes bedürfen.

Die OPK legt ferner den Produkt-Management-Prozess (PMP) fest und verantwortet seine Anwendung auf die PMP-relevanten Geschäftsvorfälle. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung des Vorstands über die Festlegung von Zielgruppen vor und leitet aus denen von ihr entgegengenommenen Nutzenberichten (ein und zwei Jahre nach Produkteinführung) und ABC-Analysen etwaigen Handlungsbedarf für die betroffenen Organisationseinheiten ab.

Darüber hinaus stimmt die OPK die Anforderungen an das omnikanale Produktportfolio sowie an die Produktentwicklung spartenübergreifend aufeinander ab, prüft, ob die Produkte den Anforderungen der omnikanischen Marktstrategie entsprechen und hält nach, ob die definierten Ziele und strategischen Leitplanken der omnikanischen Marktbearbeitung eingehalten werden.

Risikokommission

Die Risikokommission bearbeitet die ressortübergreifenden Fragestellungen und Themen im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem und dem operativen Risikomanagement. In diesem Kontext wurden ihr zahlreiche Aufgaben zugewiesen. Beispielsweise behandelt die Risikokommission einmal jährlich die gesellschaftsindividuellen Limite für die Risikotragfähigkeit zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Vorstand, gibt die Risikostrategie für die Beschlussfassung durch den Vorstand frei, unterstützt den Vorstand im ORSA-Prozess (regulär und ad hoc) und bereitet die Ergebnisse des ORSA-Prozesses zur Beschlussfassung durch die Geschäftsleitungsorgane vor. Neben zahlreichen weiteren Aufgaben unterstützt die Risikokommission auch die Risikomanagement-Funktion bei der übergeordneten Einschätzung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit (regulatorisch, ökonomisch) sowie der indikatorbasierten Risikoeinschätzung pro Gesellschaft und für die Gruppe.

Kapitalkommission

Die Kapitalkommission stellt Transparenz über die Rentabilität des eingesetzten Kapitals her. In diesem Zusammenhang wird die operative Planung im Hinblick auf die daraus resultierende Kapitalausstattung beurteilt und Auswirkungen der Planung auf den Unternehmenswert aufgezeigt. Zur Erfüllung der gesetzlichen Kapitalanforderungen erstellt und überwacht die Kapitalkommission die Kapitalmanagementpläne, bringt Beschlussempfehlungen in den Vorstand ein und leitet Kapitalmaßnahmen ein. Die Kapitalkommission informiert die Risikokommission über risikorelevanten Sachverhalten, insbesondere hinsichtlich Kapitalmaßnahmen.

Weitere Governance-Gremien

Neben den genannten Ausschüssen und Kommissionen existieren weitere Gremien, die wichtige Governance-Aufgaben wahrnehmen. Besondere Bedeutung haben dabei die Führungskreise, die Nachhaltigkeitskommission, das Komitee der versicherungsmathematischen Funktionen (VMF-Komitee), die Compliance-Konferenz sowie die Sicherheits- und BCM-Konferenz (SBK).

Schlüsselfunktionen

Die Solvency II-Governance-Vorgaben enthalten spezifische Organisationsanforderungen für vier aus aufsichtsrechtlicher Sicht besonders wichtige Bereiche des Versicherungsunternehmens. Die Organisationseinheiten, denen die Aufgaben dieser vier Themengebiete zugewiesen sind, werden als Schlüsselfunktionen bezeichnet: Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, interne Revision sowie versicherungsmathematische Funktion.

Unter einer Funktion ist dabei primär der Mitarbeitendenkreis zu verstehen, der die jeweiligen Aufgaben wahrnimmt. Funktionen bestehen aus einer Organisationseinheit, einem Teil dieser Organisationseinheit oder sind aus mehreren Organisationseinheiten oder mehreren Teilen von Organisationseinheiten zusammengesetzt. Für jede Schlüsselfunktion ist eine verantwortliche Person festgelegt, der die Letztverantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben ihrer Schlüsselfunktion zukommt.

Die RVA hat die vier Schlüsselfunktionen eingerichtet und in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert.

In der R+V Gruppe sind die Schlüsselfunktionen auf einzelne R+V-Gesellschaften ausgegliedert worden, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für die anderen betroffenen R+V-Unternehmen als Dienstleister erbringen. Die Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“, „Compliance“ und „interne Revision“ sind bei der RVV angesiedelt, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für sich selbst sowie als Dienstleister für die anderen deutschen R+V-Versicherungsunternehmen erbringt. Die versicherungsmathematische Funktion erbringt die RVV hingegen nur für sich selbst, nicht als Dienstleister für andere Gesellschaften. Die versicherungsmathematischen Funktionen der R+V-Kompositgesellschaften sind bei der R+V Allgemeine Versicherung AG angesiedelt bzw. auf diese ausgegliedert, die versicherungsmathematischen Funktionen für die Gesellschaften des Ressorts Personenversicherung sind bei der R+V Lebensversicherung AG angesiedelt bzw. auf diese ausgegliedert. Alle Schlüsselfunktionen sind organisatorisch direkt unter den jeweiligen Vorstandsressorts angesiedelt.

Für die Governance-Struktur der R+V nehmen die Schlüsselfunktionen eine wichtige Stellung im Konzept der drei Verteidigungslinien (3 lines of defence-concept) ein. Das Konzept dient der Sicherstellung eines funktionsfähigen Überwachungs- und Kontrollsystems im Unternehmen. Die erste Verteidigungslinie umfasst die Risikokontrolle und -steuerung der operativen Einheiten selbst. Die zweite Verteidigungslinie bilden die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion. Eine prozessunabhängige Letztprüfung erfolgt durch die interne Revision, die als dritte Verteidigungslinie für die nachgelagerte Prüfung der operativen Tätigkeiten, aber auch der Tätigkeit der anderen drei Schlüsselfunktionen zuständig ist.

In aufbauorganisatorischer Hinsicht stellt die R+V sicher, dass jede Schlüsselfunktion eine angemessene Stellung innerhalb der Aufbauorganisation sowie klar festgelegte Zuständigkeiten und Befugnisse besitzt. Dies wird in den internen R+V-Leitlinien der vier Schlüsselfunktionen festgelegt, in denen die Stellung der jeweiligen Schlüsselfunktion im Unternehmen, ihre Kompetenzen sowie ihre organisatorische Einbindung festgelegt ist. Wesentlicher Aspekt ist hierbei die direkte Berichterstattung gegenüber dem Vorstand, die turnusmäßig mindestens einmal jährlich in gesonderten schriftlichen Berichten sowie darüber hinaus ad hoc bei besonderem Anlass erfolgt.

Auch die Ablauforganisation der Schlüsselfunktionen sowie die Sachverhalte, die an die jeweilige Schlüsselfunktion zu melden sind, werden in der jeweiligen internen Leitlinie festgelegt.

Die Risikomanagementfunktion ist zentral / dezentral organisiert. Die zentrale Risikomanagement-Stelle ist organisatorisch bei der RVV angesiedelt und wird dort vom Bereich „Gesamtrisikomanagement“ wahrgenommen. Sie führt die Risikomanagement-Aufgaben kooperativ mit den dezentralen Risikomanagement-Stellen der jeweiligen Ressorts aus. Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Informationsgremium ist die Risikokommission. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Risikomanagement-Funktion an die RVV ausgegliedert. Die Risikomanagementfunktion unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses sowie für die Durchführung des ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben über die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit soll ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt werden. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die Inhaberin der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Compliance-Funktion ist zentral/dezentral organisiert. Die zentrale Compliance-Stelle ist organisatorisch bei der R+V Versicherung AG eingerichtet und wird dort vom Bereich Konzern-Recht wahrgenommen, bei dem auch die zentrale Rechtsabteilung angesiedelt ist. Die Compliance-Tätigkeit wird von der zentralen Stelle in Kooperation mit den dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts durchgeführt. Zentrales Koordinations-, Informations- und Entscheidungsgremium der Compliance-Funktion ist die Compliance-Konferenz. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen sowie in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Verfahren und Vorgaben. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Der Inhabende der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die Schlüsselfunktion Interne Revision ist bei der RVV angesiedelt und wird dort vom Bereich Konzern-Revision ausgeübt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Interne Revision an die RVV ausgegliedert. Die Interne Revision prüft die Einhaltung der internen Regelungen, insbesondere auch des Risikomanagementsystems, und deren Wirksamkeit. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der RVV zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Die versicherungsmathematische Funktion der RVA wird durch Mitarbeiter im Zentralen Aktuariat Komposit wahrgenommen. Die R+V Direktversicherung AG, die KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG, die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, die KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG sowie die Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a.G. haben die versicherungsmathematische Funktion auf die R+V Allgemeine Versicherung AG ausgegliedert, die für diese Gesellschaften ebenfalls von Mitarbeitern im Zentralen Aktuariat Komposit erbracht wird. Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab.

Wesentliche Änderungen am Governance-System

Zum Berichtsstichtag lagen keine wesentlichen Änderungen am Governance-System vor.

Vergütungspolitik und -system

Die europäischen und nationalen Solvency II-Vorgaben legen allgemeine Grundsätze und konkrete Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen fest.

Für die Vergütung aller Mitarbeitenden werden allgemeine Grundprinzipien vorgegeben, die folgende Kernelemente der Vergütungspolitik der R+V definieren:

- › Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens, seinem Risikoprofil, seinen Zielen, seinen Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des Unternehmens als Ganzes
- › Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- › Förderung eines soliden und wirksamen Risikomanagements und keine Ermutigung zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen
- › Keine Gefährdung der Fähigkeit des Unternehmens, eine angemessene Kapitalausstattung aufrechtzuerhalten.

Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch Beschluss der Hauptversammlung als Fixvergütung festgelegt. Da der Aufsichtsrat die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand überwachen soll, wird keine an die Erreichung von Zielen gekoppelte variable Vergütung für den Aufsichtsrat vorgesehen. Soweit vorhanden ist für die Tätigkeit in einem Ausschuss ein zusätzlicher Vergütungsanspruch festgelegt. Daneben besteht ein Anspruch auf konkret verauslagte Reisekosten. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen existieren nicht.

Vorstand

Das Vergütungssystem für den Vorstand fördert eine angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungsentscheidung durch den Aufsichtsrat. Es ist mit dem Steuerungssystem der R+V verknüpft. Die Ableitung der Ziele für die variable Vorstandsvergütung erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Nachhaltigkeitsrisiken wird durch Einbeziehung in das Risikomanagementsystem Rechnung getragen, das mit der Verzielung des Vergütungssystems verknüpft ist. ‚Nachhaltigkeitsrisiko‘ ist ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, dessen beziehungsweise deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf den Wert der Investition oder auf den Wert der Verbindlichkeit haben könnte. Eine Berücksichtigung in den Zielvorgaben für den Bonus erfolgt. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Bei der Vergütung des Vorstands achtet der Aufsichtsrat auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandes sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen werden durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung bestehender vertraglicher Ansprüche überprüft der Aufsichtsrat das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe regelmäßig auf ihre Angemessenheit.

Der Vorsitzende bzw. die Mitglieder des Vorstands der RVA sind sämtlich auch Mitglied im Vorstand der R+V Versicherung AG und erhalten für die Organtätigkeit bei der RVA keine gesonderte Vergütung.

Aktienoptionen oder Aktien werden nicht als Teil der Vergütung gewährt. In den vertraglichen Vereinbarungen verpflichten sich die Vorstandsmitglieder während des gesamten Zeitraums, keine persönlichen Hedging Strategien zu verfolgen und nicht auf vergütungs- oder haftungsbezogene Versicherungen zurückzugreifen, die die in den Vergütungsregelungen verankerten Risikoanpassungseffekte unterlaufen würden.

Vergütung nichtleitender und leitender Mitarbeitender

Die Vergütung der nichtleitenden Mitarbeitenden im Innendienst richtet sich grundsätzlich nach der aktuellen Fassung des Manteltarifvertrages und des Gehaltstarifvertrages der Versicherungswirtschaft. Die R+V-internen Vergütungsvorgaben für leitende und nichtleitende Mitarbeitende sind in separaten internen Leitlinien für den Innendienst und für den Außendienst festgelegt. Die Vergütungsleitlinien stellen insbesondere sicher, dass die Vergütungsvorgaben im Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens sowie mit seinem Risikoprofil stehen und dass die

Erfolgskriterien, nach denen sich die variable Vergütung bemisst, keine Interessenkonflikte schaffen und nicht zur Übernahme von Risiken ermutigen, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen.

Das Jahreszielgehalt der nichtleitenden Mitarbeitenden im Innendienst setzt sich für Tarifmitarbeitende aus dem Jahresgrundgehalt und den Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) zusammen. Bei nichtleitenden Mitarbeitenden mit variabler Vergütung und leitenden Angestellten im Innendienst besteht das Jahreszielgehalt aus dem Jahresgrundgehalt und dem Anteil der variablen Vergütung bei 100%iger Zielerreichung.

Den überwiegenden Anteil der Vergütung des Innendienstes bildet generell das fixe Grundgehalt. Die variable Vergütung setzt sich aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75% der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele.

Auch im Außendienst setzt sich die variable Vergütung aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75% der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele. Im Außendienst werden als zusätzlicher variabler Vergütungsbestandteil Provisionen ausgelobt. Die Höhe der Provisionen richtet sich nach dem Umfang vermittelter neuer Versicherungsverträge und der Erweiterung bestehender Versicherungsverträge.

Ansprüche auf Aktienoptionen oder Aktien, die mit der Erreichung individueller oder kollektiver Erfolgskriterien verbunden wären, werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Lediglich die Höhe bzw. der Zielerreichungsgrad der variablen Vergütungsbestandteile ist an die Erreichung individueller und kollektiver Erfolgskriterien gekoppelt. Die Ableitung der Ziele für die variable Vergütung der nichtleitenden und leitenden Mitarbeitenden erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden, mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Das Vergütungssystem der nichtleitenden und leitenden Mitarbeitenden ist mit dem Vergütungssystem des Vorstands verknüpft. Soweit möglich und sachgerecht werden identische oder vergleichbare Konzernziele ausgewählt. Insbesondere bei der Vergütung der leitenden Mitarbeitenden achtet der Vorstand auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen wird unter anderem auch durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen.

Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen und Hauptbevollmächtigte

Die Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen sowie die Hauptbevollmächtigten erhalten ein Jahreszielgehalt, das neben fixen Gehaltsbestandteilen auch variable Gehaltsbestandteile – Tantieme und Bonifikation - enthält. Diese variable Vergütung hängt von der Erreichung quantitativer und qualitativer Ziele ab. Um im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit des Unternehmens Rechnung zu tragen, wird im April des Folgejahres nicht die komplette Summe aus tatsächlicher Tantieme und individueller Bonifikation ausbezahlt. Die Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Vergütung in Höhe von 40% (bei Verträgen vor dem 1.1.2017 30%) wird um drei Jahre aufgeschoben und erfolgt im April des dem dritten Jahr folgenden Jahres. Die Höhe der Auszahlung des aufgeschobenen variablen Teils richtet sich nach der Entwicklung des Unternehmenswertes nach drei Jahren. Falls dieser Wert nicht erreicht wird, kann der Auszahlungsbetrag gekürzt werden oder entfallen. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen bestehen nicht.

Wesentliche Transaktionen

Anteilseigner der RVA sind die R+V KOMPOSIT Holding GmbH sowie (zu jeweils unter 3%) die R+V Pensionsversicherung a.G., die R+V Lebensversicherung a.G. und die R+V Versicherung AG.

Die Gesellschaften der R+V Gruppe haben ihre Tätigkeiten bei einzelnen mitarbeiterführenden Versicherungsunternehmen zentralisiert (R+V Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG), die diese Tätigkeiten als Dienstleistung für die ausgliedernden Unternehmen der Gruppe erbringen. Grundlage sind verschiedene Ausgliederungsvereinbarungen und Service Level Agreements (ausführlicher dazu in Abschnitt B.7 [Outsourcing]). Im Rahmen dieser Ausgliederungsvereinbarungen haben die R+V KOMPOSIT Holding GmbH, die R+V Pensionsversicherung a.G. und die R+V Lebensversicherung a.G. verschiedene Dienstleistungen zu marktüblichen Konditionen auf die

RVA ausgegliedert. Die RVA und die R+V Versicherung AG haben wechselseitig verschiedene Aufgaben zu marktüblichen Konditionen auf die jeweils andere Gesellschaft ausgegliedert. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden jeweils mit den Aufwendungen nach Inanspruchnahme (Vollkostenverfahren) zuzüglich eines Gewinnaufschlags belastet.

Die RVA führt den auf Lager gehaltenen zentralen Wareneinkauf (Druckstücke, Werbeartikel) für die Gesellschaften der R+V durch. Die Verkäufe an die anderen Gesellschaften (also auch an die o.g. Anteilseigner der RVA) finden zum gleitenden Durchschnittspreis statt. Die anteiligen Verwaltungskosten werden über die Vereinbarung der Gesellschaften der R+V über Versicherungstätigkeiten, sonstige Dienstleistungen und Gebäudenutzungen verursachungsgerecht den empfangenden Gesellschaften zugeordnet.

Darüber hinaus nehmen die vier Anteilseigner sowie die RVA am internen Cashpooling der R+V Gruppe teil.

Ferner besteht zwischen der RVA und der R+V KOMPOSIT Holding GmbH ein Gewinnabführungsvertrag.

Des Weiteren hat die RVA an die R+V KOMPOSIT Holding GmbH ein konzerninternes Darlehen zu marktüblichen Konditionen begeben.

Darüber hinaus besteht zwischen der RVA und der R+V Versicherung AG ein Rückversicherungsvertrag zu marktüblichen Konditionen.

Im Berichtszeitraum bestanden Geschäfte mit Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (Versicherungsverträge, Darlehensverträge), die aus der Sicht der Geschäftspartner als wesentlich eingestuft werden können. Diese Geschäfte bestanden zu marktüblichen Konditionen.

B.2 Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten und Personen, die andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, müssen gewisse Anforderungen an die fachliche Eignung und die persönliche Zuverlässigkeit erfüllen – die sogenannten Fit & Proper-Anforderungen (§ 24 Abs. 1 VAG).

Inbesondere folgende Personen unterliegen den Fit & Proper-Anforderungen:

- › Mitglieder des Vorstands
- › Mitglieder des Aufsichtsrats
- › die für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen
- › die in Schlüsselfunktionen tätigen Personen

Über die vier Schlüsselfunktionen hinaus wurden unternehmensintern keine weiteren sonstigen Schlüsselaufgaben oder Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, identifiziert.

Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde

Vorstand

Die individuelle fachliche Eignung jedes Vorstandsmitglieds muss dieses in die Lage versetzen, eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens zu gewährleisten. Hierzu muss das Mitglied über vertiefte theoretische und praktische Kenntnisse in den wesentlichen Themenbereichen seiner Ressortzuständigkeit, angemessene theoretische und praktische Kenntnisse im Versicherungsgeschäft, versicherungsspezifische Kenntnisse im Risikomanagement und der Informationstechnologie, ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten sowie über Leitungserfahrung verfügen, die über einen angemessenen Zeitraum auf einer höheren Verantwortungsebene erworben wurde. Erforderlich sind ferner Erfahrungen und Kenntnisse in den Themenkomplexen Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und -modell, Governance-System, Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen. Einschlägige Erfahrungen in anderen

Finanzsektoren und anderen Unternehmen sowie Qualifikationen auf den Gebieten Versicherung, Finanzen, Rechnungslegung, Versicherungsmathematik und Management werden berücksichtigt.

Aufsichtsrat

Die Prüfung der fachlichen Eignung eines zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieds umfasst die Prüfung der individuellen fachlichen Eignung der Person. Die fachliche Eignung von Aufsichtsratsmitgliedern muss diese befähigen, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen, die Geschäftstätigkeit des Unternehmens zu überwachen und die Entwicklung des Unternehmens aktiv begleiten zu können. Hierzu müssen Aufsichtsratsmitglieder die von dem Unternehmen getätigten Geschäfte verstehen und deren Risiken für das Unternehmen beurteilen können, mit den für das Unternehmen wesentlichen gesetzlichen Regelungen vertraut sein und über ausreichende theoretische und praktische Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen. Ferner sollen versicherungsspezifische Grundkenntnisse im Risikomanagement vorhanden sein bzw. erworben werden. Berufliche und formale Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägige Erfahrungen im Versicherungssektor, anderen Finanzsektoren und anderen Unternehmen werden berücksichtigt.

Darüber hinaus ist im Wege einer Gesamtschau zu prüfen, ob durch die Bestellung der Person auch die kollektive Eignung des Aufsichtsrats als Gesamtgremium sichergestellt ist. Eine Kollektivqualifikation muss (in Übereinstimmung mit den Vorgaben des BaFin-Rundschreibens „Fachliche Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsratsorganen gemäß VAG“) mindestens in den Themenfeldern Kapitalanlage, Versicherungstechnik, Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie bei Solvabilitäts-II-Versicherungsunternehmen des Bereichs (Partielles) Internes Modell, wenn ein solches verwendet wird, gegeben sein. Zudem muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrates über Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates über Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung verfügen. Ferner müssen die Mitglieder in ihrer Gesamtheit mit dem Versicherungssektor vertraut sein.

Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obgleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabern einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

Bei der R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft festzulegen ist.

Schlüsselfunktions-Inhaber

Die R+V stellt an die Schlüsselfunktions-Inhaber folgende spezifischen Anforderungen hinsichtlich der fachlichen Qualifikationen:

Risikomanagementfunktion:

- › Abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, Volkswirtschaft, Mathematik, Physik oder vergleichbaren Abschluss in einem mathematisch/naturwissenschaftlich orientierten Studiengang
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Mehrjährige Erfahrung in einer Risikomanagement-Funktion eines Finanzdienstleistungs-unternehmens oder als Berater in diesem Themengebiet in einer Unternehmensberatung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen
- › Beherrschung der Zusammenhänge der Geschäfts-/ Risikomodellierung von Versicherungen

Compliance-Funktion:

- › Abgeschlossenes 2. Juristisches Staatsexamen
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung

- › Mehrjährige Erfahrung in der Compliance- oder Revisions-Funktion einer deutschen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen und Kapitalanlagen
- › Vertrautheit mit den Compliance relevanten Rechtsvorschriften für Versicherungsunternehmen
- › Vertrautheit mit den Compliance relevanten Rechtsvorschriften für Finanzkonglomerate
- › Vertrautheit mit den geltenden internen Anforderungen und Regelungen der R+V-Gruppe
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen

Versicherungsmathematische Funktion:

- › Abgeschlossenes Studium der Mathematik oder vergleichbare akademische Ausbildung
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Mehrjährige Erfahrung im Aktuariat oder in einer finanzmathematischen Funktion einer Versicherungsunternehmung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen

Interne Revision:

- › Jurist, Wirtschaftswissenschaftler oder vergleichbare Qualifikation
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen
- › Mehrjährige Berufserfahrung in einer deutschen Versicherungsunternehmung
- › Vertrautheit mit geltenden internen Anforderungen und Regelungen der R+V-Gruppe
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen

Mitarbeitende in Schlüsselfunktionen

Die Eignungsanforderungen an die Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden setzen sich aus grundlegenden, auf die jeweilige Schlüsselfunktion bezogenen Anforderungen sowie aus den individuellen Anforderungen für die individuelle Stelle (festgelegt in der jeweiligen Stellenbeschreibung) zusammen.

Risikomanagementfunktion:

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der Risikomanagementfunktion
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Tiefere praktische Erfahrungen im Risikomanagement (nur für leitende Mitarbeitende der Risikomanagementfunktion)

Compliance-Funktion:

- › Vertrautheit mit dem Versicherungsgeschäft
- › Vertrautheit mit den für den Zuständigkeitsbereich relevanten externen und internen Vorschriften
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen
- › Führungserfahrung (nur für die Leitungspersonen der dezentralen Compliance-Stellen)
- › Abgeschlossenes 1. und 2. juristisches Staatsexamen (nur für die Mitarbeitenden der zentralen Compliance-Stelle)

Versicherungsmathematische Funktion:

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Tiefere praktische Erfahrungen in versicherungsmathematischen Themengebieten

Interne Revision:

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der internen Revision, der Betriebsorganisation oder wesentlicher Tätigkeiten und Aufgaben in einem Versicherungsunternehmen

- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Führungserfahrung (nur für leitende Mitarbeitende der internen Revision)

Bewertung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt. Letzterer ist daher für die Prüfung und Sicherstellung von fachlicher Eignung und Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person verantwortlich. Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit und der fachlichen Eignung wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert. Hierzu erstellt der Bereich Konzern-Recht im Rahmen der Vorprüfung bei Erstbestellungen von Mitgliedern des Vorstands ein Anforderungsprofil der zu besetzenden Vorstandspostion und prüft die Erfüllung des Anforderungsprofils.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidung, ob die Person das Anforderungsprofil erfüllt und damit fachlich geeignet und zuverlässig ist inzident mit der Entscheidung zur Bestellung des Vorstandsmitglieds.

Wird ein Umstand bekannt, der eine Neu Beurteilung der fachlichen Eignung oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Vorstandsmitglieds gebietet, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates zu informieren. Von diesem ist unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

Aufsichtsrat

Bei der Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit eines zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieds wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Die Entscheidung über die fachliche Eignung und die Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person sowie über das Fortbestehen der Kollektivqualifikation des Gesamtgremiums erfolgt inzident im Empfehlungsbeschluss an die Hauptversammlung.

Sofern eine Gesellschaft den Vorgaben des MitbestG oder des DrittelbG unterliegt, erfolgt die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer durch Wahl. In diesem Fall findet die Überprüfung der Eignung und der Zuverlässigkeit nach Amtsantritt durch den Bereich Konzern-Recht statt.

Wird dem Aufsichtsrat ein Umstand bekannt, der eine Neu Beurteilung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Aufsichtsratsmitglieds gebietet, ist vom Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. (sofern der Aufsichtsratsvorsitzende betroffen ist) seinem Stellvertreter unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obgleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabern einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

Eignung

Bei der R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft in Abstimmung mit dem Bereich Personal zu erstellen ist. Im Rahmen der Prüfung der fachlichen Eignung wird daher untersucht, ob die jeweilige Person die Anforderungen der konkreten Stellenbeschreibung erfüllt. Dabei legt die Führungskraft insbesondere den Lebenslauf, Qualifikationsnachweise und etwaige Arbeitszeugnisse der Person zugrunde.

Im laufenden Beschäftigungsverhältnis wird die Eignung der Schlüsselfunktions-Inhaber und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden durch eine jährliche Beurteilung der Person und ihre fortlaufende, aufgabenbezogene Qualifizierung gewährleistet.

Der Bedarf zur fachlichen Weiterbildung wird jährlich anhand der fachlichen Anforderungen gemäß der jeweiligen Stellenbeschreibung geprüft. Etwaigen Qualifizierungserfordernisse wird durch die Festlegung von Fortbildungs- bzw. Schulungsmaßnahmen Rechnung getragen. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden von der Führungskraft in Abstimmung mit dem Schlüsselfunktions-Inhaber bzw. mit dem Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Online-Entwicklungsplan dokumentiert.

Zuverlässigkeit

Die Zuverlässigkeit muss nicht positiv nachgewiesen werden, sondern wird vermutet, sofern keine Anhaltspunkte vorliegen, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen. Im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden werden bei der R+V die Person und ihr Werdegang daher auf solche, die Zuverlässigkeit kontraindizierende Aspekte untersucht. Hierzu dienen insbesondere der Lebenslauf der Person sowie ein von der Person auszufüllender Selbstauskunftsbogen, der inhaltlich im Wesentlichen der Selbstauskunft entspricht, die von der BaFin bei der Anzeige eines Schlüsselfunktionsinhabers verlangt wird. Die Zuverlässigkeitsprüfung wird von der Personalabteilung durchgeführt.

Die Zuverlässigkeit der Schlüsselfunktions-Inhaber und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden wird von der zuständigen Führungskraft und dem Bereich Personal dauerhaft sichergestellt, indem bei Auffälligkeiten, die Indikatoren gegen eine Zuverlässigkeit sein könnten, unverzüglich eine Neuprüfung der Zuverlässigkeit durchgeführt wird.

Des Weiteren fordert der Bereich Personal in einem Turnus von fünf Jahren vom jeweiligen Schlüsselfunktions-Inhaber bzw. der in der Schlüsselfunktion mitarbeitenden Person eine Prüfung der im Selbstauskunftsbogen vorgenommenen Angaben.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Ziel des Risikomanagements

Unter einem Risikomanagementsystem ist die Gesamtheit der Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Chancen und Risiken im Unternehmen sicherstellt, zu verstehen.

Aus der Risikokultur, der Geschäftsstrategie und den Unternehmenszielen werden die Ziele des Risikomanagementsystems abgeleitet und in der Risikostrategie formuliert.

Ziel des Risikomanagements ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Risiken ergeben sich aus nachteiligen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage und bestehen in der Gefahr von zukünftigen Verlusten.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit auch für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Das Risikomanagement ist gemäß Geschäftsverteilungsplan einem Vorstand zugeordnet. Der Gesamtvorstand benennt den Inhaber der Risikomanagementfunktion und muss ihn eigeninitiativ, angemessen und zeitnah über alle Tatsachen informieren, die für seine Aufgabenerfüllung erforderlich sein können.

Die Risikomanagementfunktion ist so strukturiert, dass die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich befördert wird. Bei den R+V-Gesellschaften setzt sie sich aus dem Inhaber der Risikomanagementfunktion sowie aus der

zentralen (Gesamtrisikomanagement) und den dezentralen Risikomanagementeinheiten (Ressort-Risikomanagement) zusammen, die die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wahrnehmen.

Der Risikomanagementfunktion obliegen folgende Aufgaben:

- › die Unterstützung des Vorstands und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems, in diesem Zusammenhang insbesondere
 - die regelmäßige Bewertung, ob die Risikostrategie konsistent zur Geschäftsstrategie ist,
 - die regelmäßige Bewertung, ob die schriftlichen Leitlinien zum Risikomanagementsystem geeignet sind,
 - die Förderung des Risikobewusstseins,
 - die regelmäßige Bewertung und gegebenenfalls Weiterentwicklung der Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und -überwachung,
 - das Vorschlagen von Limiten,
 - die Beurteilung von geplanten Strategien unter Risikoaspekten,
- › die Überwachung des Risikomanagementsystems, in diesem Zusammenhang insbesondere
 - die Entwicklung von Prozessen und Verfahren zur Überwachung des Risikomanagementsystems und
 - die fortlaufende Überwachung der Eignung des Risikomanagementsystems,
- › die Überwachung des Risikoprofils des Unternehmens, in diesem Zusammenhang insbesondere
 - die Identifikation, Bewertung und Analyse der Risiken mindestens auf aggregierter Ebene,
 - die Überwachung der Maßnahmen zur Risikobegrenzung,
 - die Überwachung der Limite sowie der Risiken auf aggregierter Ebene und
 - die Koordination der Durchführung und Dokumentation der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung,
- › die Berichterstattung über wesentliche Risikoexponierungen, das Risikoprofil sowie die Eignung des Risikomanagementsystems und gibt Hinweise zumindest auf wesentliche Mängel bzw. Verbesserungspotentiale des Risikomanagementsystems,
- › die Beratung des Vorstands in Fragen des Risikomanagements und die Weiterentwicklung dieses.

Die Risikomanagementfunktion arbeitet bei der Erstellung der Solvabilitätsübersicht sowie bei der Bewertung von Risiken eng mit der versicherungsmathematischen Funktion zusammen.

Risikostrategie

Die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und umfasst Aussagen zu Art, Umfang und Komplexität der Risiken sowie zur Risikotragfähigkeit. Die Risikokommission bereitet die Beschlussfassung des Vorstands zur Risikostrategie inkl. der Limite für die Risikotragfähigkeit vor. Eine Beschlussfassung über die Risikostrategie erfolgt jährlich.

Bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie wird das Ergebnis der vorausschauenden Beurteilung der unternehmenseigenen Risiken berücksichtigt. In der Risikostrategie sind Strategien zur Steuerung der wesentlichen Risiken und deren Auswirkungen auf den Solvenzkapitalbedarf (SCR), den Gesamtsolvabilitätsbedarf (Overall Solvency Needs, OSN), die Eigenmittel sowie Maßnahmen (Kapitalunterlegung und/oder Risikominderungstechniken) entsprechend dem Risikoprofil enthalten.

Die Steuerung basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die RVA und deren Unternehmensbereiche. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die Strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der Rahmendaten der DZ BANK vorgenommen.

Risikomanagementprozess

Im Folgenden wird der Ablauf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) dargestellt. Die Begriffe Risikomanagementprozess und ORSA-Prozess sind synonym zu verwenden.

Der ORSA-Prozess ist integraler Bestandteil des Risikomanagements. Die Rahmenbedingungen des Risikomanagementprozesses, das heißt die Risikogrundsätze, die Festlegung der methodischen Grundlagen, die organisatorische Struktur, die Abgrenzung der zu betrachtenden Unternehmensbereiche und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben, werden vom Vorstand vorgegeben.

Bezugspunkt der ORSA-Durchführung ist der 31. Dezember eines Geschäftsjahres. Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die RVA ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte.

Der ORSA wird einmal pro Jahr vollständig durchgeführt. Unterjährig wird mindestens zu den Quartalsstichtagen die Risikosituation im Rahmen der Risikokommission analysiert. Die Durchführung des ORSA ist im ersten Halbjahr des darauffolgenden Geschäftsjahres vorgesehen.

Aufgrund der ablauforganisatorischen Regelungen mit einer vierteljährlich stattfindenden Risikokommission ist eine dauerhafte Auseinandersetzung mit der Risikosituation – einschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Solvenz – gewährleistet. Darüber hinaus ist der nicht-reguläre ORSA etabliert. Der nicht-reguläre ORSA ist gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung anlassbezogen immer dann durchzuführen, wenn sich das Risikoprofil des Unternehmens wesentlich verändert hat. Hierfür wurden Auslöser definiert. Somit ist die Überwachung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Datenqualität werden durch das Grundsatzdokument „Risikodaten-Qualitätsmanagement“ beschrieben. Das Ziel dieses Grundsatzdokuments ist es, einen einheitlich gültigen Standard für die Sicherstellung der Datenqualität zu definieren.

Risikoidentifikation

Die Identifikation der Risiken ist aufgrund der sich ständig ändernden Verhältnisse und Anforderungen eine kontinuierliche Aufgabe. Sie ist bei der R+V in die alltäglichen Arbeitsabläufe integriert. Die Integration fördert das Risikobewusstsein bei den Mitarbeitern und reduziert zugleich den Umsetzungsaufwand. Alle Risiken im Unternehmen sind strukturiert und systematisch unternehmensweit zu definieren und zu erfassen. Die Risikoidentifikation wird einmal jährlich vollumfänglich im Rahmen der Risikoinventur durchgeführt.

Ziel der Risikoidentifikation ist es, eine vollständige Übersicht über die wesentlichen Risiken im Unternehmen zu erhalten. In einem ersten Schritt erfolgt bei der Risikoinventur eine Identifikation und Dokumentation aller Risiken inklusive Beschreibung der Risikomerkmale und Risikotreiber. Sämtliche Risiken werden anhand des Wesentlichkeitskonzepts eingeteilt. Die Auflistung, Beschreibung und Einteilung stellt im Ergebnis das Risikoprofil dar.

Risikobewertung und -analyse

Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der wesentlichen Risiken anhand quantitativer und qualitativer Methoden. Wesentliche Risiken, die bereits in anderen Risikokategorien berücksichtigt werden, sind nicht zwingend einer separaten Analyse und Bewertung zu unterziehen. Die Risikomessung erfolgt mittels der Standardformel gemäß den Vorgaben von Solvency II. Die Ermittlung der Risikokapitalanforderung beruht auf dem Risikomaß Value-at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5 % über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die Ergebnisse der Risikobewertungen sind zum einen das SCR gemäß der Säule 1 von Solvency II und zum anderen der OSN gemäß den Anforderungen der Säule 2. Diesen Kapitalanforderungen stehen die anrechenbaren ökonomischen Eigenmittel gegenüber.

Die generelle Grundlage zur Bestimmung der Kapitalanforderungen ist eine ökonomische Betrachtung der Finanz- und Risikosituation des Versicherungsunternehmens, die in einem Gesamtbilanzansatz erfolgt.

Im ersten Schritt müssen Versicherungsunternehmen eine Solvabilitätsübersicht aufstellen, welche ökonomische Werte aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten enthält. Aus der Differenz dieser Werte ergeben sich die vorhandenen ökonomischen Eigenmittel. Im zweiten Schritt ist auf Basis der Risiken in allen Aktiv- und Passivpositionen (risikobasierter Ansatz) der Kapitalbedarf zu bestimmen, das SCR. Ausreichende Solvabilität ist gegeben, wenn die ökonomischen Eigenmittel das SCR übersteigen.

Die im Rahmen der Standardformel vorgeschlagene Modellierung und Parametrisierung soll grundsätzlich ein „durchschnittliches“ europäisches Versicherungsunternehmen abbilden. Daher kann es sein, dass die unternehmensspezifische Risikosituation nicht bzw. nicht angemessen abgebildet wird. Explizites Ziel im Rahmen der Umsetzung der Solvency II-Anforderungen ist die angemessene Abbildung und Bewertung des spezifischen Risikoprofils. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Angemessenheitsprüfung verfolgt das Ziel, die aus der Standardformel abgeleitete Modellierung und Parametrisierung zu überprüfen.

Sofern die aus den Anforderungen an die Standardformel abgeleiteten Bewertungsansätze die spezifische Risikosituation der RVA nicht abbilden, sind für diese Bewertungsansätze interne Weiterentwicklungen erforderlich, um die korrekte interne Sicht auf die Solvabilitätsanforderung zu gewährleisten.

Eine Überprüfung der zur Risikoberechnung angewendeten Modelle und Methoden findet im Rahmen der operativen Prozesse statt. Ziel der Validierung ist die Erfüllung aufsichtsrechtlicher, konzern- und unternehmensinterner Vorgaben und damit ein Verständnis über die Qualität und die Stärken und Schwächen der zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle. Es wird untersucht, ob die zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle geeignet sind, die Risiken von der R+V angemessen zu quantifizieren. Ergebnis der Validierungshandlungen ist damit eine Aussage darüber, ob die Modelle für den Einsatzzweck geeignet sind und ob sie die gestellten Anforderungen erfüllen.

Die von der R+V regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus makroökonomischen und hypothetischen Stresstests zusammen.

Zusätzlich werden neben dem Basisfall definierte Szenarien (z.B. Risikoszenario) über den Planungshorizont projiziert und analysiert.

Risikosteuerung

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftseinheiten zu verstehen. Die Risikosteuerung erfolgt gemäß den in der Risikostrategie beschriebenen Verfahren. Die verantwortlichen Geschäftseinheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dies geschieht unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen bzw. der vereinbarten Schwellenwerte. Die operative Umsetzung erfolgt auch durch die jeweiligen Zeichnungs- und Anlagerichtlinien.

Die Anwendung von Risikominderungstechniken ist Teil der Risikostrategie. Die Leitlinie „Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken“ beinhaltet die zentralen Vorgaben, die Aufbauorganisation sowie die wesentliche Ablauforganisation für den Einsatz von Rückversicherung zu Zwecken der Risikominderung und den Einsatz weiterer Risikominderungstechniken.

Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement (siehe auch Kapitel E.1), in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt.

Der Produktmanagement-Prozess der R+V beschreibt den Prozess, der bei der Entwicklung, Konzeption und Einführung neuer Versicherungsprodukte einzuhalten ist. Dabei ist ein Bestandteil des Produktmanagement-Prozesses der R+V die Risikoeinschätzung neuer Produkte. Für die Einführung neuer Finanzprodukte ist ebenfalls ein expliziter Prozess ("Neue-Produkte-Prozess") festgelegt, bei dem die mit dem neuen Finanzprodukt verbundenen Risiken beurteilt werden.

Risikoüberwachung

Zur Risikoauslastung wird die SCR- bzw. OSN-Bedeckungsquote der RVA im IST/Basiszenario anhand von Schwellenwerten (< 150 % Steuerungsmaßnahmen sind zu ergreifen, < 125 % aufsichtsrechtliche Schritte sind einzuleiten) bewert-

tet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission der R+V berichtet. Die Auswirkungen von Rückversicherungsentscheidungen, Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken auf die Risikotragfähigkeit wird regelmäßig überprüft.

Für Stressszenarien, die Teil des ORSA sind, wird ein vom IST/Basisszenario abweichendes Schwellenwertsystem für die Solvency II-Gesellschaften festgelegt. Dieses Schwellenwertsystem gilt auch für das Risikoszenario der Mehrjahreprojektion. Zur Risikoauslastung wird die SCR- und OSN-Bedeckungsquote anhand von Schwellenwerten (< 125% Abwägen des Managements, ob weitere Maßnahmen zu diskutieren oder zu ergreifen sind, < 100% Steuerungsmaßnahmen sind zu formulieren und ggf. zu ergreifen, möglich ist auch eine bewusste Risikoakzeptanz) bewertet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission der R+V berichtet.

Durch Projektion des OSN bzw. SCR und der Eigenmittel der RVA wird vorausschauend betrachtet, ob die gesetzten Limits im Planungszeitraum eingehalten werden.

Risikoberichtswesen

Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien vierteljährlich sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Durchführung des ORSA-Prozesses wird ein ORSA-Bericht verfasst. Die R+V übermittelt den internen ORSA-Bericht nach Freigabe durch den Vorstand als externen ORSA-Bericht an die BaFin.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des ORSA werden nach Abnahme durch den Vorstand an die Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter der R+V und die Mitglieder der Risikokommission übermittelt, die diese im Rahmen der dezentralen Verantwortung an ihre Mitarbeitenden weitergeben.

Inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA

Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die R+V ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte. Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement, in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt. Bei der R+V findet daher eine inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA statt.

Bestehende Gremien werden genutzt, um die ORSA-Ergebnisse zu hinterfragen. Dies erfolgt u.a. zu einem Großteil im Rahmen der Vorstandsklausuren. Im Rahmen dieser Klausuren und regulärer Vorstandssitzungen werden die Ergebnisse des ORSA diskutiert.

Durch den ORSA wird der Vorstand der R+V in die Lage versetzt, zu beurteilen, wie sich die Risiken im Kapitalbedarf widerspiegeln. Die Mitglieder des Vorstandes sorgen für eine angemessene Ausgestaltung des ORSA und steuern dessen Durchführung.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem ORSA genehmigt der Vorstand die lang- und kurzfristige Kapitalplanung unter Beachtung der von ihm festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie im Rahmen der Vorstandsklausurtagungen der R+V Versicherung AG im Frühjahr und Herbst. Dieser Plan umfasst Alternativen, um sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen selbst unter unerwartet ungünstigen Umständen erfüllt werden können.

B.4 Internes Kontrollsystem

Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) der R+V ist die Gesamtheit aller organisatorischen und technischen Maßnahmen, Kontrollen und Funktionen, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie alle aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben eingehalten werden. Das IKS soll ebenfalls sicherstellen, dass die im Zusammenhang mit

der Geschäftstätigkeit stehenden Informationen an interne oder externe Adressaten vollständig und zutreffend sind. Das IKS umfasst alle Unternehmensebenen und auch ausgegliederte Bereiche und Prozesse.

Das IKS stellt konzeptionell ein Element des gesamten integrierten Kontroll- und Steuerungssystems im Sinne des Modells der drei Verteidigungslinien dar, in dem die Zuständigkeiten und Kontrollaktivitäten aller Organisationseinheiten und der Schlüsselfunktionen ineinandergreifen.

Zur Einrichtung und Durchführung interner Kontrollen sind durch die R+V-interne Leitlinie „Interne Kontrollsysteme (IKS)“ alle Unternehmensbereiche verpflichtet. Die IKS-Leitlinie richtet sich an Mitarbeitende und Führungskräfte. Sie legt die Vorgaben an die risikoorientierte Prüfung der Ablauforganisation, die daran anknüpfende Einrichtung und Dokumentation angemessener Kontrollmaßnahmen fest sowie die regelmäßige und anlassbezogene Überprüfung dieser Risikoeinschätzungen und der Angemessenheit der Kontrollmaßnahmen. Darüber hinaus regelt die IKS-Leitlinie die Durchführung und Dokumentation der vorgesehenen Kontrollmaßnahmen, den Umgang mit etwaig festgestellten Defiziten sowie die diesbezüglichen Melde- und Berichtswege, insbesondere auch an die Schlüsselfunktionen. Die Kontrollprozesse sind integraler Bestandteil der Aufbau- und Ablauforganisation bei der R+V.

Die interne Revision der R+V überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des gesamten IKS. Dies geschieht durch unabhängige und objektive Prüfung der vorgelagerten Verteidigungslinien.

Compliance-Funktion

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen und in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Vorgaben und Verfahren. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko).

Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die zentrale Compliance-Stelle ist bei der R+V Versicherung AG und dort beim Bereich Konzern-Recht angesiedelt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Mitarbeitenden der zentralen Compliance-Stelle nehmen auch Aufgaben im Rahmen der allgemeinen Rechtsberatung wahr, wobei die Vermeidung von potenziellen Interessenkonflikten sichergestellt wird. Die Mitarbeitenden in den dezentralen Compliance-Stellen sind teilweise auch mit Aufgaben des Risikomanagements oder allgemeiner Rechtsberatung betraut, wobei auch insoweit potenzielle Interessenkonflikte vermieden werden.

Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion ist die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz. Dort werden die Aktivitäten der zentralen Compliance-Stelle und der dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem Informationsaustausch und Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt, deren Inhabende als Gäste mit Rede-recht zu jeder Sitzung geladen werden. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen auch jenseits der Compliance-Konferenz an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen.

Inhabende Person der Compliance-Funktion ist die Leitungsperson des Bereichs Konzern-Recht. Sie berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

B.5 Funktion der Internen Revision

§ 30 VAG verpflichtet Versicherungsunternehmen eine Interne Revision einzurichten. Im Rahmen des sogenannten „Three-lines-of-defence-Modells“ nimmt die Interne Revision ihre Aufgaben auf der dritten Verteidigungslinie wahr. Die übrigen drei Schlüsselfunktionen – die Compliance-Funktion, die Risikomanagement-Funktion sowie die versicherungsmathematische Funktion – gehören der zweiten Verteidigungslinie an.

Die Revisionsfunktion wird durch die Konzern-Revision der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Sie ist eine von den operativen Geschäftsprozessen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbstständige Funktion zur Überwachung

aller Unternehmensbereiche. Sie ist der Geschäftsleitung unmittelbar unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet. Die Konzern-Revision hat zur Wahrung ihrer Aufgaben ein uneingeschränktes Informationsrecht. Der Leiter der Konzern-Revision ist verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion Interne Revision.

Die Interne Revision stärkt die Fähigkeit der Organisation, Werte zu schaffen, zu schützen und zu erhalten, indem sie dem Vorstand und den Führungskräften unabhängige, risikobasierte und objektive Prüfungssicherheit, Beratung, Erkenntnisse und Voraussicht liefert.

Das Hauptziel der Revisionsfunktion ist, das Unternehmen vor Vermögensverlusten zu schützen. Die Aufgaben sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Internen Revision werden durch verschiedene deutsche und europäische Normen sowie verschiedene Prüfungs- und Revisionsstandards vorgegeben. Die Handlungsweisen der Revisionsfunktion orientieren sich zudem an den berufsständischen deutschen (Deutsches Institut für Interne Revision - DIIR) und internationalen Standards (Institute of Internal Auditors - IIA), insbesondere an den Global Internal Audit Standards (GIAS), soweit es nicht speziellere Regeln des Versicherungsaufsichtsrechts gibt.

Die Revisionsplanung erfolgt risikoorientiert und wird jährlich, so auch 2024, im Revisionsystem aktualisiert. Sie beinhaltet die Prüfungsgebiete, die eine Kombination der Prüfungsthemen mit allen zu prüfenden Bereichen und Prozessen darstellen. Im Zuge der Planung werden auch Kapazitäten für außerplanmäßige Revisionsprüfungen vorgehalten.

Anti-Fraud-Management, die Abwehr strafbarer und arglistiger Angriffe auf das Gesellschaftsvermögen, hat auch in der R+V Gruppe Bedeutung. Seitens der Konzern-Revision wird das Thema Anti-Fraud-Management seit mehreren Jahren koordiniert und im Unternehmen vorangetrieben.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Neben dieser Kontrolltätigkeit nimmt die VMF weitere Aufgaben wahr. Dies umfasst unter anderem eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und die Unterstützung der Risikomanagementfunktion im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Die VMF erstellt einmal pro Jahr einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse ihrer Aufgaben, der dem Vorstand vorgelegt wird. Zusätzlich berichtet die VMF bei Bedarf anlassbezogen an den Vorstand.

Die VMF ist so eingerichtet, dass sie frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können. Sie verfügt über eigene Mitarbeiter, die nur der verantwortlichen Person für die VMF unterstellt sind.

Die VMF ist gleichrangig und gleichberechtigt neben den anderen Schlüsselfunktionen, ohne dass diese gegenseitig weisungsbefugt sind. Um die geforderte Trennung von Berechnung und Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen, ist die Durchführung der Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen durch die VMF jeweils organisatorisch von der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen getrennt.

Zur Abstimmung von gruppenweiten Vorgaben besteht ein gemeinsames Gremium der Versicherungsmathematischen Funktionen der R+V Gruppe („VMF-Komitee“). Daneben finden regelmäßig Gespräche mit der Funktion der internen Revision, der Compliance-Funktion sowie der Risikomanagementfunktion statt.

B.7 Outsourcing

Das Solvency II-Recht enthält aufsichtsrechtliche Anforderungen für bestimmte Dienstleistungsverträge, mit denen das Unternehmen Tätigkeiten an andere Unternehmen auslagert. Welche Pflichten für den jeweiligen Ausgliederungsvorgang zu erfüllen sind, hängt davon ab, in welche Kategorie der Vertrag einzuordnen ist. Aufsichtsrechtlich relevant sind nur ein Teil der Ausgliederungsvorgänge, also nur Verträge über die Ausgliederung einer „Funktion“ oder „wichtigen Funktion“, einer „Versicherungstätigkeit“ oder „wichtigen Versicherungstätigkeit“ oder einer „Schlüsselfunktion“. Für Verträge, die eine Funktion bzw. Versicherungstätigkeit ausgliedern, werden bestimmte Pflichtinhalte in die Ausgliederungsverträge aufgenommen (u.a. Weisungs- und Kontrollrechte des ausgliedernden Unternehmens und der Aufsicht) und die

Verträge ins Risikomanagement mit einbezogen. Bei Ausgliederung einer Schlüsselfunktion wird zusätzlich ein Ausgliederungsbeauftragter bestimmt, der den Dienstleister überwacht sowie Eignung und Zuverlässigkeit der betroffenen Mitarbeiter des Dienstleisters sichergestellt.

Die interne und externe Ausgliederung von Tätigkeiten bietet Qualitäts- und Kostenvorteile. Dabei zieht die Ausgliederung aber auch verschiedene, ausgliederungsspezifische Risiken nach sich, die identifiziert, analysiert und von einem angemessenen Risikomanagement begleitet werden.

Der Ausgliederungsprozess besteht – sowohl für externe als auch für interne Ausgliederungsvorgänge – aus vier Phasen:

- › Prüfungs- und Auswahlphase
- › Verhandlung und Vertragsabschluss
- › Laufender Vertrag
- › Beendigung und Abwicklung

In jeder dieser Phasen sind Vorgaben definiert, die zum großen Teil davon abhängen, wie der Ausgliederungsvertrag aufsichtsrechtlich zu klassifizieren ist.

Für die RVA wurden folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten extern ausgegliedert:

- › Ratiodata SE - Betrieb der Telekommunikations- und Teile der IT-Infrastruktur
- › Bereitstellung Cloudlösung Microsoft 365
- › Nutzung von Microsoft Azure für verschiedene Cloud-Dienste
- › Bereitstellung Cloudlösung CRM Softwareplattform Salesforce
- › Zscaler Internet Access
- › Abacus360 für Meldungen nach §66ff Außenwirtschaftsverordnung
- › Fachanwendung Regnology TR zur Erstellung des aufsichtsrechtlichen Meldewesens in der Vermögensverwaltung
- › adesso SE – technische Befähigung zur Durchführung des Zahlungsverkehrs

Darüber hinaus wurden folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten der RVA intern an Gesellschaften der R+V Gruppe ausgegliedert:

- › Vermögensanlage inklusive zentraler Gelddisposition/Finanzclearing, Vermögensverwaltung, Finanzplanung
- › Aktuarielle Dienstleistungen im Rahmen der Unfallversicherung
- › Gesellschaftsübergreifende Koordination des Rechnungswesens
- › Gesellschaftsübergreifendes Controlling (einschließlich zentralem Ausgliederungscontrolling für ausgegliederte Schlüsselfunktionen)
- › Rückversicherungsbetreuung
- › Compliance Funktion
- › Interne Revision
- › Risikomanagement-Funktion
- › Ausgliederung der Schadenbearbeitung in der Sparte Rechtsschutz.

B.8 Bewertung des Governance-Systems

In der Governance-Leitlinie „Interne Revision“ hat der Vorstand die Konzern-Revision beauftragt, eine Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) durchzuführen. Der Umfang der Überprüfung richtet sich insbesondere nach den Anforderungen der §§ 23 – 32 VAG (auf Gruppenebene jeweils in Verbindung mit § 275 VAG). Die Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) nach § 23 Abs. 2 VAG wurde im Jahr 2024 durch die Konzern-Revision vorgenommen. Der Revisionsbericht wurde an alle Vorstände der deutschen Versicherungsgesellschaften der R+V-Gruppe verteilt.

Die Ergebnisse aus der revisionsseitigen Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) ließen auf ein angemessenes und wirksames Governance-System schließen. Aus der zusammenfassenden Bewertung aller Erkenntnisquellen ergab sich für die Revision, dass im geprüften Zeitraum die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens standen.

Die im Rahmen von § 23 Abs. 2 VAG geforderte zukunftsgerichtete Gesamtbewertung des Governance-Systems (inkl. der Konzern-Revision als dessen Bestandteil) erfolgte durch den Vorstand. Der Vorstand kam bei dieser zukunftsgerichteten Gesamtbewertung des Governance-Systems, auch gestützt auf die Prüfungsergebnisse der Revision, zu dem Ergebnis, dass die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens waren.

B.9 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

C Risikoprofil

Im Risikoprofil der RVA werden die Risiken erfasst, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Ausgangspunkt ist die Identifikation und Dokumentation sämtlicher für das Unternehmen vorhandener Risiken. Alle identifizierten Risiken werden im Rahmen der Wesentlichkeitsprüfung anhand quantitativer und qualitativer Kriterien eingeschätzt und als wesentlich oder nicht wesentlich eingestuft.

Die Ergebnisse der Risikoidentifikation und der Wesentlichkeitseinstufung werden im Risikoprofil dargestellt. Das Risikoprofil enthält somit alle wesentlichen und unwesentlichen Risiken.

Die RVA bewertet ihre Risiken zur Messung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen mittels der Standardformel (siehe Kapitel E.2). Das Modell folgt einem Value-at-Risk Ansatz über einen einjährigen Horizont zu einem Sicherheitsniveau von 99,5 %.

Die regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus zwei verschiedenen Stresstestarten zusammen. Es werden makroökonomische Stresstests und hypothetische Stresstests berechnet. Bei den makroökonomischen Stresstests handelt es sich um risikoartenübergreifende Stresstests, in denen mehrere Risikofaktoren und Bewertungsparameter in verschiedenen Risikoarten simultan verändert werden. Die hypothetischen Stresstests hingegen sind sogenannte risikoartenspezifische Stresstests, in denen jeweils nur ein Risikoparameter verändert wird.

Nachfolgend ist die Risikoexponierung der RVA zum Stichtag gemäß den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen dargestellt:

SCR / MCR

	BRUTTO 2024	NETTO 2024
	in TEuro	in TEuro
Marktrisiko	1.522.306	1.512.809
Gegenparteausfallrisiko	71.033	70.965
Lebensversicherungstechnisches Risiko	82.926	77.255
Krankenversicherungstechnisches Risiko	227.564	227.564
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	2.872.303	2.872.303
Diversifikation	-1.124.777	-1.116.475
Basissolvenzkapitalanforderung	3.651.356	3.644.422
Operationelles Risiko		174.797
Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	-6.934	
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern		-748.407
Solvenzkapitalanforderung		3.070.812
Mindestkapitalanforderung		1.161.534

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Risikoexponierung

Die RVA ist ein Mehrspartenversicherer im Bereich Schaden-/Unfallversicherungen. Aufgrund dieses Geschäftsmodells wurde für die Gesellschaft das Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko mit allen Submodulen identifiziert. Da die Submodule Prämien- und Reserverisiko sowie Katastrophenrisiko Nichtleben als wesentlich eingestuft werden, ist das Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko der RVA gesamthaft als wesentlich einzustufen.

Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Risiken	Beschreibung	Einstufung
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, das sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Wesentlich
Prämien- und Reserverisiko	Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Nichtleben	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich
Stornorisiko	Das Stornorisiko beschreibt die Unsicherheit eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Eigenmittel, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Kündigungs- und Stornoraten von profitablen Versicherungspolicen ergibt.	Nicht wesentlich

Prämien- und Reserverisiko

Prämien sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallenden Schäden und Kosten ausreichen. Um die zukünftigen Verpflichtungen für bereits im Bestand befindliche Verträge darzustellen, werden mit Hilfe aktuarieller Verfahren Prämienrückstellungen gebildet. Zur Darstellung der zukünftigen Verpflichtungen aus bereits eingetretenen Schadenfällen werden Schadenrückstellungen gebildet.

Die Möglichkeit der zufälligen Abweichung von den Annahmen bei der Preisfestlegung wie auch bei der Bildung der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko eines Schaden-/Unfallversicherers. Aufgrund der potenziell relevanten Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Prämien- und Reserverisiko der RVA als wesentlich eingestuft.

Katastrophenrisiko Nichtleben

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenereignis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig trifft. Beim Katastrophenrisiko Nichtleben werden die folgenden Risiken unterschieden:

- › Naturkatastrophenrisiko: Dieses kann sich in allen Versicherungszweigen realisieren, die eine Elementardeckung anbieten. Die Gefahren Sturm, Hagel, Erdbeben und Überschwemmung sind bei der RVA potentiell risikoreiche Gefahren
- › Von Menschen verursachte Katastrophen (Man-Made-Risiko): Für das Risikoprofil der RVA sind Man-Made-Risiken aus den Geschäftsbereichen Krafftahrt-Haftpflicht, Haftpflicht, Luftfahrt, Feuer, Seefahrt sowie Kredit und Kautions relevant
- › Sonstige Katastrophen
- › Katastrophen aus nicht-proportionalen Sachrückversicherung

Die RVA ist ein Mehrspartenversicherer und aufgrund der Vielfalt der Geschäftssegmente diesen Risiken ausgesetzt. Durch den oben beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses kann der dadurch entstehende Schaden in ungünstigen Fällen immens sein. Aufgrund der potentiell hohen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko als wesentliches Risiko eingestuft.

Krankenversicherungstechnisches Risiko

Die **RVA** ist ein Schaden-/Unfallversicherer und betreibt die Versicherungszweige Unfallversicherung mit und ohne Beitragsrückgewähr. Daher wurde für die Gesellschaft das Krankenversicherungstechnische Risiko identifiziert. Da die Submodule Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben und Katastrophenrisiko Krankenversicherung als wesentlich eingestuft werden, ist das Krankenversicherungstechnische Risiko der **RVA** auch gesamthaft als wesentlich einzustufen.

Krankenversicherungstechnisches Risiko

Risiken	Beschreibung	Einstufung
Krankenversicherungstechnisches Risiko	Das Krankenversicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, das sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Wesentlich
Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Leben	Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Leben bezeichnet das Risiko, das sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen nach Art der Lebensversicherung ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Nicht wesentlich
Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben	Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben bezeichnet das Risiko, das sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen nach Art der Schadenversicherung ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Krankenversicherung	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich

Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben

Aus dem Risikoteil der oben genannten Versicherungszweige können Schäden resultieren, die keine anerkannten Rentenfälle sind. Diese ähneln in ihren Eigenschaften nichtlebensversicherungstechnischen Verbindlichkeiten und sind gleichartigen Risiken ausgesetzt. Für die RVA wird daher das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben identifiziert.

Als Bestandteile sind die folgenden Risiken ausgemacht worden:

- › Prämien- und Reserverisiko
- › Stornorisiko

Die Möglichkeit der zufälligen Abweichung von den Annahmen bei der Preisfestlegung wie auch bei der Bildung der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko für Schaden-/Unfallversicherer. Aufgrund der potenziell relevanten Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Prämien- und Reserverisiko der RVA als wesentlich eingestuft.

Das Risikopotential einzelner Verträge geht maßgeblich mit der Vertragslaufzeit einher. Verträge mit einer einjährigen Laufzeit unterliegen nur einem geringen Stornorisiko, insbesondere im Vergleich zu Mehrjahresverträgen. Die RVA hat mehrheitlich Unfallversicherungsverträge mit einer Laufzeit von maximal einem Jahr im Portfolio.

Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben wird insgesamt als wesentlich eingestuft.

Katastrophenrisiko Krankenversicherung

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenereignis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig treffen kann. Es werden die Risiken Massenschadenrisiko und Unfallkonzentrationsrisiko unterschieden.

Die RVA ist aufgrund des Risikoteils der Unfallversicherung mit und ohne Beitragsrückgewähr diesen Risiken ausgesetzt. Durch den beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses kann der dadurch entstehende Schaden in

ungünstigen Fällen immens sein. Aufgrund der potentiell hohen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko Krankenversicherung als wesentliches Risiko eingestuft.

Lebensversicherungstechnisches Risiko

Das Lebensversicherungstechnische Risiko wird für die RVA identifiziert und als nicht wesentlich eingestuft. Es wurden das Sterblichkeits-, das Langlebigkeits-, das Storno-, das Lebensversicherungskatastrophen-, das Lebensversicherungskosten- und das Revisionsrisiko für die RVA identifiziert. Da alle Submodule als nicht wesentlich eingestuft werden, ist das Lebensversicherungstechnische Risiko der RVA auch gesamthaft als nicht wesentlich einzustufen.

Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung des Prämien- und Reserverisikos erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie durch ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die RVA bei großen Einzelrisiken auf adäquaten Rückversicherungsschutz. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die genannten Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Zur Risikominderung in der Versicherungstechnik kauft die RVA obligatorischen und fakultativen Rückversicherungsschutz ein, formuliert Risikoausschlüsse und gestaltet risikogerechte Selbstbehalt-Modelle. Im Zusammenhang mit Rückversicherungsentscheidungen erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Risikotragfähigkeit. Daraus leiten sich Rückversicherungsstrukturen und Haftungstrecken ab.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen entstehen durch das Eingehen von einzelnen Risiken oder stark korrelierten Risiken, welche durch ein hohes Schaden- und Ausfallpotenzial gekennzeichnet sind.

Gegenstand regelmäßiger Analysen des Versicherungsbestands, die unter anderem mit Hilfe des Geoinformationssystems ZÜRS durchgeführt werden, sind Risikokonzentrationen und deren Veränderung im Zeitablauf. Die Nutzung geografischer Diversifikation und der Einsatz von Zeichnungsrichtlinien bilden die Basis der Steuerung des Risikos aus Naturkatastrophen.

Durch ein prospektives Limitsystem prüft die RVA, ob vorgegebene Limite für das Risiko aus Naturkatastrophen eingehalten werden.

Risikosensitivitäten / -stresse

Für das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko erfolgt eine Stressbetrachtung der erwarteten Inflation in der Schadenabwicklung. Im Prämien- und Reserverisiko sind die Rückstellungen der treibende Input zur Berechnung des Risikos. Aus diesem Grund wird für den hypothetischen Stresstest der Versicherungstechnik bei der Schadenerwartung eine zusätzliche Schadeninflation angenommen.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Inflation) sinkt das Stornorisiko um 15.349 TEuro, das Prämien- und Reserverisiko steigt um 39.901 TEuro an. Insgesamt steigt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko um 34.996 TEuro. Das SCR steigt deutlicher um 131.592 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 305.448 TEuro, die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -205.723 TEuro.

Zusätzlich wird ein Stress durchgeführt, der Sach-Versicherungssummen im Naturkatastrophenrisiko anhand des Baupreisindexes berechnet.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Baupreisindex) steigt das Katastrophenrisiko um 523.885 TEuro, das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko steigt um insgesamt 375.258 TEuro. Das SCR verändert sich in Folge um

349.540 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 24.890 TEuro, die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -17.006 TEuro.

Außerdem wird ein Naturkatastrophenstress simuliert. Dabei werden zwei sehr schwere Sturmereignisse angenommen. Sie verursachen Schäden, die zu einer Eigenmittelreduktion in einer Höhe, die der Sturm Bernd aus dem Jahr 2021 sowie der Wintersturm Kyrill aus dem Jahr 2007 heute anrichten würden, führen.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Naturkatastrophen) steigt das SCR um 143.170 TEuro aufgrund eines Rückgangs der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die Eigenmittel sinken um 308.830 TEuro.

Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit in den Stresstests um 15 %-, 22 %- bzw. 19 %-Punkte. Die Risikotragfähigkeit der RVA ist auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt.

Bedeckungsquote im Stresstest

	Vor Stress	Inflation	Baupreisindex	Naturkatastrophen
31.12.2024				
Bedeckungsquote	212,6%	197,4%	190,3%	193,5%

Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt solcher Szenarien ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

C.2 Marktrisiko

Risikoexponierung

Marktrisiko

Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II- Modulen	Einstufung
Marktrisiko	Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt zudem die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.		Wesentlich
Zinsrisiko	Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze.	Zinsrisiko	Wesentlich
Aktienrisiko	Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.	Aktienrisiko	Wesentlich
Immobilienrisiko	Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.	Immobilienrisiko	Wesentlich
Spreadrisiko	Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Dabei setzt sich dieser Spread im Allgemeinen aus verschiedenen Komponenten zusammen (z.B. Prämien für potentielle Ausfälle, steuerliche Aspekte und eingeschränkte Liquidität/Fungibilität).	Spreadrisiko	Wesentlich
Währungsrisiko	Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.	Währungsrisiko	Wesentlich
Beteiligungsrisko	Beteiligungsrisko bezeichnet das Risiko, dass sich aus Wertveränderungen des Beteiligungsportfolios ergibt.	Aktienrisiko	Nicht wesentlich
Nicht-Erreichen der vereinbarten Bestandsverzinsung (Zinsgarantierisiko)	Das Zinsgarantierisiko bezeichnet das Risiko, dass die bei Vertragsabschluss vereinbarte garantierte Mindestverzinsung nicht dauerhaft auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden kann.	Marktrisiko	Wesentlich

Die RVA stellt mit fast 14 % des Kapitalanlagevolumens eine bedeutende Gesellschaft der R+V dar.

Die Anlagepolitik der Gesellschaft trägt durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung. Dies führt in der Folge dazu, dass bei der RVA alle im Marktrisiko auftretenden Subrisiken vorhanden sind und fast alle in signifikantem Umfang. Einen besonderen Anlage-schwerpunkt bilden Kapitalanlagen in festverzinsliche Wertpapiere.

Für die Gesellschaft spielt das Zinsrisiko im Vergleich zu den vt. Risiken eine eher untergeordnete Rolle. Der in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr zu erwirtschaftende Garantiezins kann bei einem erneuten Zinstief und engen Credit-Spreads die R+V vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Daher und aufgrund der relativen und absoluten Höhe wird dieses Risiko für die RVA als wesentlich eingestuft.

Das Spreadrisiko wird für die RVA aufgrund der relativen und absoluten Höhe dieser Investments ebenfalls als wesentlich eingestuft.

Bei der RVA werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus den kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen. Aufgrund der relativen und absoluten Höhe dieser Investments ist das Aktienrisiko als wesentlich einzustufen.

Währungsrisiken aus in Fremdwährungen gehaltenen Kapitalanlagen und Immobilienrisiken sind für die RVA ebenfalls aufgrund der relativen und absoluten Höhe ebenfalls als wesentlich einzustufen.

Für Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr, die eine Garantieverzinsung beinhalten, besteht das Risiko, dass die bei Vertragsabschluss vereinbarte garantierte Mindestverzinsung nicht dauerhaft auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden kann (Zinsgarantierisiko). Aufgrund der langen Vertragsdauern ergibt sich das Risiko negativer Abweichungen von den Kalkulationsannahmen über die Laufzeit der Verträge. Wesentliche Ursachen sind dabei die Änderung des gesamten Kapitalmarktumfelds sowie die Laufzeitinkongruenz von Kapitalanlagen und Versicherungsverträgen.

Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von EIOPA vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlagerichtlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der RVA durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die RVA Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die RVA nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die RVA grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der RVA dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei der R+V werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Dabei werden Auswirkungen gegenwärtiger und möglicher Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds auf die Einhaltung der Geschäfts- und Risikostrategie bewertet, um frühzeitig Handlungsoptionen zu identifizieren, Maßnahmenvorschläge zu entwickeln und notwendige Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Zielsetzung der Gewährleistung der Profitabilität und finanziellen Stabilität des Unternehmens sowie die jederzeitige Erfüllbarkeit der eingegangenen Versicherungsverpflichtungen wird durch turnusmäßige Festlegung der Risikotoleranzgrenzen in Form von bilanziellen und ökonomischen Ziel- und Mindestergebnisvorgaben für den Betrachtungszeitraum operationalisiert. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden die Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die aufgrund hoher Abhängigkeiten bzw. verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam schlagend werden. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Krisensituationen.

Nach § 124 VAG müssen Versicherungsunternehmen ihre gesamten Vermögenswerte nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht anlegen. Zu den gesetzlichen Anforderungen dieses Grundsatzes gehört auch:

- › Anlagen sind in angemessener Weise so zu mischen und zu streuen, dass eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert oder Emittenten oder von einer bestimmten Unternehmensgruppe oder einem geografischen Raum und eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio als Ganzem vermieden werden und
- › Vermögensanlagen bei demselben Emittenten oder bei Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören, dürfen nicht zu einer übermäßigen Risikokonzentration führen.

Die R+V hat diese Anforderungen aus dem VAG weiter konkretisiert in ihrer Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko. Dort sind insbesondere die quantitativen Beschränkungen zur Mischung sowie die schuldnerbezogenen Beschränkungen zur Streuung festgelegt.

Im Sinne einer weiteren Detaillierung werden die Grundsätze aus der Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko durch spezielle Richtlinien ergänzt, die Vorgaben und Bestimmungen zu einzelnen Anlageklassen beinhalten. Im Rahmen dieser speziellen Richtlinien sind weitere spezifische quantitative und schuldnerbezogene Beschränkungen für die jeweilige Anlageform definiert.

Die Umsetzung dieser Normen bei Kapitalanlagen führt dazu, dass das Versicherungsunternehmen eine weitgehende Diversifizierung der Anlagerisiken beachtet und somit Risikokonzentrationen weitgehend vermieden werden.

Risikosensitivitäten / -stresse

Für das Marktrisiko werden seitens der RVA diverse hypothetische Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen eines Stresses einer einzelnen Risikoart auf die Risikotragfähigkeit der RVA zu analysieren. Diese hypothetischen Stresstests für das Marktrisiko umfassen dabei die Subrisikokategorien Zinsrisiko, Spreadrisiko sowie Aktienrisiko. Die Veränderungen in der Höhe des Risikokapitals werden netto ausgewiesen. Die Entwicklung der zukünftigen Überschussbeteiligung ist entsprechend berücksichtigt.

Im Hinblick auf das Zinsrisiko wird eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve +/- 100 Basispunkte simuliert. Bei diesen Zinsszenarien wird ein Auf- bzw. Abschlag auf die momentane Swapzinskurve vorgenommen.

Durch die Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte nach oben sinkt das Marktrisiko um 40.400 TEuro. Der Rückgang des Risikokapitals im Spreadrisiko um 55.478 TEuro wird im Marktrisiko etwas abgemildert hauptsächlich aufgrund eines Anstiegs des Zinsrisikos um 48.928 TEuro. Das SCR sinkt insgesamt um 60.628 TEuro, u.a. aufgrund des Rückgangs im Marktrisiko. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sinken um 396.855 TEuro, die Eigenmittel sinken um 345.950 TEuro. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 7 %-Punkte.

Im entgegengesetzten Szenario, Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte nach unten, steigt das Marktrisiko um 74.103 TEuro. Der Anstieg des Risikokapitals für das Marktrisiko folgt im Wesentlichen einem Anstieg des Spreadrisikos um 64.007 TEuro und des Zinsrisikos um 30.104 TEuro. Das SCR steigt um 86.024 TEuro im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs im Marktrisiko. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 453.738 TEuro, die Eigenmittel steigen um 387.765 TEuro. Die Bedeckungsquote steigt im Stress um 6 %-Punkte.

Das Aktienrisiko wird durch einen weltweiten Aktienkursrückgang gestresst. Durch den simulierten Schock sinkt das Marktrisiko um 175.783 TEuro. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang des Aktienrisikos um 185.457 TEuro. Das SCR sinkt insgesamt um 78.541 TEuro, hauptsächlich wegen des Rückgangs im Marktrisiko, der etwas abgemildert wird, u.a. durch einen Rückgang der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sinken um 2.747 TEuro, die Eigenmittel sinken um 475.002 TEuro. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 10 %-Punkte.

Für das Spreadrisiko erfolgt die Simulation eines Anstiegs der Creditspreads in den Segmenten Bank und Corporate. Der Creditspread-Stresstest ist dabei als rein aktivseitiger Stresstest konzipiert.

Im Ergebnis führen die gestiegenen Creditspreads hauptsächlich zu einem Rückgang des Spreadrisikos um 51.074 TEuro sowie des Zinsänderungsrisikos um 48.430 TEuro. Dies führt insgesamt zu einem Rückgang des Marktrisikos um 61.241 TEuro. Das SCR steigt dagegen um 29.223 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sinken um 5.287 TEuro. Die Eigenmittel sinken um 388.238 TEuro, im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs der Marktwerte der Kapitalanlagen, was die Bedeckungsquote im Stress um 15 %-Punkte sinken lässt.

Bedeckungsquote im Stresstest

	Vor Stress	Zinsanstieg, 100BP	Zinsrückgang, 100 BP	Kursrückgang Eigenkapital- instrumente	Spreadanstieg Bank, Corporate
31.12.2024					
Bedeckungsquote	212,6%	205,4%	219,1%	202,3%	198,0%

Bei den oben gezeigten Stresstests des Marktrisikos zeigt die Gesellschaft eine ausreichende Risikotragfähigkeit. Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt eines solchen Szenarios ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

C.3 Kreditrisiko

Risikoexponierung

Kreditrisiko

Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II-Modulen	Einstufung
Kreditrisiko	Kreditrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus dem Ausfall von Gegenparteien (Kreditnehmer, Emittenten, Kontrahenten und Rückversicherungsunternehmen) sowie aus der Migration der Bonität dieser Adressen.		Wesentlich
Ausfallrisiko	Beim Ausfallrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Verluste aus dem Ausfall von Gegenparteien entstehen. Darunter fallen:		Wesentlich
Kreditnehmer	- Kreditnehmer (Zinszahlungen und Forderungen),	Gegenparteiausfallrisiko	Nicht wesentlich
Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine o.ä.),	Spreadrisiko	Wesentlich
Aktien	- Kontrahenten (ggf. positive Marktwerte von Derivaten) oder	Aktienrisiko	Wesentlich
Kontrahenten	- Rückversicherungsunternehmen (Absicherung von Verbindlichkeiten)	Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
Rückversicherungsunternehmen		Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
Migrationsrisiko	Das Migrationsrisiko bildet das Risiko von Wertverlusten ab, die durch eine Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Ratingmigration) eines		Wesentlich
Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Genussscheine o.ä.), oder	Spreadrisiko	Wesentlich
Kontrahenten	- Kontrahenten (CVA-Risiko) entstehen. CVA (Credit Valuation Adjustment) stellt hierbei die Wertanpassung von außerbörslich gehandelten Derivaten für erwartete Verluste aus dem Ausfall einer Gegenpartei dar.	Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
Verwertungsrisiko	Das Verwertungsrisiko resultiert sowohl aus der Unsicherheit über die Verwertungsquote vorhandener Sicherheiten als auch aus der Unsicherheit über die Einbringungsquote (Recovery Rate) nach dem Ausfall von Gegenparteien.		Wesentlich
Kreditnehmer		Gegenparteiausfallrisiko	Nicht wesentlich
Emittenten		Spreadrisiko	Wesentlich

Kreditrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten bzw. Schuldnern und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen.

Die Kapitalanlage der Gesellschaft weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen Finanzsektor und Öffentliche Hand ist die Gesellschaft insbesondere in Staats-, Unternehmens und Finanzanleihen sowie gesetzlich besicherte Pfandbriefe investiert.

Trotzdem sind aufgrund des hohen Anteils der festverzinslichen Wertpapiere am Gesamtbestand und der absoluten Höhe dieser Investments die damit verbundenen Risiken als wesentlich einzustufen.

Die RVA sichert ihr Geschäft in verschiedenen Sparten aus dem Bereich Schaden/Unfall durch Rückversicherungsverträge ab. Trotz spartenspezifischer Anforderungen an die Ratings der Gegenparteien sowie einer breiten Diversifikation des Risikos kann der Ausfall einer Gegenpartei nachhaltig negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Gesellschaft nach sich ziehen, weshalb das Risiko aus Sicht der Gesellschaft als wesentlich eingeschätzt wird.

Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem

wird dem Forderungsausfallrisiko durch angemessene Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind.

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen wird durch die ständige Überwachung der Standard & Poor's-Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die RVA zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

Risikokonzentrationen

Zum Umgang mit Risikokonzentrationen wird auf die Ausführungen zu Risikokonzentrationen innerhalb des Marktrisikos verwiesen.

Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Gegenparteausfallrisiko der RVA ist lediglich die Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei (Probability of Default) ein Risikofaktor. Aufgrund der geringen Materialität erfolgen keine Stresstests für das Gegenparteausfallrisiko der RVA.

Stresstests für das Spreadrisiko, welches gemäß der internen Risikokategorisierung der Standardformel unter dem Marktrisiko geführt wird, sind entsprechend unter dem Marktrisiko in Kapitel C.2 beschrieben.

C.4 Liquiditätsrisiko

Für ein Versicherungsunternehmen bedeutet Liquiditätsrisiko nicht in der Lage zu sein, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren bzw. diese nur mit Verlust veräußern zu können, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das grundsätzliche Risiko von Marktwertverlusten wird jedoch bereits in den Modulen Zins-, Spread- und Aktienrisiken berücksichtigt und quantifiziert. Eine darüberhinausgehende Kapitalisierung ist nicht erforderlich. Auf Grund der hohen Bedeutung des Liquiditätsrisikos werden für dieses Risiko weitere Bewertungen durchgeführt.

Um dem Liquiditätsrisiko zu begegnen, wird die Liquidität der R+V zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Durch eine breite Diversifikation der Kapitalanlagen werden Risikokonzentrationen in Bezug auf Liquiditätsrisiken bereits bei der Anlage reduziert.

Das Liquiditätsrisiko wird laufend überwacht und die Angemessenheit der Liquidität durch regelmäßige Stresstests unter widrigen Bedingungen sichergestellt. Dabei wird der Kapitalanlagebestand entsprechend seiner Liquidierbarkeit in vier Liquiditätsklassen eingeteilt. Anhand einer Gegenüberstellung der Volumina dieser Liquiditätsklassen und der Liquiditätsbedarfe aus einem passivischen Stress-Szenario werden Bedeckungsquoten ermittelt und das Liquiditätsrisiko der Gesellschaft beurteilt. Zusätzlich werden eventuelle Auswirkungen einer aus dem passivischen Stress-Szenario bedingten notwendigen Liquidierung von Assets auf das GuV-Ergebnis in unterschiedlichen Kapitalmarktszenarien untersucht. Im Rahmen der Strategischen Asset Allokation wird diese Betrachtung ebenfalls bei Entwicklung und Beschluss eines neuen Zielfortfolios berücksichtigt. Darüber hinaus findet im Rahmen der mehrjährigen Liquiditätsbetrachtung eine Gegenüberstellung der versicherungstechnischen Cash Flows und der Liquiditätsströme aus Kapitalanlagen statt.

Der „bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn (EPIFP)“ zum Stichtag 31. Dezember 2024 beträgt 638.982 TEuro.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird für die RVA als wesentlich eingestuft.

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen, aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen sowie durch den Verlust der Verfügbarkeit, der Integrität, der Vertraulichkeit oder der Authentizität von Informationen (beinhaltet somit auch Cyberrisiken). Das operationelle Risiko umfasst auch Compliance- und Rechtsrisiken jenseits der vt. Risiken, die über andere Risikokategorien einfließen. Es umfasst nicht strategische und Reputationsrisiken. Für das operationelle Risiko werden Szenarien identifiziert.

Zur Plausibilisierung der Szenarien sowie zur Früherkennung von möglichen negativen Entwicklungen wurden geeignete quantitative oder qualitative Indikatoren entwickelt und dem entsprechenden Szenario zugeordnet. Die Überprüfung der Szenarien findet jährlich statt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst die Gefahr, dass seitens einer ausländischen Regierung Restriktionen erlassen werden, die den Transfer von Finanzmitteln von Schuldern dieses Landes an ausländische Gläubiger untersagen (Konvertierungsrisiko, Transferrisiko, Zahlungsverbot, Moratorium etc.). Für die RVA wurde dieses Risiko aufgrund existierender Investitionen außerhalb Deutschlands identifiziert. Aufgrund der Höhe der Investments ist dieses Risiko als wesentlich einzustufen. Durch die regulatorisch vorgeschriebene Verwendung von Emissionsratings werden Länderrisiken im engeren Sinn implizit in der Risikomessung der Standardformel (im Spread- und Gegenparteiausfallrisiko) berücksichtigt. Eine darüber hinausgehende Kapitalisierung von bilanziellen Risiken ist nicht

Modellrisiko

Zur Risikomessung werden verschiedene Modelle eingesetzt. Durch den Einsatz dieser Modelle entsteht ein Risiko bezüglich der angemessenen Auswahl und Spezifikation (z.B. Unwägbarkeiten in der Parametrisierung). Aufgrund der Identifikation dieses Risikos in verschiedenen Modulen der Standardformel wird das Modellrisiko für die RVA als wesentlich eingeschätzt. Das Modellrisiko stellt im Wesentlichen das Meta-Risiko der Modellierung selbst dar. Die Angemessenheitsprüfung und der Validierungsprozess als Teile des ORSA-Prozesses sind Maßnahmen zur Begrenzung des Modellrisikos. Eine darüber hinausgehende Betrachtung und Quantifizierung des Modellrisikos als eigenständiges Risiko ist demnach nicht erforderlich.

Strategisches Risiko

Bei der RVA wurde das strategische Risiko identifiziert. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es für die Gesellschaft existenziell notwendig auf veränderte Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren sowie ein aktives Kostenmanagement zu betreiben. Des Weiteren kann die verspätete oder ausbleibende Steuerung des eigenen Portfolios aufgrund Veränderungen der Marktpreise, Verhalten der Marktteilnehmer in Bezug auf die angebotene Produktpalette oder generellen Trends in der Versicherungsbranche ein strategisches Risiko darstellen. Hinsichtlich der Risikominderung aus Rückversicherung entsteht ein strategisches Risiko insbesondere daraus, dass sich grundsätzlich gegen die Absicherung entschieden werden kann oder die Platzierung der Risiken des Versicherungsunternehmens bei Rückversicherern nicht oder nur in unzureichender Form oder zu deutlich erhöhten Rückversicherungsprämien möglich ist. Aus diesen Gründen wird die Wesentlichkeit des strategischen Risikos festgestellt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko existiert für die RVA. Es ist wesentlich, da es für die RVA von Bedeutung ist, sich einen guten Ruf gegenüber relevanten Stakeholdern zu bewahren und damit weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Durch die direkte Kommunikation in den Sozialen Medien und die damit verbundene hohe Verbreitungsgeschwindigkeit von potenziell schlechten Unternehmensnachrichten ist dieses Risiko höher als noch vor einem Jahrzehnt. Des Weiteren kann das Risiko, in Folge eines Ereignisses oder einer Bedingung, die zu einer Verschlechterung des Ratings der Gesellschaft führt, entstehen.

Inflationsrisiko

Das Inflations-/ Deflationsrisiko stellt die Sensitivität der Aktiva oder Passiva gegenüber Änderungen in der Inflationsstrukturkurve, insbesondere also gegenüber Inflationserwartungen sowie gegenüber Änderungen in der Volatilität der Inflationserwartungen dar.

Die Inflation/Deflation geht mit einer Veränderung des nominalen Zinsniveaus einher. Die Folgen eines inflationsbedingten Zinsanstiegs sind höhere Kapitalerträge aus der Neu-/ Wiederanlage sowie stille Lasten (AV) und Abschreibungen (UV) infolge sinkender Marktwerte. Ein deflationsbedingter Zinsrückgang führt zu niedrigeren Kapitalerträgen aus der Neu-/ Wiederanlage, Kapital-/ Zinsausfällen und Aktienkursrückgängen infolge von Bonitätsverschlechterungen sowie zu stillen Reserven infolge steigender Marktwerte. Diese dargestellten Folgen der Inflation/ Deflation für die Kapitalanlage werden in den Submodulen des Marktrisikos berücksichtigt und benötigen somit keine separate Betrachtung. Die von einem Inflationsschock induzierte Erhöhung der Betriebskosten für die Vermögensverwaltung fällt gering aus.

Der Betrag der Schadenabwicklung bzw. anfallende Kosten für die Verwaltung von Versicherungsverträgen können infolge einer Inflation ansteigen. Das Risiko eines inflationsbedingten Anstiegs von Schadenaufwänden und Kosten ist Teil des versicherungstechnischen Risikos. Eine Deflation ist für das versicherungstechnische Risiko nicht relevant, da sich in diesem Zusammenhang kein Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Versicherungsverbindlichkeit aufgrund des Betrags der Schadenabwicklung bzw. anfallenden Kosten für die Verwaltung von Versicherungsverträgen ergibt.

Ansteckungsrisiko

Als Bestandteil der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe ist die RVA dem Risiko ausgesetzt, dass ein negatives Ereignis oder eine negative Situation von einem anderen Gruppenunternehmen auf die RVA übergreift. Die RVA könnte beispielsweise der finanziellen Schwäche anderer Einheiten der Gruppe ausgesetzt sein, die bedingt sein kann durch Markt-, Reputations- oder operationelles Risiko. Das Ansteckungsrisiko besteht durch diverse Unternehmensverträge in der R+V Gruppe und wird als wesentlich eingestuft, da es vor allem durch die Ergebnisabführungsverträge zu einem Übergreifen von Risiken kommen kann.

Nachhaltigkeitsrisiken

Als ‚Nachhaltigkeitsrisiko‘ ist ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiko) zu verstehen, dessen beziehungsweise deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf den Wert der Investition oder auf den Wert der Verbindlichkeit haben könnte. Weiter gefasst können Nachhaltigkeitsrisiken negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation haben.

Nachhaltigkeitsrisiken im Bereich Umwelt unterteilen sich in physische und transitorische Risiken. Physische Risiken ergeben sich sowohl im Hinblick auf einzelne Extremwetterereignisse und deren Folgen als auch in Bezug auf langfristige Veränderungen klimatischer und ökologischer Bedingungen. Transitorische Risiken bestehen im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft. Zudem sind im Kontext von Nachhaltigkeitsrisiken aus dem Bereich Umwelt Biodiversitätsrisiken zu berücksichtigen. Als Biodiversitätsrisiken sind Risiken von Biodiversitätsverlusten zu verstehen, die mit einer Verschlechterung des Zustands von Ökosystemen und damit dem Ausfall von Ökosystemleistungen einhergehen.

Auch Ereignisse, Entwicklungen oder Verhaltensweisen, die den Bereichen Soziales und Unternehmensführung zuzuordnen sind, sind im Kontext von Nachhaltigkeitsrisiken zu Berücksichtigen.

Soziale Risiken können aufgrund unzureichender Standards für die Wahrung der Grundrechte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V oder für deren Inklusion sowie aus unangemessenen Kundenpraktiken entstehen. Hierunter fallen etwa Verstöße gegen Standards des Arbeitsrechts, Arbeitsschutzes oder Gesundheitsschutzes. Sofern sich soziale Risiken realisieren, kann dies sowohl zu finanziellen Ansprüchen der Mitarbeitenden an die Unternehmen der R+V führen als auch das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern mit besonderer Bedeutung für den Geschäftserfolg zur Folge haben. Darüber hinaus können soziale Risiken durch unfaire, undurchsichtige oder missbräuchliche Geschäftspraktiken gegenüber der Kundschaft hervorgerufen werden, insbesondere wenn dies langfristig zu einem geänderten Kunden- und Nachfrageverhalten führt.

Eine mögliche Ursache für Risiken der Unternehmensführung sind beispielsweise unzureichende oder intransparente Governance-Strukturen. Auch fehlende oder schwach ausgeprägte Verhaltenskodizes fallen in diese Kategorie. Beide Mängel können das Vertrauen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Wirksamkeit der Unternehmensführung schwächen und zu ineffektiven Betriebsabläufen führen. Des Weiteren stellen fehlende oder unzureichende Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und aller Ausprägungen von Korruption (Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bestechung und Bestechlichkeit) mögliche Ausprägungen von Risiken der Unternehmensführung dar.

Nachhaltigkeitsrisiken stellen kein eigenständiges Risiko dar. Sie werden als Risikotreiber bestehender Risikokategorien verstanden und in diesen berücksichtigt. Da sie als Treiber einen starken Einfluss auf bestehende Risiken haben können, werden Nachhaltigkeitsrisiken als übergreifend wesentlich klassifiziert.

Cyber Risiko

Das Cyber-Risiko bezeichnet das Risiko des Verlusts der Verfügbarkeit, der Integrität, der Vertraulichkeit oder der Authentizität von digitalen Informationen. Cyber-Risiken der R+V, werden als Informationsrisiken im Operationellen Risiko berücksichtigt. Durch die fortschreitende Digitalisierung wächst die Bedeutung von Cyber-Risiken innerhalb der Versicherungstechnik. Cyber-Risiken im Bereich Versicherungstechnik können hinsichtlich des Aufklärungsgrades eines Schadenereignisses differenziert werden:

- › Schäden die bekanntermaßen durch ein Cyberereignis induziert sind.
- › Schäden deren Ursache nicht eindeutig oder gänzlich auf ein Cyberereignis zurückzuführen sind (Silent Cyber). Hierbei besteht insbesondere die Gefahr, dass Cyber-Risiken als Schadenursache nicht oder nur unvollständig in den Versicherungsbedingungen erwähnt oder nicht explizit ein- oder ausgeschlossen werden.

Cyber Risiken werden als übergreifend wesentlich klassifiziert. Im Bereich des Informationsrisikos werden diese vollumfänglich im Operationellen Risiko berücksichtigt. Im Bereich der Versicherungstechnik tritt das Cyberrisiko im Falle der Realisierung im Risikomodul des versicherungstechnischen Risikos in den Submodulen Prämien-, Reserve- und Katastrophenrisiko sowie im Risikomodul versicherungstechnisches Risiko Gesundheit nach Art der Schadenversicherung und im Katastrophenrisiko Gesundheit auf und wird dort identifiziert. Eine weitere Betrachtung in dieser Risikokategorie ist daher nicht erforderlich.

ALM Mismatch Risiken

ALM-Mismatch-Risiken bestehen in einer fehlenden Übereinstimmung (Mismatch) der Verpflichtungen („Liabilities“) und der zu ihrer Deckung dienenden Vermögenswerte („Assets“).

Hierbei sind verschiedene Mismatcharten zu betrachten: Währungs-Mismatch, Duration- bzw. Laufzeit-Mismatch.

Unter dem Aspekt des Liquiditätsrisikos müssen Aktiva und Passiva im Hinblick auf die Laufzeitstrukturen nicht ausgeglichen sein (Laufzeit-Mismatch). Es werden bewusst Inkongruenzen zugelassen, solange diese im Einklang mit der Risikostrategie und den daraus abgeleiteten Beschränkungen stehen. Gleichwohl wird bei der Steuerung der Fälligkeitsstruktur des Kapitalanlageportfolios die entsprechende Struktur der Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Das Risiko wird für die RVA als wesentlich eingeschätzt. Im Falle der Realisierung tritt das ALM Mismatch Risiko im Risikomodul des Marktrisikos in den Submodulen Zins- oder Währungsrisiko auf und wird dort berücksichtigt. Eine weitere Betrachtung in dieser Risikokategorie ist daher nicht erforderlich.

C.7 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Ziel ist das Aufstellen einer Bilanz mit Marktwerten oder marktkonsistent bewerteten Aktiva und Passiva (nachfolgend „Solvabilitätsübersicht“) im Sinne der Vorgaben von Solvency II (vergleiche §§ 74-88 VAG). In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten.

In Bezug auf die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gilt nach § 74 VAG:

- › Der beizulegende Zeitwert entspricht für Vermögenswerte dem Betrag, zu dem die Vermögenswerte zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- › Der beizulegende Zeitwert entspricht für Verbindlichkeiten dem Betrag, zu dem die Verbindlichkeiten zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Eine Berichtigung der Bewertung, um die Bonität des Versicherungsunternehmens zu berücksichtigen, findet nicht statt.

Grundsätzlich besteht die Anforderung, verlässliche und beobachtbare Marktpreise anzusetzen, das heißt eine „mark to market“ Bewertung vorzunehmen. Ist dies nicht möglich, so werden konstruierte „Marktpreise“ unter Berücksichtigung aller vorhandenen Marktinformationen verwendet („mark to model“).

Für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die weder zu den versicherungstechnischen Rückstellungen noch zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen gehören, gilt weiterhin:

- › Ansatz und Bewertung erfolgen nach International Financial Reporting Standards (IFRS), sofern Konformität zu § 74 VAG nachweisbar ist.
- › Ist die Bewertung nach IFRS temporär beziehungsweise permanent nicht konsistent, so ist eine alternative, zu § 74 VAG konsistente Bewertungsmethode anzuwenden.
- › Einzelne Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind separat zu bewerten.

Die Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung, also jeweils mit dem Going-Concern-Ansatz.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ist seitens der Rechtsgrundlagen von Solvency II eine dreistufige Bewertungshierarchie vorgegeben. Level 1 sieht eine Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu Marktpreisen vor, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten notiert sind. Sofern die Kriterien von Level 1 nicht erfüllt sind, erfolgt eine Bewertung anhand direkt oder indirekt beobachtbarer Inputfaktoren, z.B. Marktpreisen ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die an aktiven Märkten notiert sind (Level 2). Fehlt es an direkt oder indirekt beobachtbaren Inputfaktoren, so sind in Level 3 der Bewertungshierarchie alternative Bewertungsmethoden heranzuziehen, um die beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu bestimmen (z.B. Analystenschätzungen, Branchenstudien etc.).

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden ebenfalls gemäß Solvency II ökonomisch bewertet. Anstelle des Vorsichtsprinzips der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung entspricht der angesetzte ökonomische Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem aktuellen Betrag, der bei einer Übertragung der Versicherungsverpflichtungen von einem auf das andere Unternehmen gezahlt würde.

Die Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweistechnische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Die nachfolgenden Abschnitte geben eine quantitative und qualitative Beschreibung der zugrundeliegenden Bewertungsmethoden sowie Ergebnisse der Solvabilitätsübersicht der RVA einschließlich der wesentlichen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Bilanzierung zum Stichtag. Die HGB-Vergleichsspalte beinhaltet die HGB-Werte in der nach Solvency II-Vorgaben umgegliederten Bilanzstruktur.

D.1 Vermögenswerte

Abgegrenzte Abschlusskosten

Ein Ansatz der abgegrenzten Abschlusskosten ist unter Solvency II grundsätzlich nicht vorgesehen, da die noch nicht fälligen Ansprüche aus dem selbstabgeschlossenen Geschäft an Versicherungsnehmer in der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen (siehe D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen) berücksichtigt werden.

Unter HGB werden in diesem Posten Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern aus noch nicht getilgten Abschlusskosten mit den Nennwerten ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte

Die Position kann entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, Lizenzen an solchen Rechten und Werten sowie geleistete Anzahlungen umfassen. Unter Solvency II können immaterielle Vermögenswerte gemäß IAS 38 aktiviert werden, sofern der Vermögenswert einzeln veräußert werden kann und das Versicherungsunternehmen nachweisen kann, dass für identische oder ähnliche Vermögenswerte ein abgeleiteter Wert vorliegt. Andernfalls sind sie mit Null anzusetzen. Zum Stichtag werden in der Solvabilitätsübersicht keine immateriellen Vermögenswerte angesetzt, da diese nicht einzeln veräußert werden können.

Die Bewertung der immateriellen Vermögenswerte in der HGB-Bilanz erfolgt zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Von der Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögenswerte des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 HGB wird abgesehen. Im Ergebnis ergibt sich daraus der in der Tabelle dargestellte Unterschied im Wertansatz zwischen der Handelsbilanz und der Solvabilitätsübersicht.

Latente Steueransprüche

Latente Steuern werden gemäß Solvency II für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten berücksichtigt, bei denen der Wertansatz in der Steuerbilanz von dem in der Solvabilitätsübersicht abweicht. Aktive latente Steuern sind zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht niedriger oder Passivposten höher anzusetzen sind als in der Steuerbilanz und sich diese Differenzen in der Zukunft mit steuerlicher Wirkung wieder ausgleichen (temporäre Differenzen). Entsprechend sind passive latente Steuern zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht höher oder Passivposten niedriger anzusetzen sind als in der Steuerbilanz.

Das Konzept von Berechnung und bilanziellem Ausweis der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht folgt dabei grundsätzlich den Regelungen der IFRS gemäß IAS 12.

Die RVA geht bei der Berechnung der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht zweistufig vor: Die latenten Steuern gemäß IFRS werden in geeigneter Weise in die Solvabilitätsübersicht übernommen und die Bewertungsunterschiede zwischen IFRS und Solvency II mit zusätzlichen latenten Steuern belegt. Bei der Berechnung dieser zusätzlichen latenten Steuern werden die aktiven latenten Steuern auf die Höhe der passiven latenten Steuern begrenzt. Die Bewertungsunterschiede werden mit dem individuellen Unternehmenssteuersatz der RVA multipliziert, wobei steuerliche Spezialregelungen zur Anwendung kommen. Am Stichtag bereits beschlossene Steuersatzänderungen werden berücksichtigt.

Die Gesellschaft begründet die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern mit einem Überhang der passiven latenten Steuern. Für die Sicherstellung der Werthaltigkeit der errechneten aktiven latenten Steuern ist daher der Zeitpunkt entscheidend, zu dem steuerliche Erträge und Aufwendungen anfallen: Um steuerliche Verlustvorträge nutzen zu können, müssen die Aufwendungen zeitlich grundsätzlich vor den Erträgen anfallen.

Die aktiven latenten Steuern der RVA stammen insbesondere aus den folgenden Sondereffekten:

- › Latente Steuern auf die Risikomarge
- › Zweistufige Berechnung der latenten Steuern

Für die Sondereffekte wurde das Vorliegen der benötigten zeitlichen Abfolge von Erträgen und Aufwendungen nachgewiesen. Im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer wurde u.a. die Werthaltigkeitsanalyse aktiver latenter Steuern überprüft und als angemessen beurteilt.

Unter HGB wurden die latenten Steuern der Gesellschaft in Ausübung des Wahlrechts des § 273 Abs. 1 S. 2 nicht bilanziert.

Die RVA ist ertragsteuerliche Organgesellschaft der DZ BANK AG. Unter Anwendung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise werden die latenten Steuern gemäß Solvency II sowie die resultierende Verlustausgleichsfähigkeit auf Ebene der Organgesellschaft ausgewiesen.

Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter diesem Posten bei der RVA die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgte die Bewertung zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben wurden. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Weiterhin werden in dieser Position auch eigengenutzte Immobilien geführt. Unter Solvency II erfolgt eine Bewertung zum Marktwert. Dieser ergibt sich u.a. aus der Bewertung der zugrundeliegenden Bodenrichtwerte. Eine Aktualisierung erfolgt alle fünf Jahre.

Gemäß HGB werden diese eigengenutzten Immobilien mit den um Abschreibungen geminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten linear über eine gewöhnliche Nutzungsdauer von 9 bis 80 Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgten gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Abgegrenzte Abschlusskosten	-	290
Immaterielle Vermögenswerte	0	97.321
Latente Steueransprüche	620.237	0
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	348.916	96.178
Summe	969.153	193.788

Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)

Alle Kapitalanlagen außer Grundstücke und Gebäude sowie Beteiligungen zählen zu den finanziellen Vermögenswerten, die gemäß Solvency II zum Marktwert bewertet werden. Die Zuordnung der Anlagen zu den Kategorien nach Solvency II weicht ggf. von den Eingruppierungen nach HGB ab. Prinzipiell ist eine Deckungsgleichheit der Anlagen nach Solvency II und HGB gewährleistet.

Grundlegend werden Anlagen, die auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entsprechend der zum Bilanzstichtag an den Finanzmärkten notierten Preise bewertet. Außerbörslich gehandelte Wertpapiere werden anhand der an den Finanzmärkten allgemein anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Solvabilitätsübersicht offengelegten beizulegenden Zeitwerte entsprechen weitgehend den Zeitwerten, die im Anhang des Geschäftsberichtes gemäß den Vorschriften § 54 ff. der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) veröffentlicht werden.

Grundlegende Unterschiede in der Darstellung der Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II bestehen im Hinblick auf die Bewertungsmethode und die geforderte Gliederung.

Die Grundlage für die Zugangs- und Folgebewertung von Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften bilden die gesetzlichen Vorschriften gemäß § 253 HGB.

Diesen Vorschriften folgend werden Anlagen in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bewertet, wobei die fortgeführten historischen Anschaffungskosten die jeweilige Obergrenze bei der Folgebewertung bilden. Die Erfassung von möglichen Wertminderungen entspricht den Vorschriften § 253 Abs. 3 und 4 HGB. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit werden auf die fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben, sofern die Gründe für vorgenommene Wertminderungen nicht mehr existieren.

Weiterführende Angaben zu den Anlagearten, deren Bewertungsmethoden sowie zu weiteren quantitativen und qualitativen Unterschieden zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den Anforderungen gemäß Solvency II werden nachfolgend gegeben:

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Diese Position beinhaltet fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude, welche unter Solvency II zum Zeitwert gemäß IAS 40 bewertet werden. Hiernach werden die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie den Vereinbarungen der abgeschlossenen Verträge ermittelt. Die Wertermittlung erfolgt unter anderem unter Berücksichtigung aktueller Marktberichte, veröffentlichter Indizes sowie regionaler beziehungsweise überregionaler Vergleichspreise.

Unter HGB werden Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit den um Abschreibungen geminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine gewöhnliche Nutzungsdauer von 9 bis 80 Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen“ umfasst alle Anteile an Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte der Beteiligungen der RVA werden im Wesentlichen die folgenden Bewertungsverfahren eingesetzt. Die relative Gewichtung der eingesetzten Bewertungsverfahren wird jeweils in Klammern angegeben:

- › Approximation (0,5 %)
- › Net Asset Value (NAV) (99,5 %)

Da keine Marktpreisnotierungen für Beteiligungen an Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorliegen, werden unter Solvency II die Beteiligungen nach der angepassten Equity-Methode bewertet. Es handelt sich dabei um ein nach den Rechtsgrundlagen von Solvency II definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Der Wertansatz entspricht dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens. Ein dabei vorhandener Überschuss wird mit dem Anteil an der Beteiligung als Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach HGB zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den beizulegenden Wert bis maximal zu Anschaffungskosten vorgenommen.

Aktien – notiert

Unter dieser Position werden an einer öffentlichen Börse notierte Anteile am Kapital eines Unternehmens, zum Beispiel anteilmäßiger Besitz eines Unternehmens, ausgewiesen. Beteiligungen sind hiervon ausgeschlossen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition nach Solvency II erfolgen mit dem jeweiligen Börsenwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Aktien zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aktien, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit fortgeführten Anschaffungskosten.

Aktien – nicht notiert

Diese Bilanzposition beinhaltet nicht an einer öffentlichen Börse notierte Anteile am Kapital eines Unternehmens, zum Beispiel anteilmäßiger Besitz eines Unternehmens. Beteiligungen werden hiervon ausgeschlossen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition nach Solvency II erfolgen grundsätzlich mit durch externe Kurslieferanten gemeldeten Rücknahmepreisen.

Für Beteiligungen des Genossenschaftssektors, die als nicht notierte Aktien geführt werden, dient der Anschaffungswert als Approximation für den Zeitwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Aktien zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aktien, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit fortgeführten Anschaffungskosten.

Staats- und Unternehmensanleihen

Hierunter fallen durch öffentliche Stellen (Zentralstaaten / Bundesstaaten, supranationale staatliche Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen) sowie von Unternehmen ausgegebene Anleihen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensschuldverschreibungen sowie übrige Ausleihungen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition erfolgen nach Solvency II mit dem jeweiligen Marktwert. Dieser ergibt sich für börsennotierte Wertpapiere durch Börsenkurse oder Rücknahmepreise. Für Rententitel ohne regelmäßige Kursversorgung erfolgt die Ermittlung grundsätzlich anhand der Discounted Cashflow Methode.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wird auf den beizulegenden Wert abgeschrieben. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nicht mehr bestehen, werden gem. § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den beizulegenden Wert bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen sowie die übrigen Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, soweit nicht Einzelwertberechtigungen vorzunehmen sind. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Strukturierte Schuldtitel

Bei einem strukturierten Produkt wird ein derivatives Finanzinstrument (zum Beispiel eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (zum Beispiel einer Anleihe) kombiniert.

Nach Solvency II wird unter der Position „Strukturierte Schuldtitel“ der jeweilige Marktwert ausgewiesen, wobei keine Zerlegung dieser Schuldtitel erfolgt.

Die Strukturierten Produkte werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Hierzu wird ein Shifted Libor-Market Modell verwendet. Eingehende Bewertungsparameter sind hierbei Geldmarkt-/Swapzinskurven, emittenten- und risikoklassenspezifische Credit-Spreads, Volatilitäten und Korrelationen für CMS-Swapsätze, ggf. Devisenkassakurse.

Unter HGB werden bei der R+V Finanzderivate und Strukturierte Schuldtitel nicht in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt.

Besicherte Wertpapiere

Unter dieser Bilanzposition werden alle Anleihen gegenüber Zweckgemeinschaften zusammengefasst, die Forderungen gegenüber Dritten bündeln, in verschiedene Qualitätsklassen tranchieren und als Zins und Tilgung an den Inhaber der Anleihe weiterleiten (sogenannte Asset Backed Securities, ABS).

Unter Solvency II werden die Marktwerte der ABS-Produkte nach der Discounted Cashflow Methode ermittelt; dabei werden überwiegend am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

Da grundsätzlich alle Besicherten Wertpapiere der RVA dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird gemäß HGB als Wert dieser Bilanzposition die fortgeführten Anschaffungskosten, bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag, herangezogen.

Investmentfonds

Unter der Position „Investmentfonds“ (laut offizieller EIOPA-Übersetzung: „Organismen für gemeinsame Anlagen“) werden alle Investitionen bei Unternehmen, deren alleiniger Zweck in gemeinsamen Anlagen in übertragbare Wertpapiere und / oder andere Kapitalanlagen liegt, ausgewiesen. Investmentfonds umfassen unter anderem Aktienfonds, Rentenfonds, Mischfonds, Geldmarktfonds, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds sowie Sonstige Fonds. Die RVA hält Aktien-, Renten- sowie Mischfonds.

Als beizulegender Zeitwert für Anteile an Investmentfonds nach Solvency II werden Börsenkurse, Rücknahmepreise oder Nettoinventarwerte inkl. Fonds-Kasse zum Bilanzstichtag verwendet.

Investmentanteile, die gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Wertpapier-Spezialfonds wurde basierend auf den darin enthaltenen Vermögenswerten der nachhaltige Wert ermittelt. Dabei wurden Inhaberschuldverschreibungen bei gegebener Bonität des Schuldners mit dem Rückzahlungsbetrag oder mit dem höheren Zeitwert angesetzt. Bei einem Non-Investmentgrade-Rating des Schuldners wurde der Zeitwert angesetzt. Sofern der ermittelte Ertragswert (Earnings-Per-Share-Wert) der einzelnen Aktien über dem Zeitwert lag, wurden die Aktien mit diesem Ertragswert, maximal jedoch mit 120 % des Zeitwertes zum Stichtag angesetzt. Lag der EPS-Wert unter dem Zeitwert, wurde der Zeitwert angesetzt. Abschreibungen erfolgten auf den nachhaltigen Wert oder den höheren Anteilswert der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Derivate

Nach Solvency II werden unter der Bilanzposition „Derivate“ auf der Aktivseite die aktuell positiven Marktpreise aller Derivate zusammengefasst. Insbesondere die Zahlungsströme von Swaps werden unter Solvency II getrennt nach Mittelzuflüssen und -abflüssen dargestellt. Die Derivate mit aktuell negativem Marktwert werden als Gegenposition auf der Passivseite dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente werden am Bilanzstichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu werden bei börsengehandelten Finanzinstrumenten die aktuellen Börsenschlusskurse herangezogen. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden beizulegende Zeitwerte mittels anerkannter Bewertungsmodelle, insbesondere Discounted Cashflow Methoden sowie dem Shifted Libor-Market Modell ermittelt. Grundsätzlich erfolgt dies auf der Basis von am Markt verfügbaren Daten, wie zum Beispiel Zinsstrukturkurven („Swap-Sätze) unter Berücksichtigung von emittenten- und risikoklassenspezifischen Credit-Spreads (gedeckt, ungedeckt, nachrangig) und gegebenenfalls weiteren Markt-Parametern (insbesondere Volatilitäten). Anderenfalls werden sonstige anerkannte Bewertungsverfahren zugrunde gelegt.

Zins-Swaps werden anhand des Shifted Libor-Market Modells bewertet, Bewertungsparameter sind Geldmarkt-/Swapzinsstrukturkurven sowie gegebenenfalls Devisenkassakurse.

Vorkäufe / Termingeschäfte werden auf Basis der Discounted Cashflow Methode bewertet, Bewertungsparameter hierbei sind die Zinskurve und der Kassakurs. Aktien-/indexbezogene Optionen werden mittels Monte Carlo Simulation in einem um Forward-Volatilitäten erweiterten Local-Volatility-Modell bewertet. Als Datengrundlage dienen u.a. Aktien- bzw. Indexkurse, implizite Volatilitäten und prognostizierte Dividendenzahlungen. Index Warrants mit einer enthaltenen plain vanilla Call Option werden mittels Black-Scholes Modell bewertet.

Im Unterschied zu den bilanziellen Richtlinien von Solvency II ist eine gesonderte Bilanzierung von Derivaten mit positiven Marktwerten im Rahmen der handelsrechtlichen Rechnungslegung nicht vorgesehen.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Diese Bilanzposition umfasst alle Einlagen außer übertragbaren Einlagen. Dies bedeutet, dass sie zu keinem Zeitpunkt für Zahlungsvorgänge genutzt werden können und dass es nicht ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühren möglich ist, ihre Umwandlung in Bargeld zu verlangen oder sie auf Dritte zu übertragen. Kassen- oder Geldbestände außerhalb der Kapitalanlage werden in der Bilanzposition „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ ausgewiesen.

Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt aufgrund des kurzfristigen Charakters mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen. Einlagen bei Kreditinstituten werden gemäß HGB mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Kapitalanlagen

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	365.230	142.362
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	564.472	495.767
Aktien	35.225	24.845
davon Aktien - notiert	16.030	19.967
davon Aktien - nicht notiert	19.195	4.878
Anleihen	5.076.468	5.543.932
davon Staatsanleihen	1.585.885	1.731.920
davon Unternehmensanleihen	3.113.513	3.400.219
davon Strukturierte Schuldtitel	314.218	343.153
davon Besicherte Wertpapiere	62.851	68.639
Investmentfonds	7.289.042	6.922.748
Derivate	32.858	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	10.173	10.000
Sonstige Anlagen	0	0
Summe	13.373.468	13.139.653

Darlehen und Hypotheken

In der Kategorie Darlehen und Hypotheken werden nicht derivative Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, ausgewiesen. Die RVA hat dieser Kategorie Hypothekendarlehen zugeordnet.

Policendarlehen umfassen Ausleihungen an Versicherungsnehmer, die über Policen besichert sind. Die Policendarlehen werden unter HGB zu Nominalwerten angesetzt. Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen.

Ansatz und Bewertung der Hypothekendarlehen erfolgen unter Solvency II mit dem grundsätzlich auf Basis von Zinsstrukturkurven ermittelten Zeitwert. Unter HGB werden Hypothekenforderungen mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Diese Position entspricht dem Anteil der Rückversicherer am Besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen und ist eng mit der Modellierung der versicherungstechnischen Rückstellungen verknüpft. Eine detaillierte Beschreibung dieser Bilanzposition folgt in der Solvabilitätsübersicht zusammen mit dem Vergleich der Bilanzierung gemäß HGB in Abschnitt D.2.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position grundsätzlich nach den Regelungen der IFRS.

Weiterhin resultiert der Unterschied zur HGB-Bilanz aus der Bilanzierung von Forderungen im Zusammenhang mit Rentenzahlungsverpflichtungen. Nach IFRS (IAS 19) wird unter Solvency II auf der Aktivseite der Erstattungsanspruch aus Rentenzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Dieser umfasst Rückdeckungsversicherungen, Forderungen gegenüber Pensionsfonds und Forderungen gegenüber der Unterstützungskasse GmbH.

Im Vergleich dazu werden unter HGB auf der Aktivseite lediglich Rückdeckungsversicherungen und Forderungen an Pensionsfonds (gezahlte Einmalbeiträge für Auslagerungen in früheren Geschäftsjahren) ausgewiesen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position nach den Regelungen der IFRS, das heißt, es werden sogenannte Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente im Sinne der in IAS 7 für die Zahlungsstrom-Rechnung gegebenen Definition erfasst und die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Grundsätzlich werden unter diesem Posten Bank- und Kassenguthaben ausgewiesen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Unter dieser Position werden alle sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte bilanziert.

Im Unterschied zu HGB werden keine vorausgezählten Betriebskosten angesetzt.

Sonstige Vermögenswerte

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Darlehen und Hypotheken	1.436.804	1.542.476
davon Policendarlehen	17	4
davon Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	1.200.939	1.289.276
davon Sonstige Darlehen und Hypotheken	235.848	253.196
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	35.621	122.479
Nichtlebensversicherungen und n.A.d. Nichtlebensversicherung betriebenen KV	35.621	117.292
davon Nichtlebensversicherungen	35.621	117.292
davon n.A.d. Nichtlebensversicherungen betriebene KV	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	195.130	234.541
Forderungen gegenüber Rückversicherern	45.996	45.996
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	477.428	287.778
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	149.581	149.581
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	158.891	167.129
Summe	2.499.450	2.549.980

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Für das Versicherungsgeschäft der RVA ergeben sich in der Segmentierung nach Solvency II die folgenden Geschäftsbereiche:

Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

- › Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- › Sonstige Kraftfahrtversicherung
- › See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
- › Feuer- und andere Sachversicherungen
- › Allgemeine Haftpflichtversicherung
- › Kredit- und Kautionsversicherung
- › Rechtsschutzversicherung
- › Verschiedene finanzielle Verluste

Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung

- › Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

- › Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen

Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung

- › Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen
- › Versicherung mit Überschussbeteiligung

Die Geschäftsbereiche Berufsunfähigkeitsversicherung, Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen, sowie die Versicherung mit Überschussbeteiligung beinhalten die Unfallversicherung der RVA. Die sonstigen Renten (Renten aus der Allgemeinen Haftpflichtversicherung und der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung) werden dem Lebensversicherungsgeschäft zugeordnet.

Zusätzlich zeichnet die RVA in geringem Maße übernommenes Geschäft, wobei es sich hauptsächlich um gruppeninternes Rückversicherungsgeschäft handelt. Dabei handelt es sich um proportionale Rückversicherungsverpflichtungen aus den Geschäftsbereichen See-, Luftfahrt- und Transportversicherung, Feuer- und andere Sachversicherungen und Allgemeine Haftpflichtversicherung sowie um Nichtproportionale Nichtlebensrückversicherungsverpflichtungen, die den Geschäftsbereichen Nichtproportionale Unfallrückversicherung, Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung, Nichtproportionale Sachrückversicherung oder Nichtproportionale Krankenrückversicherung zugeordnet werden. Die Modellierung des übernommenen Geschäfts unter Solvency II wird aus Materialitätsgründen im folgenden Kapitel nicht beschrieben.

Die RVA betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft, das jedoch keinen wesentlichen Anteil darstellt. Da auch aus Risikogesichtspunkten ein separater Ausweis aufgrund der Gleichartigkeit des Geschäfts nicht erforderlich ist, wird im Rahmen des Proportionalitätsprinzips bei der Darstellung der Besten Schätzwerte auf einen gesonderten Ausweis dieser Positionen verzichtet und das gesamte Geschäft auf Deutschland geschlüsselt.

In der Solvabilitätsübersicht werden für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese werden auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet (§ 75 Abs. 1 VAG).

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den Versicherungsunternehmen zahlen müssten, wenn sie ihre Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden (§ 75 Abs. 2 VAG). Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen sowie allgemein verfügbarer Daten über versicherungstechnische Risiken und hat mit diesen konsistent zu sein (Marktkonsistenz). Die versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus der Summe des Besten Schätzwerts und der Risikomarge.

Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden weder Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351-352 VAG), noch die Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG) angewendet.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Solvency II-Wert			
	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	5.303.946	466.443	5.770.389
Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	249.502	20.636	270.138
Lebensversicherung	1.625.241	21.306	1.646.547
Krankenversicherung (nAd Lebensversicherung)	195.448	6.520	201.968
Summe	7.374.137	514.905	7.889.042

Bester Schätzwert

Der beste Schätzwert ist Teil der versicherungstechnischen Rückstellung und ein wahrscheinlichkeitsgewichteter, diskontierter Durchschnitt aller zukünftigen Ein- und Auszahlungsströme. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen der von der Aufsicht vorgegebenen risikofreien Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zahlungszeitpunkte.

Bei der Projektion der künftigen Zahlungsströme werden alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden (§ 77 Abs. 3 VAG): Prämienzahlungen und damit im Zusammenhang stehende Zahlungsströme, sämtliche Zahlungen an Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigte (gegebenenfalls einschließlich künftiger Überschussbeteiligungen, unabhängig davon, ob sie vertraglich garantiert werden oder nicht) sowie sämtliche bei der Bedienung der Versicherungsverpflichtungen anfallenden Aufwendungen.

Die aktuelle Überinflation wurde bei den Berechnungen angemessen berücksichtigt. Weitere wesentliche Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum sind nicht vorhanden.

Die Modelle zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen für den Teilbestand Unfallversicherung werden laufend an veränderte Anforderungen angepasst und weiterentwickelt.

Bester Schätzwert der Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

Der beste Schätzwert bestimmt zum größeren Teil den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen Nichtlebensversicherung und setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

- › Schadenrückstellungen
- › Prämienrückstellungen

Die Schadenrückstellungen sind die Rückstellungen für bereits eingetretene Versicherungsfälle.

Unter den Prämienrückstellungen wird eine Rückstellung für noch nicht eingetretene Schäden und Kosten abzüglich korrespondierender Prämien aus bereits eingegangenen Versicherungsverpflichtungen verstanden.

Die aktuarielle Bewertung der Schadenrückstellungen erfolgt standardmäßig mit Hilfe von marktüblichen schadenversicherungsmathematischen Methoden. Die Schadenrückstellungen werden auf homogenen Risikogruppen ermittelt, die

eine gleichartige Schadenabwicklung aufweisen. Die Klassifizierung der homogenen Risikogruppen orientiert sich auch an den Geschäftsbereichen der RVA.

Die Prämienrückstellungen ergeben sich aus der Summe der erwarteten zukünftigen ausgehenden Kosten und Schadenzahlungen aus dem Bestandsgeschäft abzüglich der erwarteten gebuchten eingehenden Prämie, das heißt die zum Bilanzstichtag erwartete Prämie bis zum jeweiligen Ablauf des zum Stichtag haftbaren Geschäfts. Die Prämienrückstellungen werden auf Basis der gleichen homogenen Risikogruppen ermittelt wie die Schadenrückstellungen, um eine in sich konsistente Ermittlung der Besten Schätzwerte sicherzustellen.

Für die RVA ergeben sich für die relevanten Geschäftsbereiche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Solvency II-Ergebnisse:

Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

Solvency II-Wert				
	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	875.594	-23.744	62.838	914.689
Sonstige Kraftfahrtversicherung	141.886	119.241	11.204	272.331
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	35.298	-10.772	5.755	30.281
Feuer- und andere Sachversicherung	1.262.293	282.389	107.716	1.652.398
Allgemeine Haftpflichtversicherung	1.565.749	-113.234	152.319	1.604.834
Kredit- und Kautionsversicherung	605.666	109.099	94.514	809.279
Rechtsschutzversicherung	255.781	-23.714	10.538	242.606
Verschiedene finanzielle Verluste	188.985	38.117	18.290	245.392
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	0	-137	34	-103
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	3.275	-1.557	2.178	3.896
Nichtproportionale Sachrückversicherung	0	-6.271	1.057	-5.214
Summe	4.934.528	369.417	466.443	5.770.389

Die Rückstellungen sind anteilmäßig durch die Geschäftsbereiche Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, Feuer- und andere Sachversicherungen sowie Allgemeine Haftpflichtversicherung dominiert.

Bester Schätzwert der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung

Zur Bewertung des Besten Schätzwertes der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung werden die gleichen Methoden wie bei den Besten Schätzwerten der Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) verwendet. Für die RVA ist im Bereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung nur der Geschäftsbereich Berufsunfähigkeitsversicherung für das Unfallversicherungsgeschäft relevant:

Vt. Rückstellungen -Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)

Solvency II-Wert				
	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Berufsunfähigkeitsversicherung	251.259	-1.758	20.636	270.138
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	0	0	0	0
Summe	251.259	-1.758	20.636	270.138

Grad der Unsicherheit der Schätzung (Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung)

Der Grad der Unsicherheit der Schadenrückstellungen in Bezug auf negative Abweichungen vom Erwartungswert (und somit höheren Schadenrückstellungen) wird getrieben durch spätere Nachmeldungen von Schäden und Nachreservierungen von bereits bekannten Schäden. Im Bereich der Prämienrückstellungen und des bei künftigen Prämien einkalkulierten Gewinns (Expected Profit included in Future Premiums – EPIFP) ergibt sich die Unsicherheit insbesondere aufgrund von zukünftigen Groß- oder Naturkatastrophenschäden.

Die RVA überwacht diese Unsicherheiten, indem sie die Angemessenheit der verwendeten Modelle und Annahmen laufend überprüft und durch Backtesting sowie Überleitungsrechnung („Variation Analysis“) die Ursachen für die etwaigen Abweichungen untersucht. Ferner werden die Unsicherheiten quantifiziert, indem die Schwankungsbreite (Standardabweichung) der Besten Schätzwerte pro Sparte ermittelt wird.

Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung)

Die HGB-Positionen „Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ und „Rückstellungen für die Verkehrsofferhilfe/Solidarhilfe“ werden in der Regel auf Einzelschadenbasis gestellt und nicht diskontiert. Die Stellung der Reserve erfolgt nach dem Vorsichtsprinzip.

Vergleich HGB zu Solvency II - Nichtlebensversicherung (außer KV) und KV nAd Nichtlebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	10.772.838	5.770.389
Schadenrückstellungen		4.934.528
Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.702.644	
Rückstellungen für die Verkehrsofferhilfe / Solidarhilfe	1.838	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	-7	
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	56.155	
Prämienrückstellungen		369.417
Rückstellungen für Beitragsüberträge	639.761	
Stornorückstellung	6.200	
Rückstellung für unverbrauchte Kfz-Beiträge	4	
Drohverlustrückstellung	22.989	
Risikomarge		466.443
Schwankungsrückstellung	1.341.229	
Rückstellung für Pharmarisiken	2.025	
Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	394.706	270.138
Schadenrückstellungen		251.259
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	292.205	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	2.949	
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.776	
Prämienrückstellungen		-1.758
Rückstellungen für Beitragsüberträge	29.808	
Stornorückstellung	298	
Deckungsrückstellung	67.669	
Risikomarge		20.636
Schwankungsrückstellung	0	

Im Vergleich dazu werden die ökonomischen Schadenrückstellungen auf homogenen Risikogruppen ermittelt. Die Berechnung erfolgt grundsätzlich auf Basis schadenversicherungsmathematischer Bewertungsmodelle. Es wird eine beste Schätzung erstellt, welche keine Zuschläge auf Grund von Vorsichtsüberlegungen enthält. Die HGB-Positionen „Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung“ und „Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung“ werden in gleicher Höhe bei den ökonomischen Schadenrückstellungen angesetzt. Die Abweichung zwischen den HGB-Positionen und der ökonomischen Schadenrückstellung ist durch die unterschiedlichen Bewertungsansätze und die Diskontierung begründet.

Die Position „Prämienrückstellungen“ wird nur in der Solvenzbilanz angesetzt. In der HGB-Bilanz existieren folgende vergleichbare Positionen: „Rückstellungen für Beitragsüberträge“, die „Stornorückstellung“, die „Rückstellungen für unverbrauchte Kfz-Beiträge“ und die „Drohverlustrückstellung“ sowie die „Deckungsrückstellung“.

In der HGB-Bilanz ist die Position „Risikomarge“, anders als in der Solvenzbilanz, nicht vorgesehen. Es gibt keine HGB-Bilanzposition, die einen ähnlichen Charakter wie die Risikomarge aufweist.

„Schwankungsrückstellungen“ und die „Rückstellung für Pharmarisiken“ werden unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Unter HGB werden diese als versicherungstechnische Rückstellung ausgewiesen.

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche:

Vergleich HGB zu Solvency II je Geschäftsbereich - Nichtlebensversicherung (außer KV) und KV nAd Nichtlebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	10.772.838	5.770.389
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	1.346.072	914.689
Sonstige Kraftfahrtversicherung	207.274	272.331
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	99.201	30.281
Feuer- und andere Sachversicherung	2.742.828	1.652.398
Allgemeine Haftpflichtversicherung	3.831.637	1.604.834
Kredit- und Kautionsversicherung	1.633.529	809.279
Rechtsschutzversicherung	440.281	242.606
Verschiedene finanzielle Verluste	466.035	245.392
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	0	-103
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	5.980	3.896
Nichtproportionale Sachrückversicherung	0	-5.214
Vt. Rückstellungen - Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	394.706	270.138
Berufsunfähigkeitsversicherung	394.706	270.138
Nichtproportionale Kranknrückversicherung	0	0

Bester Schätzwert der Lebensversicherung

Bester Schätzwert für den Kapitalversicherungsteil der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr (UBR)

Die Projektion von Prämien, garantierten Leistungen und Kostenaufwendungen erfolgt für die wesentlichen Bestände einzelvertraglich bis zum Ablauf. Das nicht einzelvertraglich modellierte Geschäft wird durch einen angemessenen Skalierungsansatz berücksichtigt.

Neben den Produkt- und Bestandsdaten zu Beginn der Projektion gehen insbesondere Annahmen zur Entwicklung der Bestände über die Projektionsphase ein. Dies sind Annahmen zur Biometrie und zum Versicherungsverhalten, wie z.B. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten.

Bei der Projektion der Kosten wurde eine Inflation berücksichtigt.

Für die Bestimmung der Leistungen aus Überschussbeteiligung werden Kapitalanlageergebnisse, Risiko- und sonstige Überschüsse für jedes Jahr im Projektionszeitraum ermittelt und auf Versicherungsnehmer und Unternehmen aufgeteilt.

Der Wert der Versicherungsnehmer-Optionen wird durch eine stochastische Simulation ermittelt. Mit dem Rückkaufsrecht und dem Kapitalwahlrecht werden die wesentlichen Optionen der Versicherungsnehmer berücksichtigt.

Das Modell zur Bewertung des Besten Schätzwertes wird laufend an veränderte Anforderungen angepasst und weiterentwickelt.

Bester Schätzwert der anerkannten Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Renten

Die Projektion der garantierten Leistungen und Kostenaufwendungen erfolgt auf einzelvertraglicher Basis.

Als biometrische Rechnungsgrundlage wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR 2. Ordnung verwendet.

Die Kosten werden durch einen Verwaltungskostenzuschlag von 2 % der laufenden Renten pauschal berücksichtigt.

Die resultierenden jährlichen Zahlungsströme werden mit den sich aus der von der EIOPA veröffentlichten Zinskurve zum jeweiligen Stichtag ergebenden Werten diskontiert.

Bei Rentenansprüchen aus Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Versicherungen sehen die vertraglichen Regelungen weder ein Kapitalwahlrecht noch eine Rückkaufoption vor. Daher wird der Wert der Optionen und Garantien mit Null bewertet.

Ferner ist eine Überschussbeteiligung vertraglich nicht vereinbart.

Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung

Solvency II-Wert			
	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	56.948	1.339	58.287
Versicherung mit Überschussbeteiligung	1.568.293	19.967	1.588.260
Summe	1.625.241	21.306	1.646.547

Grad der Unsicherheit

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und des bei künftigen Prämien einkalkulierten Gewinns (Expected Profit included in Future Premiums – EPIFP) ist aufgrund der verwendeten Grundlagen, Methoden und Annahmen, die in die Berechnung eingehen, mit Unsicherheiten behaftet. Im Rahmen von internen und externen Prüfungen werden alle wesentlichen Annahmen und Methoden auf Angemessenheit untersucht, so dass die bestehenden Unsicherheiten als kontrollierbar eingestuft werden können. Darüber hinaus werden Sensitivitätsberechnungen angestellt, um ein Verständnis der Wirkungsweise der Annahmen zu erlangen und die gewonnenen Erkenntnisse in die Festlegung der Annahmen einfließen zu lassen.

Die wesentlichen Unsicherheitsfaktoren für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen und des EPIFP ergeben sich aus den folgenden Sachverhalten:

Nicht-ökonomische Annahmen

Die Herleitung der Rechnungsgrundlagen nach bester Schätzung umfasst Annahmen zur Biometrie (Sterblichkeit), Kosten und zum zukünftigen Verhalten von Versicherungsnehmern (Storno und die Ausübung vertraglicher Optionen). Diese Annahmen werden entweder auf Basis historischer Beobachtungen hergeleitet oder beruhen auf Expertenschätzungen. Das tatsächliche Eintreten ist jedoch von zukünftigen Ereignissen abhängig und unterliegt daher einer Schätzunsicherheit.

Ökonomische Annahmen

Bei der Berechnung des Wertes der Optionen und Garantien werden Kapitalmarktszenarien verwendet, die mit den am Finanzmarkt beobachtbaren Preisen in Einklang stehen (Marktkonsistenz). Zur Erzeugung der Kapitalmarktszenarien wird ein ökonomischer Szenariogenerator genutzt, dessen Kalibrierung für einen langen, über den liquiden Teil des Kapitalmarkts hinausgehenden Projektionszeitraum erfolgt und somit ein Prognoserisiko enthält.

Managementregeln

Die entsprechenden Parameter im Modell dienen dazu, die erwarteten zukünftigen Handlungen des Managements realistisch abzubilden und sind mit dem Management abgestimmt. Da die Entscheidungen des Managements letztlich von den Rahmenbedingungen und der jeweiligen konkreten Situation abhängen und zudem ermessensabhängig sind, bildet eine modellhafte Implementierung immer nur eine begrenzte Auswahl an Handlungsoptionen ab. Daher besteht auch für die Festlegung der Managementregeln eine Unsicherheit.

Unter die Managementregeln mit den größten Ergebnisauswirkungen auf die versicherungstechnischen Rückstellungen fallen insbesondere:

- › Annahmen zur Steuerung der Kapitalanlagen
- › Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung
- › Annahmen zur Höhe und Struktur der Überschussbeteiligung

Bester Schätzwert der Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

Die Ermittlung des Besten Schätzwerts der anerkannten Unfallrenten erfolgt analog der Bewertung der Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Renten.

Eine Überschussbeteiligung ist für Renten in der Leistungsart „Unfallrente“ vereinbart, welche die R+V seit 1994 anbietet. Für andere Unfallrenten gibt es keine Überschussbeteiligung. Eine Berücksichtigung der Überschussbeteiligung kann entfallen, da der erzielte Zins das Produkt aus Beteiligungsquote an Kapitalerträgen und Rechnungszins nicht oder nicht wesentlich übersteigt.

Vt. Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

Solvency II-Wert			
	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungs-Verpflichtungen in Zusammenhang stehen	195.448	6.520	201.968
Summe	195.448	6.520	201.968

Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Lebensversicherung und Krankenversicherung nAd Lebensversicherung)

Die Abweichung zwischen den Rückstellungen nach HGB und Solvency II ist im Wesentlichen durch unterschiedliche Bewertungsansätze begründet. Bewertungsunterschiede ergeben sich aus den biometrischen Rechnungsgrundlagen, der Bewertung der Überschussbeteiligung und dem Diskontsatz.

Biometrische Rechnungsgrundlagen sind unter HGB nach dem Vorsichtsprinzip und unter Solvency II auf Basis beobachteter Daten gewählt.

Die HGB-Rückstellungen enthalten die RfB. Der gebundene Teil der RfB ist unter Solvency II im Erwartungswert der garantierten Leistung enthalten. Der ungebundene Teil der RfB ist hingegen nicht Teil der Rückstellungen, sondern wird in die Eigenmittelposition Überschussfonds überführt. Zudem erfolgt eine Bewertung der Leistungen aus Überschussbeteiligung.

Für die Ermittlung der Deckungsrückstellung nach HGB wird das Minimum aus dem Rechnungszins für die Beitragskalkulation und dem Höchstrechnungszins gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) verwendet. Dieses Minimum liegt derzeit in den relevanten Laufzeiten unter dem risikolosen Zins des Besten Schätzwertes. Durch die Zinszusatzrückstellungen unter HGB erhöht sich die Bewertungsdifferenz zum Besten Schätzwert.

Vergleich HGB zu Solvency II - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung und Lebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
Krankenversicherung (nAd Lebensversicherung)	247.437	201.968
Bester Schätzwert Renten		195.448
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	247.437	
Risikomarge		6.520
Lebensversicherung	2.006.838	1.646.547
Bester Schätzwert UBR		1.568.293
Deckungsrückstellungen	1.671.791	
Rückstellungen für Beitragsüberträge	3.527	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	230.350	
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	30.061	
Stornorückstellung	23	
Ansammlungsguthaben / gutgeschriebene Überschussanteile	0	
Bester Schätzwert Renten		56.948
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	71.087	
Risikomarge		21.306

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche der Lebensversicherung und Krankenversicherung nAd Lebensversicherung:

Vergleich HGB zu Solvency II je Geschäftsbereich - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung und Lebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nAd Lebensversicherung)	247.437	201.968
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungs-Verpflichtungen in Zusammenhang stehen	247.437	201.968
Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung	2.006.838	1.646.547
Versicherung mit Überschussbeteiligung	1.935.751	1.588.260
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	71.087	58.287

Risikomarge

Die Risikomarge stellt sicher, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen bei Bestandsübernahme erwartungsgemäß benötigen, um die Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen zu erfüllen.

Für die Ermittlung der Risikomarge wird ein Betrag an anrechnungsfähigen Eigenmitteln berechnet, der der Solvenzkapitalanforderung entspricht, die für die Bedeckung der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit erforderlich ist. Zur Berücksichtigung der Kapitalbereitstellungskosten wird der ermittelte Kapitalbetrag mit einem Kapitalkostensatz verzinst.

Es wird die Vereinfachungsmethode 1 (gemäß Leitlinie 62 EIOPA BoS 14/166) verwendet, der die Annahme zugrunde liegt, dass sich die zukünftigen SCR proportional zu den besten Schätzwerten entwickeln. Die für die Risikomarge relevanten Teile des SCR werden separat fortgeschrieben. Die Proportionalitätsfaktoren basieren dabei auf den Verhältnissen der zukünftigen besten Schätzwerte zu den gegenwärtigen besten Schätzwerten. Ausnahmen bilden die zukünftigen SCR des Prämien- und Reserverisikos, welche vollständig berechnet werden, und die zukünftigen SCR des Naturkatastrophenrisikos, bei denen die erwartete verdiente Prämie statt den besten Schätzwerten als Risikotreiber genutzt werden.

Die Zeitreihe der zukünftigen SCR wird mit dem laufzeitabhängigen, risikofreien Zinssatz diskontiert und zum Barwert summiert. Nach dem Kapitalkostenansatz wird der Barwert mit dem regulatorisch vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % multipliziert.

Die Höhen der Risikomargen der Geschäftsbereiche der RVA sind in den Abschnitten zu den „Besten Schätzwerten“ dargestellt.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter der Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ die Summe der Besten Schätzwerte der Prämien- und Schadenrückstellungen, die aus zedierten Rückversicherungsverträgen resultieren, ausgewiesen.

Im Gegensatz zur HGB-Rechnungslegung, welche die Einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung saldiert mit den Schadenrückstellungen auf der Passivseite der Bilanz ausweist, erfolgt der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht auf der Aktivseite der Bilanz.

Gemessen an den versicherungstechnischen Rückstellungen des Bruttogeschäfts ist diese Position von untergeordneter Bedeutung.

Bester Schätzwert der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Modellierung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt auf Basis einer Zahlungsstrom-Projektion mittels aktuarieller Verfahren, getrennt nach dem Anteil der Prämien- und Schadenrückstellung. Das Verfahren zur Berechnung dieser Rückstellungen folgt den Vorgaben der Standardformel (§ 86 VAG) an die Berechnung von Rückversicherungsabgaben. Insbesondere wird auf Grundlage des Abrechnungsturnus für Rückversicherungsverträge die zeitliche Differenz zwischen dem Erhalt der Beträge und den Auszahlungen an die Anspruchsteller berücksichtigt (§ 86 (2) VAG), sowie mittels Bonitätseinschätzungen eine Anpassung der Zahlungsströme um den erwarteten Ausfall der jeweiligen Gegenparteien vorgenommen (§ 86 (3) VAG).

Nach denselben Grundsätzen wie für versicherungstechnische Rückstellungen des Bruttogeschäfts wird hierbei nur das sich zum Stichtag im Bestand befindliche Geschäft berücksichtigt. Die Vertragsgrenzen werden berücksichtigt.

Die Projektion der Zahlungsströme aus dem mittels Rückversicherung abgegebenen Geschäft setzt für diese Geschäftsart auf Daten für das selbst abgeschlossene Geschäft auf.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht per 31. Dezember 2024 dargestellt:

Einforderbare Beträge aus RV

Solvency II-Wert			
	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	0	142	142
Sonstige Kraftfahrtversicherung	64	-3.280	-3.216
See-, Luftfahrt- und Transport-versicherung	1.169	-827	343
Feuer- und andere Sachversicherung	78.685	-61.810	16.875
Allgemeine Haftpflichtversicherung	23.284	-6.449	16.835
Kredit- und Kautionsversicherung	349	0	349
Rechtsschutzversicherung	0	-47	-47
Verschiedene finanzielle Verluste	8.335	-4.107	4.228
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	0	0	0
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	95	17	112
Nichtproportionale Sachrückversicherung	0	0	0
Summe	111.981	-76.360	35.621

Derjenige Teil der Schadenrückstellungen, der aus anerkannten Rentenfällen in dem Bereich allgemeine Haftpflichtversicherung (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen) resultiert, wird aufgrund des geringen Volumens aus Proportionalitätsgründen anhand der HGB-Deckungsrückstellung bewertet. Der Ausweis der Rückstellungen für anerkannte Rentenfälle unter Solvency II erfolgt zusammen mit dem Nichtlebensversicherungsgeschäft (außer KV) bzw. der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung. Die HGB-Ausweise werden entsprechend der Unterteilung in Geschäftsbereiche nach Solvency II vorgenommen.

Negative Beste Schätzwerte der Prämienrückstellungen für das abgegebene Geschäft weisen darauf hin, dass die zukünftig zu leistenden Prämien die erwartete Entlastung durch die jeweiligen Gegenparteien übersteigen. Tendenziell sind Mittelabflüsse aus Rückversicherungsverträgen im Erwartungswert üblich.

Vergleich zur HGB-Bilanzierung

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Bezeichnung „Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft“ auf der Passiv-Seite der Bilanz gezeigt.

Die Abweichungen zwischen HGB- und Solvency II-Schadenrückstellungen sind durch die unterschiedlichen Bewertungsmethoden und die Diskontierung der Zahlungsströme begründet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Vergleich dieser HGB-Position zur Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht gegenübergestellt:

Vergleich HGB zu Solvency II

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	117.292	35.621
Schadenrückstellungen		111.981
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	113.993	
Prämienrückstellungen		-76.360
Rückstellungen für Beitragsüberträge	3.300	
Lebensversicherung	5.186	0
Bester Schätzwert Renten		0
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	5.186	

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche:

Vergleich HGB zu Solvency II je Geschäftsbereich

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	117.292	35.621
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	0	142
Sonstige Kraftfahrtversicherung	66	-3.216
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	1.480	343
Feuer- und andere Sachversicherung	83.528	16.875
Allgemeine Haftpflichtversicherung	22.801	16.835
Kredit- und Kautionsversicherung	360	349
Rechtsschutzversicherung	0	-47
Verschiedene finanzielle Verluste	8.971	4.228
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	0	0
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	86	112
Nichtproportionale Sachrückversicherung	0	0
Lebensversicherung	5.186	0
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	5.186	0

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bilanzierung der anderen Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen entspricht nach Solvency II den Vorschriften der IFRS. Die Position umfasst unter anderem Rückstellungen für Altersteilzeitmodelle, Jubiläumsverpflichtungen und Wertguthaben für Lebensarbeitszeitkonten, die nach IAS 19 bilanziert werden. Die Bewertung der vertraglichen Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen der R+V erfolgt gemäß IAS 19 auf Basis der zu den Rentenzahlungsverpflichtungen erläuterten Prämissen. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst das rückständige Arbeitsentgelt sowie die noch zu zahlenden Aufstockungsbeträge zum Gehalt und zur Altersversorgung. Bei den Aufstockungsbeträgen wurde ein versicherungsmathematischer Abschlag vorgenommen. Als Rechnungsgrundlage wurden, ebenso wie für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung, die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck verwendet.

Ansatz und Bewertung der weiteren Rückstellungen dieser Bilanzposition erfolgt entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung sind auf die nach IAS 19 bewerteten Rückstellungen sowie auf die nach IFRS nicht anzusetzenden Rückstellungen für drohende Verluste aus dem Kapitalanlagebereich zurückzuführen.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Bilanzierung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach Solvency II entspricht den Vorschriften der IFRS.

Die Bewertung der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme der R+V erfolgt gemäß IAS 19 nach Anwartschaftsbarwertverfahren und basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten. Der Berechnung liegen aktuelle Sterbe-, Invaliditäts- und Fluktuationswahrscheinlichkeiten, erwartete Anwartschafts-, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie ein realitätsnaher Rechnungszins zugrunde. Der Rechnungszins orientiert sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industrieanleihen von Emittenten bester Bonität gelten. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invaliditätsannahmen dienen die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck.

Die Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach HGB erfolgt entsprechend den Vorschriften des § 253 Abs. 1 HGB inkl. Einmalbeiträgen aus Auslagerungen an Pensionsfonds aus früheren Geschäftsjahren (§ 246 Abs. 2 S. 2 HGB kommt nicht zur Anwendung).

Der Unterschied zur HGB-Bilanz resultiert aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen nach IFRS und HGB.

Latente Steuerschulden

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

Derivate

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Entsprechend dem Ansatz in der IFRS-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Buchwert.

Hierdurch ergeben sich quantitative und qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten werden zu Zeitwerten angesetzt. Hierdurch unterscheidet sich die Bilanzierung von der Bewertung unter HGB, die zum Erfüllungsbetrag erfolgt.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden alle sonstigen, nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten erfasst, die unter keiner anderen Position bilanziert werden. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag und der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Sonstige Verbindlichkeiten

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	181.228	83.153
Rentenzahlungsverpflichtungen	55.741	16.081
Latente Steuerschulden	1.368.644	0
Derivate	44.920	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	454.660	409.407
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	303.838	370.493
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	1.858	1.858
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	13.676	13.676
Nachrangige Verbindlichkeiten	560.922	500.000
davon in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	560.922	500.000
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	999	999
Summe	3.547.406	1.895.666

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die nachfolgende Tabelle stellt die angewandten Bewertungshierarchien für die relevanten Bilanzpositionen der RVA im Überblick dar.

Alternative Bewertungsmethoden

Solvency II-Bewertungshierarchie	Bewertungslevel		
	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten	Notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter
	Level 1	Level 2	Level 3
Aktiva			
Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen			X
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			X
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen			X
Aktien			
davon Aktien - notiert	X	X	
davon Aktien - nicht notiert			X
Anleihen			
davon Staatsanleihen	X	X	X
davon Unternehmensanleihen	X	X	X
davon Strukturierte Schuldtitel		X	X
davon Besicherte Wertpapiere			X
Investmentfonds	X	X	X
Derivate		X	
Darlehen und Hypotheken			X
Sonstige Vermögenswerte			X
Passiva			
Rentenzahlungsverpflichtungen			X
Derivate		X	
Sonstige Verbindlichkeiten			X

Für weitere Informationen zur Bewertung der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, siehe die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte), bzw. D.3 (sonstige Verbindlichkeiten).

D.5 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Kapitalmanagementstrategie

Dem Zusammenspiel zwischen Kapital- und Risikomanagement kommt eine wichtige Funktion bei der Sicherstellung der Gesamtsolvabilität zu. Darüber hinaus erfordern die Volatilität der Soll- und Ist-Werte aufgrund der Verankerung des Marktwertprinzips in der Solvency II-Richtlinie sowie die Anforderung, dass der Risikokapitalbedarf jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu bedecken ist, einerseits eine kontinuierliche Beobachtung der Bedeckung und andererseits ein angemessenes, zukunftsorientiertes Management der Eigenmittel. Im Rahmen des Kapitalmanagements sind mögliche Maßnahmen zu beurteilen, die einer Verbesserung oder Wiederherstellung der Eigenmittelausstattung unter Normalbedingungen sowie in Stresssituationen dienen können.

Die vorausschauende Gegenüberstellung der Kapitalanforderungen und der verfügbaren Eigenmittel über den Planungshorizont findet im mittelfristigen Kapitalmanagementplan statt.

Das Kapitalmanagement liegt – als wesentlicher Teil des Risikomanagements – in der Verantwortung des Vorstands der RVA. Ein zentraler Aspekt des Kapitalmanagementprozesses stellt die Erstellung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans dar. Die Aufgabe des Kapitalmanagementplans liegt darin, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen der RVA zu gewährleisten. Der mittelfristige Kapitalmanagementplan berücksichtigt insbesondere folgende Aspekte:

- › geplante Kapitalemissionen;
- › die Fälligkeit von Eigenmittelbestandteilen unter Einbeziehung sowohl der vertraglich vereinbarten Fälligkeit als auch einer vorzeitigen Rückzahlungs- oder Tilgungsmöglichkeit;
- › die Auswirkung einer Emission, Tilgung, Rückzahlung oder anderweitigen Veränderung der Bewertung von Eigenmittelbestandteilen auf die Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung von SCR und MCR (Tiering);
- › die Anwendung und die Implikationen der Ausschüttungsstrategie;
- › die Ergebnisse der im Rahmen des ORSA durchgeführten Projektionen.

Der Betrachtungshorizont des Kapitalmanagementplans ergibt sich aus dem Geschäftsplanungshorizont der RVA.

Der Kapitalmanagementplan berücksichtigt die Ergebnisse der im ORSA durchgeführten Projektionen und stellt daraus die im Verlauf der Planungsperiode resultierende Entwicklung der Bedeckung dar. Der Kapitalmanagementplan spiegelt somit die Wechselwirkung zwischen der Kapitalplanung und dem Risikoprofil des Unternehmens sowie die Verzahnung der beiden Prozesse wider.

Aufgrund der gesetzlich geforderten Verzahnung des Kapitalmanagementprozesses mit dem ORSA orientiert sich die Frequenz der Aktualisierung des Kapitalmanagementplans an der Frequenz des ORSA-Prozesses. Somit ist der Kapitalmanagementplan einerseits jährlich infolge eines regulären ORSA und andererseits infolge eines adhoc ORSA zu aktualisieren.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die zugrunde gelegten Ziele, Annahmen und Maßnahmen der Kapitalmanagementstrategie.

Gesamteigenmittel

Die Gesamteigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel sind der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nichtanzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen.

Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, sofern die Aufsicht diese nach einer Kriterienprüfung genehmigt. Derzeit strebt die RVA keine Genehmigung ergänzender Eigenmittel an.

Gemäß § 91 VAG werden die gesamten Eigenmittel je nach Ausprägung beziehungsweise Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen, sogenannte „Tiers“, unterteilt. Die Einstufung erfolgt gemäß den nachfolgenden Mindestanforderungen:

- › Ständige Verfügbarkeit
- › Nachrangigkeit
- › Ausreichende Laufzeit

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags, obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Zum Stichtag wird der Großteil der Basiseigenmittel der RVA gemäß den oben genannten Kriterien als Tier 1 klassifiziert.

Basiseigenmittel

	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
2024				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	126.320	126.320	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	831.857	831.857	0	0
Überschussfonds	164.896	164.896	0	0
Ausgleichsrücklage	4.843.472	4.843.472	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	560.922	0	560.922	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Basiseigenmittel nach Abzügen	6.527.467	5.966.544	560.922	0
2023				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	126.320	126.320	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	790.095	790.095	0	0
Überschussfonds	161.953	161.953	0	0
Ausgleichsrücklage	4.504.452	4.504.452	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	536.220	0	536.220	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Basiseigenmittel nach Abzügen	6.119.041	5.582.820	536.220	0

Das Grundkapital der RVA beträgt 126.320 TEuro und ist in 4.528.269 Stück vinkulierte Namensaktien aufgeteilt. Die Kapitalrücklage gemäß § 272 HGB – enthalten in der Position „Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio“ – beläuft sich zum Stichtag auf 831.857 TEuro.

Der Überschussfonds der RVA für das Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr zählt nach § 93 Abs. 1 VAG zu den Tier 1-Eigenmitteln. Der Überschussfonds wird als Barwert der Auszahlungen aus der zum Bewertungsstichtag nicht festgelegten handelsrechtlichen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) ermittelt.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 560.922 TEuro.

Für die Gesellschaft ergeben sich zum Stichtag keine Eigenmittel durch latente Steuern.

Gemäß Solvency II wird die Ausgleichsrücklage ermittelt, indem vom Überschuss der Aktiva über die Passiva die separat ausgewiesenen Basiseigenmittel, die vom Unternehmen gehaltenen eigenen Aktien, vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte sowie Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten abgezogen werden.

Ausgleichsrücklage

	HGB-Wert	Umbewertung	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gewinnrücklage/Verlustrücklage	107.743	107.743	-
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	17	17	-
Bewertungsunterschiede	-	4.735.712	-
Anlagen	13.139.653	233.815	13.373.468
Sonstige Vermögenswerte	2.743.768	104.598	2.848.366
Vt. Rückstellungen	13.216.086	5.327.044	7.889.042
Überschussfonds / freie RfB	205.733	40.838	164.896
Sonstige Verbindlichkeiten	1.395.666	-222.175	1.617.841
Latente Steuerschulden nach Saldierung	0	-748.407	748.407
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	-	0	-
Ausgleichsrücklage		4.843.472	

Die Ausgleichsrücklage enthält zum Stichtag unter anderem die Gewinnrücklage nach HGB in Höhe von 107.743 TEuro sowie Anpassungen durch Neubewertung der Kapitalanlagen (233.815 TEuro) und der versicherungstechnischen Rückstellungen (5.327.044 TEuro). Die Umbewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen beinhaltet die unter HGB zu bilanzierenden Schwankungsrückstellungen (1.341.229 TEuro), welche unter Solvency II in der Ausgleichsrücklage als Eigenmittel angesetzt werden. Weiterhin liegen Latente Steuerschulden nach Saldierung in Höhe von 748.407 TEuro vor, welche unter HGB nicht angesetzt werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Wert der Ausgleichsrücklage um 7,5 % verändert.

Anrechnungsfähige Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel gemäß Solvency II sind neben der Eigenmittelgüte, d.h. der Klassifizierung in Tiers, zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden. Die bei der RVA vorhandenen nachrangigen Verbindlichkeiten werden als Tier 2-Eigenmittel eingestuft. Tier 2-Eigenmittel können im Rahmen der Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung des SCR und des MCR herangezogen werden.

Anrechnungsfähige Eigenmittel

	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
2024				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	6.527.467	5.966.544	560.922	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	6.198.851	5.966.544	232.307	0
2023				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	6.119.041	5.582.820	536.220	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	5.796.407	5.582.820	213.587	0

Vergleich zum HGB-Eigenkapital

Die Unterschiede zum HGB-Eigenkapital umfassen zum Stichtag im Wesentlichen den Überschussfonds (164.896 TEuro) und die in der Ausgleichsrücklage enthaltenen Umbewertungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich der latenten Netto-Steueransprüchen (4.735.712 TEuro). Die Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen beziehen sich auf Bewertungs- und Ansatzunterschiede zwischen HGB und Solvency II. Die Berechnung der Schadenrückstellungen für die Bereiche Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung erfolgt unter Solvency II nach den marktkonformen Prinzipien des Besten Schätzwerts, die den Wert im Vergleich zu HGB reduzieren und sich in Höhe von 4.508.181 TEuro positiv auf die Eigenmittel auswirken. Zusätzlich werden die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen gemäß HGB (1.341.229 TEuro) unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Die Prämienrückstellung (367.660 TEuro) als Bilanzgröße für noch nicht eingetretene Verpflichtungen wirkt sich aufgrund des erstmaligen Ansatzes negativ auf die Eigenmittel unter Solvency II aus. Unterschiede zur Bewertung unter HGB ergeben sich aufgrund des Ansatzverbots für nicht realisierte Gewinne unter HGB nach dem Realisationsprinzip. Weiterhin resultiert der Ansatz einer Risikomarge (514.905 TEuro) in einer zusätzlichen Verpflichtung unter Solvency II.

Insgesamt ergeben sich anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe von 6.527.467 TEuro.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Der Solvenzkapitalbedarf (SCR) wird im Standardmodell unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt werden. Er wird als Value at Risk (VAR) zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet.

Grundsätzlich folgt die Berechnung des SCR einem modularen Aufbau. In dieser Struktur werden Risiken, die einen ähnlichen Ursprung aufweisen, zu sogenannten Risikomodulen zusammengefasst, wobei bei der RVA folgende Risiken berücksichtigt werden:

- › Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- › Lebensversicherungstechnisches Risiko
- › Krankenversicherungstechnisches Risiko
- › Marktrisiko
- › Gegenparteausfallrisiko
- › Operationelles Risiko

Die jeweiligen Risikomodule setzen sich zusätzlich aus verschiedenen Subrisikomodulen zusammen. Für diese werden die jeweiligen Kapitalanforderungen bestimmt und anschließend zum SCR der übergeordneten Risikokategorie aggregiert. Gemäß diesem Aufbau werden die einzelnen Risikokategorien zur sogenannten Basissolvvenzkapitalanforderung

(BSCR) aggregiert. Um anschließend das Gesamt SCR zu ermitteln, wird einerseits die Kapitalanforderung für operationelle Risiken zum Basis-SCR hinzugerechnet und andererseits wird der Einfluss risikomindernder Effekte (Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen und Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern) berücksichtigt.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden, außer für das Gegenparteiausfallrisiko und das Stornorisiko, keine vereinfachten Berechnungen verwendet. Im Gegenparteiausfallrisiko wird zwischen zwei Typen unterschieden: Derivate, Sichteinlagen und Rückversicherungsverträge werden in einem ratingbasierten Ansatz als Typ-1-Exponierung behandelt, für Hypothekendarlehen und Außenstände wird als Typ-2-Exponierung eine vereinfachte Berechnung verwendet. Die jeweiligen Risikobeiträge werden mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum SCR des Moduls aggregiert. Im Stornorisiko als Subrisikomodul des lebensversicherungstechnischen Risikos werden die einzelnen Kapitalanforderungen vereinfacht auf Basis von Vertragsgruppen berechnet.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden keine unternehmensspezifischen Parameter angewendet.

Die Basissolvvenzkapitalanforderung (BSCR) beträgt zum Stichtag 3.651.356 TEuro. Die Ermittlung erfolgt durch Aggregation der Risikomodule mittels einer Wurzelformel sowie einer vorgegebenen Korrelationsmatrix, welche die Abhängigkeiten der Risikomodule berücksichtigt. Der daraus entstehende Diversifikationseffekt beträgt 1.124.777 TEuro. Das SCR der RVA setzt sich aus dem BSCR und dem operationellen Risiko (OpRisk) in Höhe von 174.797 TEuro zusammen, abzüglich der Risikominderung durch latente Steuern (die ausschließlich aus der Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten resultiert) in Höhe von 748.407 TEuro und abzüglich der Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellung in Höhe von 6.934 TEuro und beträgt somit 3.070.812 TEuro. Das MCR liegt bei 1.161.534 TEuro, dies entspricht 37,8 % des SCR-Wertes. Die Aufteilung des SCR auf die einzelnen Risikokategorien kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

SCR / MCR

	BRUTTO 2024	NETTO 2024
	in TEuro	in TEuro
Marktrisiko	1.522.306	1.512.809
Gegenparteiausfallrisiko	71.033	70.965
Lebensversicherungstechnisches Risiko	82.926	77.255
Krankenversicherungstechnisches Risiko	227.564	227.564
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	2.872.303	2.872.303
Diversifikation	-1.124.777	-1.116.475
Basissolvvenzkapitalanforderung	3.651.356	3.644.422
Operationelles Risiko		174.797
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	-6.934	
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern		-748.407
Solvvenzkapitalanforderung		3.070.812
Mindestkapitalanforderung		1.161.534

Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko nimmt mit 2.872.303 TEuro die größte Risikoposition der RVA ein, gefolgt vom Marktrisiko mit 1.522.306 TEuro.

Zum Stichtag liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals des Unternehmens vor. Die aufsichtsrechtliche Bedeckungsquote des SCR liegt bei 213 %, die des MCR bei 534 %. Die sehr gute Bedeckungsquote wird dabei auch ohne Anwendung der genehmigungspflichtigen Instrumente der Übergangsmaßnahmen und der Volatilitätsanpassung erreicht.

Aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß DVO Artikel 297 Abs. 2 a sind wir zu folgender Aussage verpflichtet: Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Durationsmethode für das Aktienrisiko wird bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht angewendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell kommt bei der RVA nicht zur Anwendung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Zum Bilanzstichtag und während des Berichtszeitraumes lag stets eine ausreichende Bedeckung des SCR sowie MCR vor. Gegenwärtig sind keine Risiken bekannt, die zu einer Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung oder Mindestkapitalanforderung führen.

E.6 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis (I/IV)

a.G.	auf Gegenseitigkeit	bzgl.	bezüglich
A.o. Abschreibungen	Außerordentliche Abschreibungen	bzw.	beziehungsweise
ABS	Asset-Backed-Securities	CA	Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Abs.	Absatz	ca.	circa
abzgl.	abzüglich	CAA	Commissariat aux Assurances
AG	Aktiengesellschaft	CCNL	Contratto collettivo nazionale di lavoro
AktG	Aktiengesetz	CDL	Condor-Dienstleistungs GmbH
ALV	Arbeitslosigkeitzusatzversicherung	CL	Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
ALM	Asset-Liability-Management	CMS	Constant Maturity Swaps
Art.	Artikel	CPF	CHEMIE Pensionsfonds AG
AU	Arbeitsunfähigkeitsversicherung	CRA	Credit Rating Agency
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins	CRM	Customer Relationship Management
AWV	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	CVA	Credit Valuation Adjustment
ATZ	Altersteilzeit	d.h.	das heißt
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
BÄK	Bundesärztekammer	DB	Direktionsbetrieb
bAV	betriebliche Altersvorsorge	DBO	Defined Benefit Obligation
BCM	Business Continuity Management	DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
BKK	Betriebskrankenkasse	DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
bKV	betriebliche Krankenversicherung	DQ	Data Quality
BLU	Bestandssystem Leben Unfall	DVO	Durchführungsverordnung
BoS	Board of Supervisors	DZ BANK AG	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
BP	Basispunkte	e.V.	eingetragener Verein
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement (Basissolvenzkapitalanforderung)	EBA	European Banking Authority
BSM	Branchensimulationsmodell	EbAV	Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung
bspw.	beispielsweise	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung	EFSF	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
BUC	Berufsunfähigkeitsversicherung Chemie	eG	Eingetragene Genossenschaft
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung	ehem.	ehemalige
BVR	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken	Einford.	Einforderbar

Abkürzungsverzeichnis (II/IV)

EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority	i.R.	in Ruhestand
EPIFP	Expected Profit included in Future Premiums	IAS	International Accounting Standards
ERB	eigene Risikobeurteilung	ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
ESG	Environment, Social, Governance	IDD	Insurance Distribution Directive
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus	IDV	Individuelle Datenverarbeitung
etc.	et cetera	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
EU	Europäische Union	IFRS	International Financial Reporting Standards
EUR	Euro	IIA	Institute of Internal Auditors
EVT	Ertragsschadenversicherung Tier	IK	Investitionskommission
EWR	Europäische Wirtschaftsraum	IKS	Internes Kontrollsystem
EWU	Europäische Währungsunion	inkl.	Inklusive
EZB	Europäische Zentralbank	IRKS	Integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung
FD	Filialdirektion	ISRK	Interne Schadenregulierungskosten
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung	IVASS	Istituto per la vigilanza sulle assicurazioni
Fondsgeb.	Fondsgebunden	KA	KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG
FRV	Fondsgebundene Rentenversicherung	Kfz	Kraftfahrzeug
GA	Generalagentur	KL	KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles	KS	KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	KTV	Kautionsversicherung
ggf.	gegebenenfalls	KV	Krankenversicherung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	KWG	Kreditwesengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	LA	Lenkungsausschuss
grds.	grundsätzlich	LAN	Local Area Network
GwG	Geldwäschegesetz	lfd.	laufend
HGB	Handelsgesetzbuch	LÜB	Leistungen aus Überschussbeteiligung
HRB	Handelsregister Abteilung B	LV	Lebensversicherung
HUR	Haftpflcht-Unfallrenten	LVRG	Lebensversicherungsreformgesetz
HZV	Haftpflcht-Zusatzversicherung	MaGO	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen
i.L.	in Liquidation	MARS	Maklerabrechnungssystem

Abkürzungsverzeichnis (III/IV)

MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)	RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
Mgm.	Management	RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
Mio	Million	RMF	Risikomanagementfunktion
NAA	Nicht alltägliche Anlagen	RSA	Risk-Self-Assessment
nAd	nach Art der	RSR	Regular Supervisory Report (Regelmäßiger aufsichtlicher Bericht)
NAT	Nicht alltägliche Anlagetätigkeiten	RV	Rückversicherung
NAV	Net-Asset Value	RVA	R+V Allgemeine Versicherung AG
NPP	Neue-Produkte-Prozess	RVD	R+V Direktversicherung AG
NPS	Net Promoter Score	RVK	R+V Krankenversicherung AG
Nr.	Nummer	RVL	R+V Lebensversicherung AG
o.ä.	oder ähnliches	RVLaG	R+V Lebensversicherung a.G.
OFS	Other Financial Sector	RVV	R+V Versicherung AG
OPK	Omnikanal- und Produktkommission	RZ	Rechenzentrum
OpRisk	Operationelles Risiko	RZV	Risikozusatzversicherung
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment	S&P	Standard and Poor's
OSN	Overall Solvency Needs (Gesamtsolvabilitätsbedarf)	S.	Seite
OTC	Over-the-counter	S.p.A.	Società per azioni
pAV	private Altersvorsorge	SaaS	Software as a Service
PEPP	Pandemic Emergency Purchase Programme	saG	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
PF	R+V Pensionsfonds AG	SAS	Secure Access Services
PG	Patentgesetz	SBK	Sicherheits- und BCM-Konferenz
PK	R+V Pensionskasse AG	SCR	Solvency Capital Requirement (Solvvenzkapitalanforderung)
PKV	Private Krankenversicherung	SFCR	Solvency and Financial Condition Report (Bericht über Solvabilität und Finanzlage)
PMP	Produkt-Management-Prozess	SII	Solvency II
PSG	Pflegestärkungsgesetz	sog.	sogenannte
PVaG	R+V Pensionsversicherung a.G.	SPOF	Single Point of Failure
QPPM	Quasi Peak Programme Meter	SPV	Soziale Pflegeversicherung
QRT	Quantitative Reporting Templates	SRK	Schadenregulierungskosten
R4/2011	BaFin Rundschreiben 4/2011	SV	Schadenversicherung
RAS	Remote Access Services	SWOT	Strengths-Weaknesses-Opportunities-Threats

Abkürzungsverzeichnis (IV/IV)

TEuro	Tausend Euro	ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
u.a.	unter anderem	Verbindl.	Verbindlichkeiten
Überschussf.	Überschussfonds	VMF	Versicherungsmathematische Funktion
UBR	Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr	VT	Versicherungstechnik
UFR	Ultimate Forward Rate	Vt.	Versicherungstechnisch
üG	übernommenes Rückversicherungsgeschäft	VTV	Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
U-Kasse	Unterstützungskasse	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
USA	Vereinigte Staaten von Amerika	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
USD	US-Dollar	VVS	Vertriebsverwaltungssystem
usw.	und so weiter	WertV	Wertermittlungsverordnung
UZV	Unfallzusatzversicherung	WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
VaG	Verein auf Gegenseitigkeit	WLAN	Wireless Local Area Network
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz	z.B.	zum Beispiel
VaR	Value at Risk	ZÜRS	Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen
VD	Vertriebsdirektion		

Informationen erhalten Sie in den Volksbanken und Raiffeisenbanken,
R+V-Agenturen sowie bei der Direktion der Gesellschaften der
R+V Versicherungsgruppe, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden.

Telefon: 0800 533-1112

Kostenfrei aus allen deutschen Fest- und Mobilfunknetzen

www.ruv.de

R+V Du bist nicht allein.